



17.022

**IVG. Änderung
(Weiterentwicklung der IV)****LAI. Modification
(Développement continu de l'AI)***Erstrat – Premier Conseil*

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.03.19 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.03.19 (FORTSETZUNG - SUITE)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.03.19 (FORTSETZUNG - SUITE)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.03.19 (FORTSETZUNG - SUITE)

La presidente (Carobbio Guscetti Marina, presidente): Dopo il dibattito di entrata in materia cominceremo con la deliberazione di dettaglio che sarà suddivisa in quattro blocchi. Avete ricevuto un documento che precisa il contenuto dei blocchi.

Lohr Christian (C, TG), für die Kommission: Wenn wir nun mit der Beratung der Weiterentwicklung der IV beginnen, sollten wir uns eines immer vor Augen halten: Die schweizerische Invalidenversicherung ist ein zentrales Instrument, um Menschen mit Behinderungen die Eingliederung, den Ausgleich ökonomischer Nachteile und nicht zuletzt ein eigenverantwortliches und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Wir sprechen also immer von Menschen, wenn wir heute die IV weiterentwickeln wollen. Ich möchte Sie bitten, das auch zu berücksichtigen, wenn wir uns in den nächsten Stunden in die Details einer Materie reinknien werden, die uns zugegebenermassen manchmal sehr technisch erscheinen kann. Wir werden über viele Zahlen sprechen, aber dahinter stecken immer einzelne Menschen mit ihren besonderen Schicksalen.

Der Bundesrat präsentiert uns mit dieser Vorlage eine Revision, welche zum ersten Mal seit Langem eine Optimierung und keine reine Sparvorlage darstellt. Bei den früheren IV-Revisionen waren wir gezwungen, den Fokus auf das Sparen zu legen, da die IV finanziell in Schieflage geraten war. Das Bundesamt für Sozialversicherungen hat uns nun Zahlen präsentiert, die eine Verbesserung der Situation aufzeigen. Dafür waren zwei Gründe massgebend: zum einen die befristete Zusatzfinanzierung, zum andern der Umstand, dass sich das Umlageergebnis auch ohne Zusatzfinanzierung verbessert hat.

Zwischen 2009 und 2017 sind die Lohnbeiträge im Durchschnitt pro Jahr um 1,6 Prozent gewachsen. Gleichzeitig haben sich in der gleichen Periode die Rentenleistungen um 1,7

AB 2019 N 87 / BO 2019 N 87

Prozent pro Jahr zurückgebildet. Gemäss den Berechnungen, die uns das Bundesamt für Sozialversicherungen vorgelegt hat, soll die Entschuldung der IV im Jahr 2031 abgeschlossen sein. Wir müssen uns aber bewusst sein: Der genaue Entschuldungszeitpunkt hängt von den Prognosen zu Lohnentwicklung, Migration und Rentenentwicklung ab.

Mit dieser Vorlage wollen Bundesrat und Kommission dem Ziel noch näher kommen, die IV als Eingliederungsversicherung zu positionieren. Wir wollen weniger Renten auszahlen und es den Menschen ermöglichen, den Schritt ins Erwerbsleben zu schaffen und dort auch wirklich Fuss zu fassen. Ihre Kommission hat sich eingehend mit der Materie befasst und im Zeitrahmen von eineinhalb Jahren verschiedene Experten und Vertreter von Interessengruppen angehört und zusätzlich acht Berichte in Auftrag gegeben. Inhaltlich standen dabei folgende Themenkomplexe im Vordergrund:

1. Bessere Integration von jungen Menschen in den Arbeitsmarkt: Evaluationen haben gezeigt, dass, obwohl die IV in diesem Bereich schon einiges tut, ihre Eingliederungswirkung noch verbessert werden kann und muss. Jede gelungene Integration eines jungen Menschen ins Arbeitsleben spart der IV nicht nur eine Rente über viele Jahre ein, sondern gibt einer jungen Person – und das ist auch sehr, sehr wichtig! – eine Lebens- und Arbeitsperspektive. Die Früherfassung und die Begleitung von jungen Menschen mit Schwierigkeiten sowie eine bessere Zusammenarbeit mit allen beteiligten Akteuren sind entsprechend von zentraler Bedeutung.





2. Bessere Integration von psychisch beeinträchtigten Menschen in den Arbeitsmarkt: Auch hier hat sich gezeigt, dass die IV für die Eingliederung noch mehr machen kann und muss. Unter anderem soll die Beratung und Begleitung ausgebaut werden, ein Personalverleih soll die finanziellen Risiken für Arbeitgeber reduzieren, und die Zusammenarbeit mit allen beteiligten Akteuren soll intensiviert werden.

3. Medizinische Massnahmen für Kinder mit Geburtsgebrechen: Für Kinder mit Geburtsgebrechen werden die Behandlungskosten von der IV übernommen. Nicht zuletzt auf Basis eines Berichtes der Eidgenössischen Finanzkontrolle wird auch dieser Teil des IV-Rechts revidiert: Die Geburtsgebrechenliste soll gemäss dem medizinischen Fortschritt aktualisiert, die Steuerung und Fallführung soll verstärkt und die Kriterien sollen denjenigen der Krankenkasse angenähert werden. Wichtig war der Kommission hier, das Augenmass für die spezifischen Bedürfnisse von Kindern mit Geburtsgebrechen und mit oft seltenen Krankheiten zu wahren, sodass inskünftig keine Unterversorgung droht.

4. Stufenloses Rentensystem: Praktisch kostenneutral soll das Rentensystem so geändert werden, dass die Erhöhung eines Erwerbsspensums oder die Wiederaufnahme einer Arbeit nicht finanziell bestraft wird. Das heutige Rentensystem, das auf vier Stufen beruht, soll durch eine prozentgenaue Rente ersetzt werden. Im Ergebnis erhalten dadurch Personen mit einem tieferen IV-Grad von 40 bis 59 Prozent eine gleich hohe oder höhere Rente, während Personen mit einem hohen IV-Grad von 60 bis 69 Prozent eine tiefere Rente erhalten.

5. Gutachten: Die Kommission hat sich auch mit dem Bereich der Gutachten befasst. Sie spielen bei der Frage, ob eine Person eine Rente zugesprochen erhält, eine zentrale Rolle. Der Bundesrat hat hierzu einige Vorschläge gemacht, die unter anderem die bundesgerichtliche Rechtsprechung ins Gesetz aufnehmen. Die Kommission hat weitere Vorschläge angenommen, welche die Qualität des Begutachtungsprozesses sichern sollen.

6. Weiter hat die Kommission über die Übernahme von Themenkomplexen aus der Revision 6b gesprochen, die nicht Teil der bundesrätlichen Botschaft waren. Daraus weiterverfolgt wurde die Reduktion der Kinderrenten. Sie werden gemäss Antrag der Kommission um einen Viertel reduziert und in "Zulagen für Eltern" unbenannt. Die Kommissionsmehrheit will mit der Senkung der Kinderrenten die finanzielle Situation der IV verbessern; eine Minderheit der Kommission möchte auch die Reisekosten für Kinder mit Geburtsgebrechen streichen, eine weitere Massnahme, die aus der Revision 6b übernommen wurde.

7. Keine Rente unter 30 Jahren: Ein weiterer Bereich, der unter dem Schlagwort "keine Rente unter 30" lief, wurde von uns eingehend geprüft. Ich berichte dazu etwas ausführlicher, weil dieser Punkt in der Detailberatung fehlen wird. Die Kommission hat sich intensiv mit diesem Thema befasst. Dennoch stellt die Kommission nach einem Bericht des Bundesrates und detaillierter Diskussion keinen entsprechenden Antrag. Kommission und Bundesrat sind sich zwar einig, dass alles unternommen werden muss, um junge Erwachsene integrieren zu können. Neu muss sich die IV umso intensiver um die Eingliederung junger Menschen kümmern. Eine Rente – diese Aussage ist sehr wichtig – soll nach Meinung der Kommission weiterhin und erst recht nur Ultima Ratio sein, wenn keine Chancen für eine Eingliederung bestehen.

Aber die Beratungen in der Kommission haben auch gezeigt, dass "keine Rente unter 30" keine praktikable Lösung sein kann. Es gäbe zwei Varianten, wie "keine Rente unter 30" umgesetzt werden könnte. Beide führen jedoch zu substanziellen Problemen: In der einen Variante würde die IV trotzdem Verantwortung für die Personen ohne Rente übernehmen müssen. Dieses System würde für die IV mit Taggeldern und Eingliederungsmassnahmen für Personen, die nicht eingliederbar sind, um einiges teurer. Die zweite Variante bestünde darin, dass sich die IV von den Menschen unter 30 Jahren quasi verabschieden würde. Gemäss Verfassung – dessen müssen wir uns immer bewusst sein – muss die Existenz aber dennoch gesichert werden. Entsprechend käme vor allem die Sozialhilfe sehr stark unter Druck. Bei denjenigen jungen Menschen mit einer psychischen Beeinträchtigung, die heute gerade durch die Integrationsbemühungen noch Teilzeit arbeiten können, ist zu befürchten, dass sie dann dekomensieren und ihre Arbeit verlieren würden. Der Verlust der Restarbeitsfähigkeit würde dann zu umso grösseren Rentenleistungen nach dem 30. Altersjahr führen. Deshalb wird Ihnen heute weder von der Mehrheit noch von der Minderheit ein Antrag in Richtung "keine Rente unter 30 Jahren" gestellt.

Gemäss Berechnungen des Bundesamtes für Sozialversicherungen würde die Vorlage in der Version der Kommissionsmehrheit zu Einsparungen im Umfang von jährlich 67 Millionen Franken führen; die Variante des Bundesrates käme hingegen auf 13 Millionen Franken. Vergleicht man diese Veränderungen mit den Gesamtausgaben von 9,2 Milliarden Franken im Jahr 2017, sieht man, dass es sich in beiden Varianten um eine Optimierungsvorlage handelt.

Wir möchten jungen Menschen eine echte Chance geben. Dieser Weg, den alle Akteure zusammen gehen müssen, ist beschwerlich, aber er lohnt sich. Aus diesen Gründen empfehle ich Ihnen im Namen der Kommission, auf die Vorlage zur Weiterentwicklung der IV einzutreten. In der Gesamtabstimmung hat die Kommission



die Vorlage zur Weiterentwicklung der IV mit 15 zu 0 Stimmen bei 7 Enthaltungen angenommen.

Nantermod Philippe (RL, VS), pour la commission: Le 15 février 2017, le Conseil fédéral a soumis au Parlement son projet de modification de la loi fédérale sur l'assurance-invalidité concernant le développement continu de l'AI, ainsi que le message qui l'accompagne. Notre conseil, désigné comme premier conseil, s'est saisi du dossier par sa Commission de la sécurité sociale et de la santé publique, qui s'est réunie à de nombreuses reprises. Pour faire ses travaux, elle a entendu un grand nombre de personnes concernées, notamment des représentants de la Conférence suisse des directrices et directeurs cantonaux de la santé, de la Conférence des directrices et directeurs cantonaux des affaires sociales, de l'Union syndicale suisse, de la FMH, d'Inclusion Handicap, des offices AI, ainsi que des experts.

Durant les dernières décennies, un grand nombre de révisions de l'AI ont été proposées et adoptées à ce jour. Depuis la 5e révision de l'AI, en juin 2007, et le financement additionnel accepté lors du scrutin de 2009, il n'y a plus eu de grande révision.

Le but principal de la dernière révision était la réduction du nombre de nouvelles rentes. L'assurance devait passer d'une assurance de rente à une assurance de réadaptation. Cet

AB 2019 N 88 / BO 2019 N 88

objectif a été en grande partie atteint. Le nombre de nouvelles rentes a pu diminuer, et de nombreuses personnes ont pu bénéficier d'une réadaptation qui leur a permis de retrouver le monde du travail. Le nombre de nouvelles rentes a ainsi diminué de 28 000 en 2003 à 14 000 en 2016, bien que la population ait continué à augmenter durant cette période.

Le travail des offices AI a permis de son côté de maintenir ou de réinsérer sur le marché du travail plus de 20 000 personnes en 2016, contre seulement 6000 en 2008. Cette évolution est positive, mais encore insuffisante, et c'est là un des axes principaux de la révision qui vous est aujourd'hui proposée. L'objectif est de renforcer la réinsertion professionnelle, en particulier auprès des jeunes.

Les finances de l'AI sont relativement saines, cela notamment grâce à l'augmentation temporaire des taux de la TVA, qui avait été acceptée par le peuple.

Il faut d'ailleurs préciser ici que cette augmentation a bien été temporaire, comme annoncé en votation, contrairement à ce qui était dit. En effet, on nous disait: "Vous savez, les impôts, en Suisse, on les vote pour un temps, et après ils restent là pour toujours!" Mais depuis le 1er janvier 2018, en raison de la fin du relèvement temporaire des taux de la TVA, il n'y a plus d'effet direct sur les finances de ladite assurance.

Sur le plan financier, la situation s'est ainsi considérablement améliorée. Depuis 2011, la dette de l'AI a pu être réduite de 3,5 milliards de francs, quand bien même elle s'établissait encore à 11,4 milliards de francs aujourd'hui. La même année, l'AI a réalisé un bénéfice d'exploitation de plus de 800 millions de francs, et nous nous attendons à l'équilibre en 2019, malgré la fin du financement additionnel par la TVA. Dans son message, le Conseil fédéral estime que l'assainissement complet de l'AI devrait intervenir en 2030. En pratique, la dette de l'AI est encore aujourd'hui d'environ 11,4 milliards de francs.

La présente réforme poursuit ainsi un double objectif: d'une part, renforcer la réinsertion ou le maintien sur le marché du travail des personnes souffrant d'invalidité et, d'autre part, poursuivre l'assainissement de l'assurance.

Pour le premier objectif, trois groupes cibles sont définis par la révision.

1. Les enfants de 0 à 13 ans: pour ce groupe cible, les infirmités congénitales sont prises en charge. C'est un élément essentiel pour permettre d'assurer aux enfants un avenir professionnel. Le coût des mesures a toutefois explosé, augmentant de près de 70 pour cent en l'espace de quinze ans. Cette révision vise à maîtriser l'augmentation des coûts et la liste des maladies concernées sera actualisée.

2. Les jeunes et les jeunes adultes de 13 à 25 ans: le but est d'éviter que ces personnes ne deviennent plus tard des bénéficiaires de rentes, notamment pour des motifs psychiques. Ce n'est pas une perspective satisfaisante, quand on a quinze ans, de devenir rentier de l'AI. La réforme prévoit ainsi des mesures adaptées pour cette tranche d'âge: de la détection précoce et de la réinsertion. Les indemnités journalières de l'AI pour les jeunes en formation passeront désormais par les employeurs, avec des salaires comparables à ceux des apprentis dans les mêmes branches, pour qu'il soit plus avantageux de se former que de toucher une rente AI, et pour encourager les entreprises à offrir des places de formation en faveur de ces jeunes.

3. Les personnes adultes entre 25 et 65 ans atteintes dans leur santé psychique: ce groupe prend toujours plus de place et représente 46 pour cent des nouvelles rentes. Le projet vise une amélioration du conseil et du suivi sur le long terme, un usage plus flexible et plus long des mesures de détection précoce et de réinsertion professionnelle, ainsi qu'une amélioration de la situation pour les assurés au chômage.



La majorité de la commission a estimé que la révision était positive et devait être menée à son terme. Au-delà des seules questions financières, on a relevé que les mesures proposées devraient permettre aux personnes souffrant d'une invalidité de trouver une place sur le marché du travail, ce qui signifie aussi, souvent, une place dans la société. Tout le monde s'est accordé sur le fait qu'il est nécessaire de poursuivre les réformes dans le domaine de l'AI, comme elles l'ont été par le passé.

Des critiques ont été émises à propos de l'augmentation, malgré tout, des dépenses de l'AI. Certains commissaires ont donc estimé qu'il fallait réformer l'AI encore plus, en particulier sous l'aspect de l'assainissement. Pour certains, l'objectif de parvenir à un assainissement de l'AI en 2030 n'est pas réaliste, les mesures d'économies étant marginales. La fin du financement complémentaire par la TVA ne permet pas, à ce stade, de compenser l'octroi de nouvelles rentes. Néanmoins l'entrée en matière a été décidée sans opposition.

La commission a encore débattu de la réintroduction dans la présente réforme des mesures qui étaient contenues dans la réforme 6b de l'AI, refusée il y a très longtemps – en juin 2013 – par le Parlement. Ce projet avait été renvoyé en commission et il nous appartenait de le traiter. Par 15 voix contre 7 et 2 abstentions, il a ainsi été décidé d'inclure dans la présente révision des éléments de la révision 6b proposés à la commission, ce qui doit permettre des mesures d'assainissement supplémentaires importantes. Concrètement, ces mesures représentent des économies annuelles de 112 millions de francs; il s'agit en particulier de l'adaptation des rentes pour enfant.

Dans le détail, quatre blocs seront traités. Le premier bloc porte sur la détection précoce, qui sera plus large et concernera les jeunes dès la fin de la scolarité obligatoire – même un peu avant. Des mesures de réadaptation pourront être offertes au-delà de l'âge de 20 ans. En ce qui concerne la formation professionnelle initiale, on s'en remet à une collaboration avec les employeurs, qui percevront les indemnités journalières pour financer le salaire des apprentis: l'objectif est que ces indemnités deviennent, pour un jeune, l'exception. Enfin, nous avons introduit à l'article 15 un droit pour les jeunes d'avoir un accompagnement avant leur formation initiale, pour être sûr que l'entrée sur le marché du travail se fasse de manière harmonieuse.

Le deuxième bloc porte sur l'étendue des mesures médicales, sur le renforcement du pilotage par cas, ainsi que sur les prestations remboursées, notamment pour les maladies rares.

Le troisième bloc porte sur la réforme du système de rentes linéaire. Actuellement, l'AI connaît un système de paliers: on a droit à un quart de rente AI à partir d'un taux d'invalidité de 40 pour cent, à une demi-rente à partir d'un taux de 50 pour cent, à trois quarts de rente à partir d'un taux de 60 pour cent et d'une rente complète à partir d'un taux de 70 pour cent. Cela crée des effets de seuil et des inégalités de traitement: une personne ayant un taux d'invalidité de 49 pour cent aura une rente nettement inférieure à une personne ayant un taux d'invalidité de 50 pour cent. Nous voulons corriger ce phénomène, qui est négatif.

Le quatrième bloc porte sur quelques questions de procédure et sur la thématique essentielle, qui a été rejetée comme vous pouvez l'imaginer: l'introduction de quotas en matière de personnes invalides dans les grandes entreprises.

Cette réforme de l'AI n'est pas une révolution, mais une évolution, comme son intitulé "Développement continu de l'AI" l'indique. Elle a pour but de poursuivre sur les voies qui ont porté leurs fruits dans les réformes précédentes, d'offrir un accompagnement adapté aux personnes qui sont à l'AI, et qui en ont besoin, pour les aider à retrouver une place sur le marché du travail de la manière la plus efficace possible, et d'assurer la continuation de l'assainissement de cette assurance extrêmement importante pour la cohésion sociale dans notre pays.

Pezzatti Bruno (RL, ZG): Die FDP-Liberale Fraktion ist für Eintreten. Wir anerkennen den Handlungsbedarf und das Ziel der Weiterentwicklung und Optimierung der Invalidenversicherung.

Die Ergebnisse der Evaluationen der 4., 5. sowie des ersten Teils der 6. IV-Revision zeigen, dass die erwähnten Teilrevisionen zwar dazu geführt haben, dass die IV in verstärktem Mass auf die Eingliederung beziehungsweise Wiedereingliederung der Versicherten in die Arbeitswelt gewirkt hat. Auf der anderen Seite geht aus den Evaluationen aber auch hervor, dass die Reformen bei zwei Zielgruppen, bei den jungen Erwachsenen und bei Personen mit psychischen

AB 2019 N 89 / BO 2019 N 89

Beeinträchtigungen, bisher nicht den erwarteten Erfolg gebracht haben. Es ist deshalb richtig, dass das System der Eingliederung weiter optimiert und die vorliegende Reformvorlage speziell auf die beiden erwähnten Zielgruppen ausgerichtet wird. Die FDP ist mit dem Bundesrat auch einig, dass diese Herausforderung nur in enger Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern und allen weiteren Akteuren rund um die IV bewältigt werden kann.

Nicht einig ist die FDP mit dem Bundesrat bei der Frage der Entschuldung der IV. Wir haben bereits bei der Be-



ratung der Vorlage in der Kommission darauf hingewiesen, dass die finanzielle Situation der IV vom Bundesrat zu optimistisch dargestellt wird. Gemäss den Zahlen des Bundesamtes für Sozialversicherungen ist im Jahr 2017 bei der IV ein positives Umlageergebnis von 797 Millionen Franken erzielt worden. Auf den ersten Blick ist das ein erfreuliches Resultat. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich aber, dass die IV strukturell nach wie vor tief in den roten Zahlen steckt, denn das positive Ergebnis ist nur dank der bis Ende 2017 befristeten rund 1,1 Milliarden Franken pro Jahr aus den 0,4 Mehrwertsteuer-Prozenten und der Schuldzinsübernahme durch den Bund zustande gekommen. Ohne diese Finanzspritzen resultierte 2017 ein tatsächliches strukturelles Defizit von knapp 400 Millionen Franken. Das schlechte Börsenjahr und der Wegfall der Mehrwertsteuer-Zusatzfinanzierung führten 2018 dazu, dass die IV ein negatives Betriebsergebnis von mehreren Hundert Millionen Franken erwirtschaftet hat.

Darüber hinaus hat der Präsident von Compenswiss bei der Präsentation seiner Zahlen am 14. Februar 2019 festgestellt, dass die Rückzahlung der IV-Schulden an die AHV in den nächsten Jahren unwahrscheinlich ist. Das bedeutet, dass die IV ohne weitere strukturelle Massnahmen, sprich Sparanstrengungen, nicht nachhaltig finanziert sein wird, geschweige denn ihre heutige Schuldenlast von noch rund 10 Milliarden Franken gegenüber der AHV wie versprochen zurückzahlen kann. Denn wir sollten nicht vergessen: Nur eine nachhaltig schuldenfreie IV ist eine sichere IV für die Schwächsten in unserer Gesellschaft, welche auf diese wichtige Sozialversicherung angewiesen sind.

Wir wissen es: Der Bundesrat wollte gemäss Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung (5. Revision) die IV-Schulden bis 2024 getilgt haben. In der Vernehmlassungsvorlage zur Weiterentwicklung der IV vom Dezember 2015 betonte derselbe Bundesrat, die Entschuldung der IV werde bis 2030 abgeschlossen sein, gemäss damaligen Projektionen sogar im Verlaufe des Jahres 2028. Stand heute soll die IV frühestens 2032 schuldenfrei sein.

Die aufgezeigte Verschlechterung der Aussichten auf Schuldenrückzahlungen bestätigt die Richtigkeit der von der Kommissionmehrheit in Artikel 38 IVG und Artikel 35ter AHVG beantragten Sparmassnahme bei den Zulagen an Eltern mit Anspruch auf eine Kinderrente. Gerade bei den Zulagen für Kinder gibt die FDP-Fraktion zu bedenken, dass seit deren Einführung verschiedene zusätzliche Leistungen dazugekommen sind, wie die zweite Säule, die Ergänzungsleistungen sowie Familienzulagen für alle Kinder. Unter Berücksichtigung dieser Ausgangslage ist es unseres Erachtens zumutbar, dass die bisherige überhöhte Zulage pro Kind, wie seinerzeit vom Bundesrat bei der IV-Revision 6b beantragt, von 40 auf 30 Prozent einer einfachen bzw. einer vollen IV-Rente gesenkt wird. Damit können, wie wir in der Detailberatung aufzeigen werden, Fehlanreize korrigiert werden, die der Reintegration von Versicherten mit Kindern in die Arbeitswelt entgegenstehen. Mit dieser Massnahme können gemäss aktualisierten Berechnungen des Bundesrates pro Jahr 88 Millionen Franken bei der IV und 40 Millionen Franken bei der AHV eingespart werden.

Die FDP-Liberale Fraktion unterstützt im Interesse der finanziellen Gesundung der IV mehrheitlich auch die zweite vom Bundesrat bei der IV-Revision 6b beantragte Sparmassnahme in Artikel 51 gemäss Minderheit Herzog. Es geht hier ebenfalls um überhöhte Leistungen der IV respektive um Reise- und Transportentschädigungen. Mit dieser Massnahme können rund 6 Millionen Franken eingespart werden.

Bei den Hauptelementen der Reformvorlage befürwortet die FDP-Liberale Fraktion vor allem das vom Bundesrat beantragte stufenlose Rentensystem für einen Invaliditätsgrad zwischen 40 und 70 Prozent. Auf diese Weise sollen IV-Bezüger einen stärkeren Anreiz erhalten, möglichst weitgehend erwerbstätig zu bleiben.

Demgegenüber wird die FDP-Liberale Fraktion den vom Bundesrat eingefügten neuen Artikel 68sexies nicht unterstützen. Der Artikel sieht vor, dass der Bundesrat die Dachverbände der Arbeitswelt auf nationaler Ebene gesetzlich zur Zusammenarbeit mit verbindlichen Eingliederungszielen verpflichten kann. Dies würde in der Praxis letzten Endes zu einer IV-Quote führen, was nicht das Ziel der Reform sein kann.

So lehnen wir auch den von der Minderheit Schenker Silvia beantragten Artikel 19 ab, wonach Unternehmen mit mehr als 250 Angestellten verpflichtet werden sollen, mindestens 1 Prozent Arbeitnehmende zu beschäftigen, die von Invalidität betroffen sind. Ein solcher Artikel würde sich kontraproduktiv auf die künftige Zusammenarbeit mit den Organisationen der Arbeitgeber auswirken.

Die FDP-Liberale Fraktion stellt in ihrer politischen Gesamtbeurteilung fest, dass die Reformvorlage gemäss Mehrheit der Kommission in die richtige Richtung geht. Die Vorlage wird die Eingliederung von erkrankten und behinderten Menschen in die Arbeitswelt wirksam verbessern, vorhandene Fehlanreize bei Eltern mit einer tragbaren Senkung von Zulagen beseitigen, deren Arbeitsreintegration verbessern und schliesslich bei der überschuldeten IV auch zu notwendigen Einsparungen führen.

In diesem Sinne ersuche ich Sie, auf die Vorlage einzutreten, grundsätzlich die Mehrheitsanträge zu unterstützen, wobei wir bei Artikel 51 dem Minderheitsantrag Herzog zustimmen werden.



Weibel Thomas (GL, ZH): Wir Grünliberalen stehen dazu: Die Invalidenversicherung ist eine sehr wichtige Sozialversicherung; sie soll laufend weiterentwickelt und optimiert werden.

Erlauben Sie mir vorab einen Blick auf die Situation der Invalidenversicherung: Die bisherigen Revisionen der IV erzielen Wirkung. Die Rentenbestandsquote ging seit Dezember 2005 von 5,3 Prozent auf 4,3 Prozent im Dezember 2015 zurück. Dies ist eine Folge der sinkenden Neurentenquote, die sich in den letzten zehn Jahren gut halbiert hat.

Die Rentenbestandsquote bei psychischen Erkrankungen ist trotz abnehmender Neurentenquote konstant geblieben. Psychisch begründete Renten betreffen immer mehr Junge. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass es äusserst schwierig ist, die Betroffenen in den Arbeitsprozess zu integrieren und von der Rente wegzubekommen. Oder anders gesagt: Wenn junge Leute mit psychisch begründeten Symptomen eine Rente zugesprochen erhalten, dann werden sie diese in der Regel bis zum Wechsel von der IV ins AHV-System beziehen.

Trotz dieser Erfolge hat die Invalidenversicherung noch Milliarden schulden beim AHV-Fonds. Die Entschuldung dauert nach aktueller Schätzung noch zwölf bis dreizehn Jahre. Aber dennoch ist die Vorlage nicht primär eine Sparvorlage: Sie dient der Optimierung und Weiterentwicklung. Früher war die Invalidenversicherung eine Rentenversicherung. Heute steht die Eingliederung im Vordergrund. Die Eingliederung weiterzuführen und zu stärken ist notwendig, um den Betroffenen ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

Die wichtigsten Elemente dieser Vorlage sind: Das Rentensystem soll stufenlos gestaltet werden. Dabei ist festzuhalten: Der Einstieg ins System wird weiterhin bei einem Invaliditätsgrad von 40 Prozent bleiben. Die Früherfassung hilft, Betroffene im Arbeitsprozess zu halten bzw. jungen Leuten zu helfen, im Arbeitsprozess überhaupt Fuss zu fassen. Dieser Vorschlag wird, ebenso wie die Eingliederungsmassnahmen, mit Minderheitsanträgen aus der SVP-Fraktion bekämpft. Die Massnahmen der Mehrheit sind jedoch im Interesse der Betroffenen und sind gleichzeitig kostendämpfend. Dasselbe gilt auch für bessere Eingliederungsmassnahmen für psychisch Erkrankte. Diese brauchen mehr Beratung und mehr

AB 2019 N 90 / BO 2019 N 90

Unterstützung. Das ist günstiger, als eine Rente zu sprechen, welche dann eben jahrzehntelang ausbezahlt werden muss.

Die Kommission schlägt Ihnen vor, die Reisekosten auf der Basis der bisherigen Regelung zu belassen und keine Kürzung vorzunehmen. Die Kürzung würde ja nur 6 Millionen Franken in einem Milliardenbudget ausmachen.

Wichtig scheint mir der Ersatz des Begriffs "Kinderrente" durch "Zulage für Eltern". Der Begriff "Kinderrente" ist missverständlich. Wenn Sie am Stammtisch oder auf der Strasse irgendwelche Leute fragen, zeigt sich, dass diese den Eindruck haben, die Kinderrente werde an behinderte Kinder ausbezahlt. Aber eigentlich ist sie eine Art Familienzulage, und sie stammt auch aus einer Zeit, als es noch keine Familienzulage gab. Aber seit dem Jahr 2009 erhalten diese Kinder eine Auszahlung von mindestens 200 Franken pro Monate als Familienzulage. Diese Zulage für Eltern wird heute mit 40 Prozent der Rente des Vaters oder der Mutter berechnet. Neu soll das auf 30 Prozent gesenkt werden. Wir stehen in unserer Gruppe dispers zu dieser Senkung. Wir werden hier nicht einheitlich zustimmen. Da sehen Sie auch, wie differenziert diese Massnahme beurteilt werden kann.

Der Systemwechsel "Lohn statt Taggeld" bei Jugendlichen schafft einen richtigen und wichtigen Anreiz, sich in den Arbeitsprozess einzugliedern und zu integrieren. Der Eintritt ins Erwerbsleben, anstatt eine Rente zu beziehen, ist der richtige Weg und ist für die Motivation der jungen Menschen zentral.

Auch die stärkere Verpflichtung der Arbeitgeber zur Zusammenarbeit unterstützen wir und sehen diese als richtige Anforderung an. Sie ermöglicht eine Win-win-win-Situation, also eine Situation mit drei Gewinnern: Die betroffenen Personen profitieren ebenso wie die Durchführungsstellen und die Arbeitgeber selber. Mit dieser Verpflichtung der Arbeitgeber wird eben dafür gesorgt, dass keine Quote für eine bestimmte Anzahl von IV-Arbeitsplätzen in der Industrie und im Gewerbe erlassen werden muss.

Erlauben Sie mir noch eine Gesamteinschätzung aus grünliberaler Sicht: Die frühzeitige Erfassung, der Einbezug und die Eingliederung lohnen sich. Die Weiterentwicklung, die Vorlage als Ganzes geht in die richtige Richtung. Wir sehen aber eine besorgniserregende Tendenz bei der Durchführung und insbesondere bei der Aufsicht durch das Bundesamt für Sozialversicherungen, dass die Administration im Vordergrund steht. Wirkungsorientierte Massnahmen, wie sie erfolgreich mit der 5. Revision eingeführt worden sind, verlieren zunehmend an Bedeutung. Wir Grünliberalen erwarten beim Controlling der Massnahmen und bei der Evaluation, dass auch ein Augenmerk auf die Wirkungsorientierung gelegt und entsprechend darüber berichtet wird.

Insgesamt treten wir auf die Vorlage ein und werden uns zu den einzelnen Minderheitsanträgen noch äussern.



Schenker Silvia (S, BS): In Zusammenhang mit der Vorlage zur Observation von Versicherten war immer wieder davon die Rede, man müsse das Vertrauen der Bevölkerung in die Invalidenversicherung stärken, indem man den Missbrauch rigoros bekämpfe. Dazu möchte ich mich jetzt nicht noch einmal äussern. Jedoch nehme ich die damalige Aussage nochmals auf, weil wir meiner Meinung nach mit der nun vorliegenden Vorlage dringend eine andere Zielsetzung verfolgen sollten: Wir müssen das Vertrauen der Betroffenen und der Versicherten in die Invalidenversicherung stärken respektive wiederherstellen.

Als Sozialarbeiterin und Sozialpolitikerin habe ich sehr viel mit Menschen zu tun, die Leistungen von der IV beziehen oder beantragt haben. Ich kann Ihnen sagen, es gibt viele – meiner Meinung nach zu viele –, die negative Erfahrungen machen. Die Invalidenversicherung sollte dann zum Tragen kommen, wenn jemand aus Krankheitsgründen nicht in der Lage ist, ohne Unterstützung zurechtzukommen. Seit der 5. IV-Revision liegt der Fokus der IV viel stärker als früher auf der Eingliederung. Dagegen ist grundsätzlich nichts einzuwenden, das ist gut. Die Gefahr bestand und besteht aber immer noch, dass wir daneben diejenigen vernachlässigen, die trotz allen Bemühungen und trotz grosser Motivation aus gesundheitlichen Gründen nicht in der Lage sind, im Arbeitsmarkt zu bestehen. Der Situation dieser Menschen muss Rechnung getragen werden, der Zugang zur IV-Rente muss erhalten bleiben.

Der Bundesrat hat dem Parlament eine Vorlage unterbreitet, die für einmal nicht vom Spargedanken geleitet ist, sondern zum Ziel hat, die IV als Eingliederungsversicherung weiterzuentwickeln. Im Vordergrund der Massnahmen stehen Menschen mit psychischen Problemen und Jugendliche. Wir begrüessen seitens der SP diesen Fokus sehr. In der Realität zeigt sich bei Jugendlichen oft, dass sie beim Übergang von der Schule ins Berufsleben Schwierigkeiten haben und in dieser Phase professionelle Unterstützung und Hilfe brauchen. Dort mehr zu investieren in Form von begleitenden Massnahmen ist sinnvoll und richtig. Tun wir das nicht, bezahlen nicht nur die Jugendlichen einen hohen Preis, indem sie den Einstieg ins Berufsleben nicht schaffen: Es ist auch das System der sozialen Sicherheit, das in einem solchen Fall mit hohen Folgekosten belastet wird. Das Gleiche gilt für die zusätzlichen Massnahmen im Bereich der Unterstützung von Menschen mit psychischen Erkrankungen.

Keine Begeisterung kommt in unserer Fraktion für das sogenannte stufenlose Rentensystem auf. Erstens ist das System nicht wirklich stufenlos, und zweitens hat es unserer Meinung nach negative Effekte, welche die Vorteile weit überwiegen. Wir werden darauf in der Detailberatung zurückkommen.

Absolut kein Verständnis haben wir für die Abbaumassnahmen, die in der Kommission in die sonst gute Vorlage des Bundesrates eingebaut wurden. Sowohl die Kürzung bei den Kinderrenten als auch die drohende Kürzung bei den Reisekosten von Kindern mit Geburtsgebrechen sind eine absolut unnötige Machtdemonstration gegenüber den Schwächsten, nämlich den behinderten Kindern und den Kindern von IV-Rentnerinnen und -Rentnern.

Wir bitten Sie, auf die Vorlage einzutreten und von unnötigen und stossenden Sparübungen abzusehen.

Ruiz Rebecca Ana (S, VD): Nous nous penchons aujourd'hui sur une nouvelle révision de la loi sur l'assurance-invalidité. Depuis 2004, pas moins de trois réformes ont modifié en profondeur cette assurance. Pour le groupe socialiste, et sans entrer ici dans le détail, le bilan que l'on peut tirer de ces réformes est pour le moins contrasté et nous vous invitons, dans le cadre du développement continu de l'AI qui nous occupe aujourd'hui, à garder en tête et à ne pas perdre de vue le mandat de l'AI, qui est de protéger les personnes les plus fragiles.

Les orientations principales de la réforme qui nous est présentée sont à saluer. Le groupe socialiste estime positive, en particulier, la logique des mesures ciblées en faveur des enfants, des jeunes et des personnes atteintes dans leur santé psychique. On se réjouit que le Conseil fédéral veuille enfin suivre, en partie en tout cas, une approche qualitative qui vise réellement à aider les assurés, plutôt qu'une logique purement financière. Je relève surtout les mesures acceptées par la majorité de la commission, visant la réadaptation.

Notre groupe a déposé néanmoins un certain nombre de propositions de minorité, car nous estimons que le coût de la réforme doit être neutre et que rien ne justifie de nouvelles coupes dans les prestations. Nous sommes dès lors fortement opposés à deux mesures qui visent simplement à économiser de l'argent sur le dos des bénéficiaires, dont il sera question dans le bloc 3. Il s'agit premièrement du système de rentes linéaire. Cette mesure était déjà controversée dans le cadre de la réforme 6b de l'AI et il n'est absolument pas prouvé qu'elle incite à l'activité lucrative. De plus, il n'est pas logique de sanctionner les bénéficiaires, alors que c'est le marché du travail qui n'intègre pas assez les personnes en situation de handicap. Alors que la droite de ce Parlement se plaint régulièrement de la bureaucratie, le système défendu par la majorité obligerait de créer un deuxième système de rentes à côté de celui qu'on connaît aujourd'hui, qui impliquerait en plus que les institutions de prévoyance LPP suivent aussi cette évolution.

Deuxièmement, le groupe socialiste est fermement opposé à la suppression de la rente pour enfant. Le nou-



veau terme d'allocation pour enfant cache mal une baisse de prestations pure et simple pour les familles concernées. Il s'agit ici

AB 2019 N 91 / BO 2019 N 91

encore d'une mesure d'économies inutile, dont le coût social sera important. En définitive, une partie des coûts seront reportés sur les prestations complémentaires et l'aide sociale. Une telle politique n'est tout simplement pas responsable.

Je souhaite encore mentionner la question des expertises. Cette question est d'importance: il y a un intérêt évident à ce que les expertises dans l'assurance-invalidité soient au-dessus de tout soupçon, dans l'intérêt de l'assureur comme des assurés. Le manque de contrôles dans ce domaine a éclaté au grand jour avec, notamment, le scandale de l'ancienne clinique Corela, en Suisse romande. Pour le groupe socialiste, il y a une nécessité absolue de mieux surveiller ces acteurs et de garantir que les droits des assurés soient respectés. Il en va de la crédibilité de notre système d'assurances sociales. Nous vous invitons donc à soutenir toutes les propositions de minorité allant dans ce sens, à l'exception de celle de Monsieur Weibel, qui péjorerait les avancées d'ores et déjà consenties dans ce domaine par la majorité. Je salue en particulier la volonté de la commission d'inscrire expressément dans la loi une obligation d'indépendance pour les experts, de même que l'obligation qui est faite au Conseil fédéral d'édicter des critères applicables à l'autorisation d'expertises médicales et d'instituer une commission réunissant des représentants de tous les milieux concernés, afin de surveiller de manière générale les expertises.

En conclusion, le groupe socialiste vous invite à entrer en matière et à suivre les différentes propositions de minorité de ses membres, pour que la raison d'être de l'assurance-invalidité ne soit pas mise à mal et que cette réforme soit conforme à son mandat.

Humbel Ruth (C, AG): Die IV ist eines der grossen zentralen Sozialwerke und das einzige Sozialwerk, das in diesem Jahrhundert mit verschiedenen Reformen modernisiert und konsolidiert werden konnte. Die 4., 5. und 6. IV-Revision haben die IV erfolgreich von einer Renten- zu einer Eingliederungsversicherung gemacht. Die Mehrwertsteuer-Zusatzfinanzierung hat die IV aus dem Schuldenfiasco geführt und auch zu einer leichten Reduktion der Schuld bei der AHV beigetragen. Diese beläuft sich indes noch immer auf 10 Milliarden Franken. Dank einer ausbalancierten Mischung von verschiedenen Angeboten zur Früherfassung und Integration, mehr Unterstützungsmassnahmen, aber auch Restriktionen konnte erreicht werden, dass weniger Menschen berentet werden mussten.

Während die Zahl der IV-Rentnerinnen und -Rentner mit somatischen Leiden zurückgegangen ist, steigt die Zahl der Berentungen von Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen an. Vor allem junge Menschen mit psychischen Problemen landen schnell bei der IV. Für Menschen mit psychischen Behinderungen, insbesondere für betroffene Kinder und Jugendliche, sind daher weitere Massnahmen nötig, um die Invalidität zu vermeiden und die Eingliederung zu ermöglichen. Zu bedenken ist, dass psychische Störungen sehr früh beginnen, zur Hälfte vor dem 15. Altersjahr und bei 75 Prozent der betroffenen Menschen vom dem 25. Altersjahr.

In der Botschaft zu dieser Vorlage wird auf den OECD-Bericht "Psychische Gesundheit und Beschäftigung in der Schweiz" hingewiesen. Dieser Bericht verweist auf das gut ausgebaute, durchlässige Bildungssystem der Schweiz, ortet aber Lücken in Bezug auf Integrationsmassnahmen für psychisch beeinträchtigte Jugendliche. Psychische Probleme bei Schulabbrechern seien anzugehen, und gefährdeten Jugendlichen sollte Unterstützung für den Eintritt in den Arbeitsmarkt, also auch für eine Lehre, bereitgestellt werden. Es wird aber ebenso empfohlen, die Arbeitsanreize zu verstärken und sicherzustellen, dass sich Arbeit immer lohnt. Um dies zu erreichen, müsse das Niveau der IV-Leistungen für junge Menschen abgebaut werden.

Es braucht für diese Gruppe von Jugendlichen mit psychischen Problemen zum einen mehr Unterstützung und zum andern weniger Rente in jungem Alter. Wenn nämlich ein junger Mensch mit einer Rente mehr Einkommen zur Verfügung hat als mit einem Lehrlingslohn, dann ist es kurzfristig gesehen nicht unbedingt attraktiv, sich um eine Lehrstelle zu bemühen und sich in einer Ausbildung anzustrengen. Der Umgang mit psychisch kranken Personen ist auch für Schulen wie für Arbeitgeber schwierig; sie benötigen mehr Unterstützung.

In der Kommission wurde uns von einem Experten eine Studie präsentiert, die aufzeigt, dass im Mittel 50 Prozent der unter dreissigjährigen Rentnerinnen und Rentner mit psychischen Behinderungen nach spätestens zwei IV-Massnahmen eine Rente erhalten. 40 Prozent der Jungen sind maximal vier Jahre nach dem IV-Erstkontakt schon berentet. Man lässt diesen Jungen zu wenig Zeit, damit sich die Krankheitsbilder stabilisieren könnten. Man weiss nicht, ob später vielleicht eine Chance zur Arbeitsaufnahme besteht. Psychiater bestätigen, dass etwa 20 Prozent der berenteten Patientinnen und Patienten ein Erwerbspotenzial haben. Dieses Erwerbspotenzial muss im Interesse des Selbstwertgefühls der betroffenen Menschen und im Interesse ei-



nes eigenständigen Lebens aktiviert und genützt werden. Erfolgreiche Integrationen verhindern lebenslange Renten. Damit kann viel Geld gespart werden.

Mit dieser Vorlage wird die IV als Gesamtsystem weiterentwickelt, um besser auf psychisch kranke Menschen eingehen zu können. Vordringliches Ziel ist die berufliche Eingliederung von IV-Versicherten. Dabei wird der Fokus auf Jugendliche und psychisch erkrankte Personen gelegt. Übergänge von der Schule in die Berufsbildung und von der Berufsbildung in das Berufsleben sind Schwellen, an welchen sich entscheidet, ob die Integration gelingt oder nicht.

Die CVP-Fraktion unterstützt die spezifischen Verbesserungsmassnahmen für die drei Zielgruppen Kinder, Jugendliche und junge psychisch Kranke. Bei Kindern geht es vor allem um die Liste der Geburtsgebrechen und um medizinische Massnahmen. Die aktuelle Liste der Geburtsgebrechen ist veraltet, und eine Überarbeitung ist längst fällig. Es gibt indes immer Abgrenzungsfragen zwischen Geburtsgebrechen und Gebrechen, deren Behandlung durch die obligatorische Krankenversicherung bezahlt wird. Diese Fragen sind möglichst zu klären. Neu werden Kriterien definiert, und seltene Krankheiten werden berücksichtigt. Die Liste der Geburtsgebrechen muss regelmässig dem Stand der aktuellen medizinischen Kenntnisse angepasst werden, damit gerade im Bereich der seltenen Krankheiten regelmässig Entwicklungen aufgenommen werden können. Das Bundesamt für Sozialversicherungen muss aber auch sicherstellen, dass die IV-Stellen gerade im Bereich der Geburtsgebrechen einen rechtsgleichen Zugang zu Diagnostik und Therapien ermöglichen. Es gibt bei Ermessensentscheiden durch die IV wie bei den Krankenversicherern Unterschiede, wenn es um den Zugang zu Diagnostik und Therapien bei seltenen Krankheiten geht. Ebenso ist der Übergang nach dem 20. Altersjahr von der IV zu den Krankenversicherern zu koordinieren, damit da keine Therapielücken entstehen.

Für die Zielgruppe Jugendliche schafft die Reform notwendige Instrumente, um Jugendliche mit psychischen oder anderen Beeinträchtigungen im Übergang von der Volksschule zur ersten beruflichen Ausbildung zu unterstützen. Die Beratung und Begleitung von jungen Versicherten wie auch von Fachpersonen aus Schule und Ausbildung wird ausgebaut und verstärkt. Eine Rente wird erst zugesprochen, wenn alle Massnahmen zur Eingliederung ausgeschöpft sind. Neu erhalten die Lernenden statt eines Taggeldes der IV einen Lohn von den Arbeitgebenden, der dem Lohn von Lernenden ohne Gesundheitseinschränkung entspricht. Der Anreiz zur Erwerbstätigkeit wird dadurch gesteigert.

Die SGK hat drei gescheiterte Elemente der IV-Reform 6b in die Vorlage aufgenommen. Die CVP-Fraktion wird den Wechsel zum linearen Rentensystem mehrheitlich unterstützen, wie auch eine Anpassung der Kinderrente und eine Änderung der Bezeichnung auf das, was es ist, nämlich eine Zulage für Eltern und nicht eine Rente für behinderte Kinder, wie oft vermutet wird. Ich werde in der Detailberatung darauf eingehen.

Eine Kürzung der Transportkosten lehnen wir ab. Heikle Abgrenzungsfragen, welche Kosten behinderungsbedingt sind und welche nicht, würden vor allem zu mehr Bürokratie und

AB 2019 N 92 / BO 2019 N 92

Streitigkeiten führen. Zudem ist darauf hinzuweisen, dass in der Botschaft zur IV-Revision 6b von einem Sparpotenzial von 20 Millionen Franken die Rede war; aktuell geht es lediglich um 8 Millionen Franken. Dieser Betrag würde vor allem Familien treffen, welche selber ein grosses Engagement und viel Verantwortung bei der Betreuung ihrer behinderten Kinder übernehmen.

Abschliessend noch eine Bemerkung und eine Frage auch zur finanziellen Situation der IV: In der Botschaft zu dieser Vorlage vom 15. Februar 2017 wird der IV für 2018 ein Umlageergebnis von 124 Millionen Franken und ein Betriebsergebnis von 222 Millionen Franken vorausgesagt. Bis 2030 sollte die Schuld beim AHV-Fonds, welche derzeit noch rund 10 Milliarden Franken beträgt, abgetragen sein. Ich erinnere daran, dass bei der 5. IV-Revision die Rede davon war, die IV-Schuld bei der AHV solle bis 2024 getilgt sein. Bis 2017 waren die IV-Abschlüsse nur dank der Mehrwertsteuer-Zusatzfinanzierung positiv. 2018 dürfte die IV entgegen der Prognose in der Botschaft wieder ein Umlagedefizit ausweisen. Es stellt sich daher die Frage nach dem realistischen Szenario: Kann die IV je die Schuld von 10 Milliarden Franken bei der AHV zurückzahlen und bis wann? Auf keinen Fall dürfen wir es zulassen, dass die IV wieder Defizite anhäuft.

Diese Weiterentwicklung der IV ist keine Sparvorlage, sondern eine Investition – eine Investition in Menschen. Die IV wird mit neuen und optimierten medizinischen und beruflichen Integrationsmassnahmen ausgestattet und gibt betroffenen Menschen Chancen durch Unterstützung und Hilfe.

Die CVP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein und wird im Wesentlichen der Kommissionsmehrheit folgen.

Hess Lorenz (BD, BE): Die BDP-Fraktion empfiehlt Ihnen Eintreten auf diese Vorlage. Es gibt Geschäfte, Vorlagen, Gesetze, die sich trefflich eignen, um damit zu politisieren. Das betrifft namentlich das Politisieren von links und von rechts. Dann gibt es Geschäfte, die sind weniger geeignet für diese Art, sich zu profilieren.



Wir sind der Meinung, die Revision des IVG ist eines der Geschäfte, bei welchen es – wenn einmal, dann hier – darum geht, eine lösungsorientierte Mitte zu finden. Hier haben wir eine solche Vorlage.

Warum ist es hier so wichtig, dass wir uns lösen von Positionen von links und von rechts, wo sich trefflich Lärm machen lässt? Weil wir uns hier auf einer Gratwanderung bewegen oder, sportlich anders ausgedrückt, weil wir hier einen Spagat machen müssen zwischen dem, was wir "Weiterentwicklung" nennen – der Titel des Geschäftes lautet "Weiterentwicklung der IV" –, und auf der anderen Seite allem, was mit Kosten zusammenhängt oder eben mit dem mehrfach genannten Wort "Sanierung". Wir bewegen uns also auf der einen Seite hin zu Massnahmen, bei welchen wir die Bedürfnisse der Betroffenen im Auge behalten müssen, was wir immer tun müssen; auf der anderen Seite haben wir den Bereich der Sanierung, auch wenn es, wie vorhin von Kollegin Humbel ausgeführt, keine Sanierungsvorlage ist.

Man mag sich nun streiten, wie gross der Sanierungsbedarf ist; es geistern verschiedene Zahlen und Szenarien herum. Fakt ist sicher, dass der IV wesentliche Zuschüsse fehlen, die in den letzten Jahren und Jahrzehnten noch geflossen sind, und dass die Zahl von 10 Milliarden Franken wohl auch nicht wegzudiskutieren ist. Wir sind also, ob wir es wollen oder nicht, darauf angewiesen, für das Überleben und für das weitere Wirksamsein der IV Sanierungsmassnahmen zu ergreifen. Desgleichen geht es darum, die Bedürfnisse der Betroffenen im Auge zu behalten.

Deshalb überrascht es nicht, wenn die BDP-Fraktion hier durch die ganze Vorlage hindurch generell die Mehrheit unterstützt und mit ganz wenigen Ausnahmen die Minderheitsanträge von links und von rechts ablehnt. Zu ganz zentralen Punkten der Vorlage nenne ich Ihnen die Stichworte: Eingliederung, Früherfassung, Ausbildung. Hier ist wohl der falsche Ort, um zu sparen. Massnahmen wie Eingliederung, Früherfassung und Ausbildung bieten vielleicht auf den ersten Blick Sparpotenzial, mittel- und langfristig gesehen müssen wir aber darauf achten, dass wir mit kurzfristigen sogenannten Sparmassnahmen nicht Mehrkosten verursachen. Wer gut ausgebildet ist, die Möglichkeit hat, sich weiterzubilden, wer eben wieder in den Prozess eingegliedert wird, der oder die verursacht sehr wahrscheinlich später weniger oder keine Kosten.

Ohne schon auf die einzelnen Artikel einzugehen, gebe ich doch zu einem Punkt etwas zu bedenken. Zu bedenken sind die Effekte, die sich durch eine mögliche Kumulation von Massnahmen ergeben können. Ich nenne hier das Beispiel des stufenlosen Rentensystems, mit dem wir uns dann bei Artikel 28, u. a. beim Antrag der Minderheit Lohr, befassen müssen. Das stufenlose System nimmt in einem Bereich, bei den Invaliditätsgraden von über 60 Prozent, tatsächlich Mittel weg und verlagert sie in andere Bereiche, wo der Bedarf auch dringend und zwingend ist. Das ist für die Betroffenen dort, wo es Kürzungen gibt, alles andere als eine gute Lösung, es setzt aber vielleicht trotzdem am richtigen Hebel an. Ein weiterer Bereich ist jener der Kinderrente oder, wie wir es dann nennen werden, eben möglicherweise "Zulage für Eltern". In beiden Bereichen kann man getrost darüber sprechen, ob man hier gewisse Einschränkungen machen muss oder kann. Zu bedenken ist aber, wenn wir beispielsweise diese beiden Bereiche bzw. die entsprechenden Artikel nehmen, dass eine Kumulation entstehen kann, die dann zu Härtefällen führt, die wir so nicht wollen. Deshalb müssen wir uns gut überlegen, ob wir bei diesen beiden Bereichen an beiden Orten der Mehrheit folgen wollen.

Die BDP-Fraktion wird sich teilweise vorbehalten, gerade in Bezug auf das stufenlose System der Minderheit zu folgen. Ansonsten vertreten wir hier, wie schon am Anfang gesagt, die Position der lösungsorientierten Mitte. Wir werden deshalb mit ganz wenigen Ausnahmen der Mehrheit folgen und bitten Sie, das ebenso zu tun.

Graf Maya (G, BL): Ich möchte mit einer Einordnung der Vorlage beginnen, die wir auf dem Tisch haben. Warum diese Vorlage? Den Weg der Sanierung hat die Invalidenversicherung an sich erfolgreich hinter sich. Heute ist die IV finanziell auf gutem Kurs. Wir haben in den letzten Jahren mit den IV-Sanierungsplänen dafür gesorgt. Der Turnaround ist also geschafft. Nun ist daher der Zeitpunkt da, dass die IV nicht mehr dauernd spart, sondern dass sie qualitativ weiterentwickelt wird. Genau das hat der Bundesrat mit der uns nun vorliegenden Vorlage zur Weiterentwicklung der IV beabsichtigt. Der Bundesrat will keine weitere Sparvorlage, und wir Grünen wollen ebenfalls keine weitere Sparvorlage für die IV. Der politisch gewollte Weg, der politische Wille ist nämlich, dass die IV von einer Rentenversicherung zu einer Eingliederungsversicherung wird. Dieser Ansatz soll nun fortgesetzt und gestärkt werden, und dafür sind wir heute da.

Dies sind auch die Ziele des Bundesrates. Er will nämlich der Invalidisierung vorbeugen, die Eingliederung stärken und dabei den Fokus eben auf die berufliche Eingliederung setzen. Das Zielpublikum sind die Kinder, mit einer engen Begleitung und gezielter Steuerung; die Jugendlichen, die beim Übergang ins Erwerbsleben z. B. mit zweijährigen IV-Lehren gezielt unterstützt werden sollen; und vor allem die Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen, die beraten und begleitet werden sollen, damit sie eben gerade nicht in der IV landen.

Diese Ziele des Bundesrates teilen wir Grünen vollumfänglich. Es ist daher schade und unverständlich, dass



von der bürgerlichen Mehrheit hier vor allem die finanziellen Aussichten der IV rabenschwarz dargestellt werden und die massiven Sparmassnahmen auch noch damit begründet werden. 2017 haben die Einnahmen der IV zum sechsten Mal in Folge die Ausgaben voll gedeckt. Bis 2017 hat sich die Schuld der IV bei der AHV von 15 auf 12,3 Milliarden Franken reduziert.

Die Sparmassnahmen der vorhergehenden Revisionen greifen also. Gemäss den Berechnungen des Bundesamtes für Sozialversicherungen wird sich diese Tendenz auch weiter fortsetzen. Ab 2020 wird die IV wieder positive Umlageergebnisse erzielen und aus eigener Kraft die Schulden zurückzahlen können. Also können wir sagen, die IV ist auf Kurs. Es gibt keinen Grund, die dazumal in der IV-Revision 6b sistierten Sparmassnahmen bei den Kinderrenten und Reisekosten wieder in diese Vorlage aufzunehmen. Jetzt braucht die IV

AB 2019 N 93 / BO 2019 N 93

Stärkung, wo Erfolge bei der Eingliederung noch zu bescheiden sind, bei den Jugendlichen und den Menschen mit psychischen Problemen. Verbesserungen braucht es auch bei der Qualität der Gutachterpraxis. Was es aber definitiv nicht braucht, sind Sparmassnahmen bei den Kinderrenten und somit Sparmassnahmen auf dem Buckel von Eltern mit Behinderungen. Das ist unverantwortlich. Und es ist eigentlich in Anbetracht der finanziellen Situation, die ich Ihnen dargelegt habe, auch beschämend.

Wir Grünen werden uns daher in dieser Nationalratsdebatte gegen diesen Leistungsabbau im Zuge der Weiterentwicklung der IV zur Wehr setzen. Wir werden uns auch gegen die Kürzung der Reisekosten wehren, und wir werden auch Nein sagen zu einem stufenlosen Rentensystem, das vor allem den Personen mit Invaliditätsgrad im Bereich von 60 bis 69 Prozent unverhältnismässige Leistungskürzungen bescheren wird. Aus diesen Gründen treten wir ein und werden diese Sparmassnahmen mit Vehemenz ablehnen.

Brélaz Daniel (G, VD): Pour commencer, je voudrais vous rappeler un principe constitutionnel qui devrait nous éclairer et nous guider dans nos réflexions et nos travaux: la force d'une société, ou d'un pays, se mesure à l'attention qu'elle porte au plus faible de ses membres. Le domaine de l'AI est particulièrement concerné par ce principe, mais on ne peut pas dire que notre commission s'en est globalement inspirée de manière systématique.

Le projet que nous examinons ne s'inscrit plus dans la logique des mesures d'assainissement drastiques suivies de l'augmentation de 0,4 pour cent du taux de la TVA sur une période limitée, que nous avons connues. Aujourd'hui, à l'exception des oiseaux de mauvais augure ou des épouvantails à finances, les experts, qui excluent bien sûr une année très spéciale du point de vue des résultats boursiers, postulent que l'AI sera assainie dans une dizaine d'années. Il faut donc, pour ceux qui veulent trouver des moyens financiers, peindre le diable sur la muraille, comme c'est le cas pour le budget, à propos duquel on annonce une catastrophe alors qu'il y a systématiquement 3 milliards de francs de bénéfice. Monsieur Pezzatti en a fait une démonstration brillante tout à l'heure: la catastrophe est garantie et permanente, donc il faut couper systématiquement dans l'AI et peut-être dans d'autres assurances sociales.

Ce n'est évidemment pas le point de vue du groupe des Verts. Pour nous, un certain nombre de points fondamentaux doivent être discutés dans le cadre de ce débat.

Le premier concerne les frais de voyage. Imaginer que l'on puisse, comme le fait une forte minorité de la commission, causer des problèmes majeurs à des familles qui doivent parfois trouver un centre de soins spécialisé à des dizaines, voire des centaines de kilomètres de leur domicile, en se disant qu'elles n'ont qu'à se débrouiller et que c'est la fatalité, mais que cela ne concerne ni la société ni le Parlement, est évidemment inacceptable au sens du principe constitutionnel que je vous ai rappelé au début. Pour les Verts, il faut impérativement que l'on maintienne le système actuel des frais de voyage.

Mais il y a plus fort, et c'est malheureusement le fait d'une majorité de la commission. Dans le but d'économiser 88 millions de francs nets – car les 120 millions de tout à l'heure n'incluent pas les déductions –, une majorité de la commission veut transformer l'allocation pour enfant en allocation familiale. Evidemment, une allocation familiale est moins sympathique qu'une allocation pour enfant, et l'on peut donc d'autant plus justifier une coupe antisociale. En proposant de baisser l'allocation de 40 à 30 pour cent – sous prétexte que les assurés ayant beaucoup d'enfants ne seraient pas assez incités à se réinsérer; quelle drôle de construction! –, la majorité de la commission propose quelque chose d'inacceptable. Pour les Verts, ce raisonnement ne tient pas.

Nous constatons aussi – et c'est pour cela que, en commission, nous n'avons pas rejeté le projet lors du vote sur l'ensemble, mais que nous nous sommes abstenus – que de nombreux petits progrès sont effectués dans divers domaines. Néanmoins, l'on doit constater qu'ils sont presque systématiquement contestés par des minorités plus ou moins importantes, en générale emmenées par l'UDC. A ce stade, le groupe des Verts s'est abstenu. Ce que nous ferons par la suite dépendra de la nature et des votes qui auront lieu.



Herzog Verena (V, TG): Der Reformbedarf bei der Invalidenversicherung ist unbestritten. Ziel der Weiterentwicklung der IV muss jedoch nebst der Verbesserung des Systems zugunsten des beeinträchtigten Menschen auch die Sanierung und damit die längerfristige Sicherung der IV auch für nächste Generationen sein. Denn obwohl in der Botschaft des Bundesrates die finanzielle Situation der IV als stabil dargestellt wird, sind die Kosten der IV zwischen 2010 und 2014 um weitere 30 Millionen Franken angestiegen. Zudem muss, auch wenn die IV 2017 einen Überschuss von 700 Millionen Franken ausgewiesen hat, beachtet werden, dass seit 2018 die 1,1 Milliarden Franken aus der Mehrwertsteuer nicht mehr zur Verfügung stehen. Ende 2016 hatte die IV bei der AHV Schulden in der Höhe von 11,4 Milliarden Franken. Jetzt sind es noch etwa 10 Milliarden Franken. Wir fragen uns, wie die IV unter diesen Bedingungen, wenn man noch alles andere anschaut, bis 2030 saniert werden soll.

Deshalb ist die SVP-Fraktion überzeugt, dass im Rahmen der Reform sicher kein Leistungsausbau angestrebt werden darf. Um die IV zu sichern, sind vielmehr strukturelle Massnahmen notwendig, auch um Fehlanreize zu minimieren. Ausserdem müsste ein verstärktes Augenmerk auf die Verwaltungskosten gerichtet werden. Denn trotz rückgängiger Rentenzahlen sind die Zahlungen zwischen 2012 und 2016 um 35 Millionen Franken angestiegen. Der Bundesrat schlägt jedoch in seinem Gesetzentwurf vor allem den Ausbau von Leistungen vor, etwa im Bereich der 13- bis 25-Jährigen. Dies ist jedoch schlicht ein falscher Ansatz. Jugendliche sollen möglichst für eine Arbeit motiviert, begleitet, betreut und vor einer lebenslangen IV-Karriere bewahrt werden. Das ist vor allem für das Selbstwertgefühl der Jungen ganz entscheidend. Wenn man einmal in der IV-Mühle ist, kommt man sehr schwer wieder heraus. Das sind nicht die Perspektiven, die wir wollen.

Die Gesamtzahl von IV-Bezügern ist ja erfreulicherweise auch durch die Massnahmen der 5. und 6. IV-Revision, durch die vermehrten Anstrengungen der Betriebe zur Eingliederung und durch die Einzelfallbetreuung junger Erwachsener im Case Management zurückgegangen. Bedenklich ist jedoch die Tatsache, dass sich die Anzahl der jungen IV-Bezüger mit psychiatrischen Diagnosen mit 1300 pro Jahr seit 1995 fast verdreifacht hat. Die Begründungen sind unterschiedlich. Jugendliche erleiden bei genetischer Veranlagung nach Cannabiskonsum Psychosen, an denen sie ihr Leben lang leiden. Eine andere Problematik ist die starke Zunahme der Jugendlichen mit Aufmerksamkeitsdefizitstörungen, und laut einem Bericht der OECD können auch Negativeinreize für die Zunahme junger IV-Bezügerinnen und -Bezüger verantwortlich sein. In ihrem Bericht von 2014 empfiehlt sie, bei jungen Personen mit einer leichten Einschränkung ohne Arbeitsmarkterfahrung die Negativeinreize abzuschaffen, die sich aufgrund der im Vergleich zu den üblichen Lehrlingslöhnen zu hohen IV-Renten ergeben. Arbeiten kann krank machen, aber keine Arbeit zu haben macht noch mehr krank.

Da die IV weit davon entfernt ist, finanziell auf gesunden Beinen zu stehen, sind zwingend minimale Entlastungsmassnahmen in dieser Reform einzubauen. So wollen wir in dieser Vorlage die Senkung der Kinderrenten und auch eine differenzierte Auszahlung der Reisekosten berücksichtigen. Die Senkung dieser Renten von 40 auf neu 30 Prozent macht immerhin 200 Millionen Franken aus, die jährlich eingespart werden können. Es darf einfach nicht sein, dass eine Durchschnittsfamilie ohne IV-Renten am Schluss schlechter dasteht als eine Familie mit IV-Renten und vielleicht noch Ergänzungsleistungen. Wer heute eine IV-Rente bezieht, erhält für jedes Kind einen Rentenaufschlag von 40 Prozent einer IV-Rente, sofern kein Kürzungsgrund vorliegt. Ein IV-Rentner mit zwei Kindern erhält folglich 1,8 IV-Renten, und mit fünf Kindern sind es gar 3 volle Renten. Die durchschnittlich pro Kind und Monat ausbezahlte Summe beläuft sich auf 518 Franken. Die normale Kinderzulage für ein Kind eines Erwerbstätigen beträgt durchschnittlich 200 Franken pro Monat. Ein IV-Bezüger erhält heute also mehr als das

AB 2019 N 94 / BO 2019 N 94

Doppelte einer Kinderzulage eines Nicht-IV-Bezügers, im Einzelfall kann der Unterschied bis zum Fünffachen ausmachen. Auch wenn solche Vergleiche nicht immer ganz fair sein können – sie sind halt einfach real. Mir ist klar: Es ist nicht angenehm und mit sehr vielen Erschwernissen verbunden, wenn man tatsächlich IV-Rentner ist.

Nun zu den Reisekosten: Auch hier wollen wir, dass nur noch jene Kosten vergütet werden, die auch zusätzlich durch einen benötigten Transport entstehen. Wenn zum Beispiel eine Person im Rollstuhl transportiert werden muss, ist das selbstverständlich zu bezahlen. Aber wenn eine Mutter mit einem Kind ins Spital fährt, kann sie dabei auch noch andere Verrichtungen wahrnehmen und ist deshalb nicht auf das Fahrgeld angewiesen. Ich denke einfach, wir müssen uns überlegen, wo die Leute Unterstützung brauchen und wo wir diese etwas einschränken können.

Wir werden des Weiteren ein stufenloses Rentensystem unterstützen, und zwar vor allem – das haben mir IV-Bezüger persönlich gesagt –, weil die Arbeitsmöglichkeiten für Behinderte so verbessert werden können. Die SVP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein, wird sich mehrheitlich den Anträgen der Mehrheiten anschliessen



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Frühjahrssession 2019 • Dritte Sitzung • 06.03.19 • 08h00 • 17.022
Conseil national • Session de printemps 2019 • Troisième séance • 06.03.19 • 08h00 • 17.022



und ihre Minderheitsanträge in den einzelnen Blöcken vertreten.

Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu

Schluss der Sitzung um 12.45 Uhr
La séance est levée à 12 h 45

AB 2019 N 95 / BO 2019 N 95



17.022

**IVG. Änderung
(Weiterentwicklung der IV)****LAI. Modification
(Développement continu de l'AI)***Fortsetzung – Suite***CHRONOLOGIE**

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.03.19 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.03.19 (FORTSETZUNG - SUITE)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.03.19 (FORTSETZUNG - SUITE)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.03.19 (FORTSETZUNG - SUITE)

Berset Alain, conseiller fédéral: J'ai le redoutable honneur d'ouvrir la discussion cet après-midi – merci! – pour vous dire dans ce débat d'entrée en matière qu'effectivement l'assurance-invalidité, sur laquelle nous nous penchons aujourd'hui, est devenue une véritable assurance de réadaptation. C'est la raison pour laquelle, en ayant constaté cela, vu aussi les lacunes qui existent encore, il a été décidé de choisir la voie de l'optimisation du système de l'assurance-invalidité, là où c'est nécessaire, là où c'est possible.

L'intégration des personnes handicapées doit être encouragée non seulement parce que nous nous y sommes engagés dans le cadre de la Convention des Nations Unies sur les personnes handicapées, mais aussi parce que, pour toutes les personnes concernées, il est aussi une bonne chose qu'il soit possible de fournir une contribution à la société, au développement de la société et de notre économie et que nous ne souhaitons pas nous passer de ces compétences.

Les améliorations de l'assurance-invalidité concernent la réadaptation. Elles ont été confirmées non seulement par une évaluation des deux précédentes révisions – qui sont entrées en vigueur –, mais également par une étude réalisée par l'OCDE. Si nous nous penchons sur les années récentes, nous constatons que l'évolution est très impressionnante. Le nombre de nouvelles rentes octroyées chaque année a ainsi diminué de 50 pour cent, passant de plus de 28 000 rentes par année en 2003 à environ 14 000 rentes par année en 2017. Dans le même temps, le travail des offices de l'assurance-invalidité a permis de maintenir sur le marché du travail ou de réinsérer sur le marché du travail plus de 20 000 personnes en 2017, alors qu'on ne parvenait à en insérer ou à en maintenir sur le marché du travail qu'environ 6000 en 2008.

C'est donc une tendance très positive, mais que nous ne constatons pas – ou en tout cas pas dans la même mesure – pour certaines catégories de la population. Je pense aux jeunes, aux enfants, aux personnes qui sont atteintes dans leur santé psychique. C'est la raison pour laquelle dans le message que nous traitons, qui poursuit l'objectif de l'optimisation dont je parlais tout à l'heure, nous proposons de nous concentrer essentiellement sur ces groupes de population. Dans ce cadre, la collaboration entre les différents acteurs de réadaptation doit bien sûr être améliorée, et le message travaille dans ce sens.

Laissez-moi peut-être vous donner quelques informations sur les principales mesures que nous prévoyons pour ces différents groupes de population. Tout d'abord, le groupe cible des enfants – par "enfants", nous entendons les jeunes de zéro à 13 ans: l'assurance-invalidité prend aujourd'hui essentiellement en charge les frais de traitement des infirmités congénitales reconnues. Il s'agit évidemment d'un investissement pour l'avenir qui vise à augmenter, pour les enfants concernés, les chances de pouvoir un jour suivre une formation professionnelle ou, au moins, de vivre de la manière la plus autonome possible.

Depuis 2001, les coûts des mesures médicales ont augmenté de plus de 90 pour cent. C'est une évolution très importante, et nous devons pouvoir l'accompagner et la maîtriser. Les mesures que vous retrouverez dans le projet qui vous est présenté doivent ainsi permettre à l'assurance-invalidité d'accompagner davantage les enfants et leur famille, de mieux piloter également les mesures médicales. C'est dans ce cadre notamment que la liste des infirmités congénitales doit être actualisée, pour être mise à jour par rapport aux connaissances que nous avons aujourd'hui, à la situation telle qu'elle existe aujourd'hui, mais également pour inscrire certaines maladies rares dans cette liste.



Enfin, le système des mesures médicales de l'AI doit être adapté aux critères de l'assurance-maladie pour faciliter le passage des assurés du régime de l'AI à celui de l'assurance-maladie. Il y a là aussi quelques outils qui doivent être mis sur pied en matière tarifaire.

Prenons maintenant le deuxième groupe cible, soit les jeunes de 13 à 25 ans. Le défi est ici d'éviter qu'ils ne deviennent plus tard des bénéficiaires de rentes. Le projet propose donc des améliorations et des optimisations. Tout d'abord, les prestations de suivi et de conseil seront étendues non seulement aux jeunes, mais aussi aux professionnels de la formation et du milieu scolaire. C'est un élément important. Ensuite, je citerai la détection précoce et les mesures de réinsertion, qui seront également offertes aux jeunes, ce qui n'est pas le cas actuellement. Puis les indemnités journalières de l'AI pour les jeunes en formation, qui transiteront désormais par les employeurs. Cela renforcera les incitations afin qu'ils créent des places de formation pour les jeunes concernés. L'objectif est de valoriser le fait d'exercer une activité professionnelle et de toucher un salaire. Pour ce faire, il est également prévu que les montants soient fixés au niveau des salaires usuels des apprentis, pour atteindre une égalité de traitement avec les assurés en formation qui sont en bonne santé. Enfin, le dernier point concerne les mesures cantonales pour guider les jeunes vers une formation professionnelle. Ce sont des mesures que l'AI soutiendra à l'avenir. Je pense en particulier aux offres transitoires entre l'école et la formation professionnelle, ou au "case management" dans le domaine de la formation professionnelle.

Le troisième groupe cible, ce sont les adultes de 25 à 65 ans qui sont atteints dans leur santé psychique. Ce groupe cible est très important, parce qu'il représente désormais 42 pour cent des nouvelles rentes de l'assurance-invalidité. 42 pour cent des nouvelles rentes de l'assurance-invalidité sont versés à des personnes membres de ce groupe cible, c'est-à-dire des assurés adultes atteints dans leur santé psychique. Or, alors que l'effectif global des rentes diminue continuellement depuis 2005, il reste malheureusement stable pour ce groupe cible.

Tout un catalogue de mesures est établi pour ces assurés: des conseils et un suivi sur le long terme, qui doivent tenir compte ou mieux tenir compte des besoins spécifiques des personnes concernées; un usage plus flexible qu'aujourd'hui et aussi prolongé dans le temps des mesures de détection précoce et de réinsertion socioprofessionnelle; l'introduction de la location de services, qui permet aux employeurs de faire connaissance avec un collaborateur potentiel sans s'engager, ce qui permet aussi à ce dernier de s'intégrer, mettre ses compétences en valeur, sans que le saut soit définitif; enfin, l'amélioration de la situation des assurés au chômage, après la diminution ou la suppression de leur rente, par une extension de leur droit aux indemnités de chômage et aux mesures du marché du travail de 90 à 180 jours.

AB 2019 N 96 / BO 2019 N 96

Je vous ai parlé de la nécessité d'améliorer la coordination entre les acteurs impliqués. Pour réaliser cette mission en tenant compte des évolutions souhaitées, l'assurance-invalidité a besoin de s'allier avec d'autres acteurs. Il s'agit notamment de renforcer la collaboration avec les médecins traitants. Ces derniers doivent être mieux informés par l'assurance-invalidité des mesures prévues pour leurs patients. Il s'agit aussi de mieux limiter les risques pris par les employeurs qui s'engagent pour la réadaptation de personnes à l'assurance-invalidité. Nous souhaitons créer des incitatifs plus forts pour l'engagement de ces employeurs dans les processus d'intégration, et c'est notamment possible de le faire dans le cadre de la couverture par l'assurance-accidents et de la responsabilité civile. Enfin, les employeurs qui s'engagent et sont prêts à faire des pas et des efforts pour mettre en oeuvre la volonté d'intégrer les personnes handicapées dans les professions et sur le marché du travail doivent pouvoir bénéficier plus longtemps qu'aujourd'hui des conseils de l'assurance-invalidité.

Je souhaite mentionner encore un point concernant le contenu du projet. Il s'agit du passage, souhaité depuis longtemps – donc ce n'est pas inconnu dans votre conseil –, d'un système à échelons à un système de rentes linéaire. L'objectif est d'abolir les effets de seuil. Nous avons aujourd'hui des effets de seuil qui peuvent être contre-productifs et qui produisent l'effet inverse de ce qui est souhaité par l'incitation à travailler. Ces effets de seuil découragent les rentiers de l'assurance-invalidité d'augmenter leur taux d'occupation là où ce serait possible et souhaitable. Ce discours, vous l'avez déjà entendu, il vous est connu. Cette discussion a eu lieu dans le cadre de la révision 6b de l'assurance-invalidité, révision qui a été classée suite à votre décision en 2013.

Néanmoins, le Conseil fédéral reste persuadé que le passage à un système de rentes linéaire constitue la bonne solution pour parer aux incitations négatives qui existent aujourd'hui. On peut résumer l'objectif de la manière suivante: il doit valoir la peine de travailler – s'il ne vaut pas la peine de travailler, c'est difficile – et de s'engager aussi pour sa propre intégration socioprofessionnelle – je le répète: pour ceux qui le peuvent – dans le système que nous avons aujourd'hui.

Le changement pour passer au système de rentes linéaire ne concerne pas les assurés de plus de 60 ans. Il



y a en plus des dispositions transitoires qui sont prévues pour d'autres catégories d'assurés plus jeunes. Pour que les plus jeunes, en particulier, puissent en profiter rapidement et passer à ce système incitatif et positif rapidement, il est prévu que tous les jeunes de moins de 30 ans passent dans le nouveau système dans les dix années qui suivront l'entrée en vigueur de la présente modification. Dans ce cadre, vous le savez, une rente entière sera, comme aujourd'hui, octroyée à partir d'un taux d'invalidité de 70 pour cent.

Les rapporteurs ont rappelé ce matin les débats qui ont eu lieu en commission, je ne vais pas y revenir, ni sur les modifications apportées.

J'en viens aux questions financières. Si l'on tient compte de l'ensemble des mesures et des groupes cibles, les conséquences financières du projet du Conseil fédéral pour l'assurance-invalidité seraient une augmentation des coûts de 13 millions de francs la première année – si l'on table sur une entrée en vigueur de la réforme en 2020 –, mais ce seraient ensuite des économies de 13 millions de francs en 2030. Ce ne sont pas des sommes très importantes, elles sont même très faibles: le projet ne vise pas avant tout à faire des économies, mais à optimiser l'assurance-invalidité là où c'est nécessaire, là où nous avons remarqué qu'il y avait besoin d'agir de manière plus forte.

Les révisions précédentes ont déjà eu des effets financiers extrêmement importants: je vous ai dit que, malgré une population croissante, le nombre de nouvelles rentes a été divisé par deux dans notre pays entre 2003 et 2017! Ces efforts ont été réalisés, ce qui nous permet de dire – je n'ai pas d'éléments factuels qui contredisent cette vision des choses – qu'on doit continuer à parler d'un désendettement de l'assurance-invalidité envers l'AVS, qui selon tous les chiffres que nous connaissons aujourd'hui sera effectif en 2031.

Pourquoi 2031, et pas 2030 ou 2029 comme le Conseil fédéral l'avait initialement promis? Il y a une très bonne explication à cela. Deux éléments ont tendance à augmenter cette durée: les décisions du Parlement – pas celles du Conseil fédéral – dans un certain nombre de domaines, notamment en matière financière comme le programme de stabilisation 2017–2019, proposé par le Conseil fédéral, la prise en compte de la trisomie 21, décision du Parlement, et le projet issu de l'initiative parlementaire Joder 12.470, "Meilleur soutien pour les enfants gravement malades ou lourdement handicapés qui sont soignés à la maison", qui impose d'allouer un supplément pour les soins intenses. Ces décisions engendrent au total 92 millions de francs de dépenses supplémentaires par année.

Une des raisons est donc à chercher dans les décisions qui ont été prises. Cela ne remet pas en cause la validité de ces décisions, mais il est évident que si des dépenses supplémentaires sont décidées par le Parlement, cela a aussi des conséquences sur le moment du désendettement.

Une autre cause est à chercher du côté de la jurisprudence. Vous le savez, le Tribunal fédéral a pris une décision sur la méthode mixte, qui a pour conséquence 40 millions de francs de dépenses supplémentaires pour l'assurance-invalidité chaque année. Le cumul des décisions politiques, prises dans l'intervalle, et des décisions de la jurisprudence, explique ce léger retard, puisqu'on passe de 2030 à 2031 pour un désendettement complet de l'assurance-invalidité envers l'AVS. Voilà ce que je souhaitais vous dire.

J'ajouterai peut-être encore que les conséquences des décisions de la majorité de votre commission en termes de coûts, ce ne sont pas 13 millions de francs de surcoûts tout de suite et 13 millions de francs d'économies en 2030; ce sont 31 millions de francs de surcoûts la première année, donc en 2020, et des économies de l'ordre de 67 millions de francs en 2030. C'est donc une action un peu plus forte, qui coûte un peu plus cher au début et qui permet d'économiser un peu plus à terme. Mais, je le répète, la différence n'est pas très importante, si l'on parle de 13, de 30 ou de 60 millions de francs, sur un budget global de l'assurance-invalidité qui se chiffre en milliards de francs.

Je vais conclure en vous disant que le Parlement a déjà eu souvent l'occasion, ces dernières années, de se pencher sur l'assurance-invalidité. Il est vrai que cette dernière n'était pas dans une situation financière évidente au début des années 2000, et il a fallu reprendre les choses en mains. Ce travail a été réalisé et le projet qui vous est soumis aujourd'hui peut apporter quelque chose de positif, sur la base des travaux réalisés auparavant. On peut, à partir de maintenant, vraiment réfléchir ensemble, en termes qualitatifs, à l'amélioration et à l'optimisation de l'assurance-invalidité. Cela a bien sûr aussi des conséquences positives en termes de coûts, évidemment, mais nous pensons d'abord à la qualité et en particulier à pouvoir adapter l'assurance-invalidité dans les domaines où nous constatons aujourd'hui que le but n'est pas encore atteint, à savoir les mesures concernant les enfants, les jeunes adultes et les adultes souffrant de troubles psychiques.

Chacune de ces mesures proposées permettra, à terme, de pérenniser la situation de l'assurance-invalidité. Je me réjouis beaucoup de pouvoir, durant les prochaines heures, mener cette discussion avec vous.

Il me reste à vous inviter, au nom du Conseil fédéral, à entrer en matière sur ce projet.

La présidente (Carobbio Guscetti Marina, présidente): I relatori rinunciano a prendere la parola.



*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition*

**Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (Weiterentwicklung der IV)
Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (Développement continu de l'AI)**

AB 2019 N 97 / BO 2019 N 97

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Ziff. I Einleitung, Ersatz von Ausdrücken

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, ch. I introduction, remplacement d'expressions

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

La presidente (Carobbio Guscetti Marina, presidente): Continiamo con la deliberazione di dettaglio che è suddivisa in quattro blocchi. Avete ricevuto un documento che precisa il contenuto dei blocchi.

Block 1 – Bloc 1

Berufliche Eingliederung, Taggeld

Réadaptation professionnelle, indemnité journalière

Herzog Verena (V, TG): Im Folgenden werde ich für die SVP-Fraktion zu diesem Block 1 sprechen und auch gleich meine beiden Minderheitsanträge begründen.

In diesem Block beraten wir den weiteren Ausbau der Früherfassung, der beruflichen Beratung und Begleitung sowie der beruflichen Eingliederung. Das sind zweifellos alles wichtige Massnahmen zur Unterstützung eines Menschen. Die körperliche und psychische Gesundheit ist das höchste Gut für jeden Menschen. Je jünger der Mensch, desto wichtiger ist eine stabile Konstitution, da noch das ganze Leben bevorsteht. Der Invalidenversicherung ist es mit dem Ziel der verstärkten Ausrichtung auf Eingliederung vor allem in den letzten zehn Jahren und ganz besonders durch die 5. IV-Revision gelungen, die Anzahl der Neuberentungen deutlich zu senken. Viele Unternehmen sind sensibilisiert auf dieses Thema. Aber natürlich ist es vor allem für kleine Unternehmen schwierig, dem Zeit- und Arbeitsdruck standzuhalten und gleichzeitig die Betreuung eines beeinträchtigten Jugendlichen zu bewältigen. Doch der Wille und das Wissen sind da.

Leider hat die Anzahl der Jugendlichen mit psychischen Beeinträchtigungen in den letzten Jahren stetig zugenommen. Seit 1995 hat sich diese Anzahl verdreifacht. Die stetige Zunahme der Zahl von jungen psychisch kranken IV-Rentnerinnen und -Rentnern wirft viele Fragen auf, erstens zu den Ursachen und zweitens zu möglichen Lösungsansätzen. Ganz sicher sollen die bisherigen Massnahmen weitergeführt werden. Ganz sicher müssen auch Fehlanreize ausgemerzt werden.

Nun, mit IV-Rente und Ergänzungsleistungen kann heute ein Einkommen erzielt werden, das für junge Beeinträchtigte im Arbeitsmarkt kaum erreicht werden kann. Ein lineares Rentensystem würde diesbezüglich Abhilfe schaffen. Deshalb ist der bundesrätliche Entwurf sinnvoll, gemäss den Artikeln 24ter und 24quater das Taggeld dem Arbeitgeber auszurichten und dem beeinträchtigten Lernenden den branchenüblichen Lohn vom Arbeitgeber ausbezahlen zu lassen. Damit werden behinderungsbedingte Mehrkosten direkt dem Arbeitgeber vergütet und der Anreiz, Lehrstellen für Personen mit Behinderungen anzubieten, erhöht.

Die wichtigste Massnahme, um jungen Beeinträchtigten einen besseren Start ins Berufsleben zu ermöglichen, ist die Ausschöpfung der vorhandenen IV-Eingliederungsmassnahmen. Es braucht aber keine neuen Massnahmen. Deshalb habe ich auch meinen Minderheitsantrag zu Artikel 3abis Absatz 1bis eingereicht, um diese zu streichen.



Die bisher eingeleiteten Massnahmen greifen. Ein weiterer Leistungsausbau ist nicht sinnvoll. Denn wenn bereits 13-jährige Jugendliche der IV gemeldet werden können, besteht die Gefahr, dass bald jeder Jugendliche, der eine besonders intensive pubertäre Phase durchmacht, in die IV abgeschoben wird. Ich sage das bewusst etwas krass, denn ich empfinde das als verletzend für sein Selbstwertgefühl. Ist ein Jugendlicher erst einmal in diesem System, ist es sehr schwierig für ihn, wieder herauszukommen – vor allem, wenn dafür gar keine Anreize bestehen.

Auch mein zweiter Minderheitsantrag geht in diese Richtung. Unterstützen Sie deshalb meine Minderheitsanträge. Ansonsten folgen wir von der SVP-Fraktion in diesem Block 1 der Mehrheit.

Schenker Silvia (S, BS): In diesem Block habe ich drei Minderheiten zu begründen. Die erste Minderheit finden Sie in Artikel 3abis Absatz 1bis Buchstabe b. Es geht dort um die Frage, wann sich jemand zur Früherfassung melden kann respektive wann jemand gemeldet werden kann. Ich schlage Ihnen vor, auf die Erweiterung zu verzichten, welche ermöglichen soll, dass auch "von Arbeitsunfähigkeit bedrohte Personen" von der Bestimmung erfasst werden. Mir erscheint diese Formulierung zu vage, sie eröffnet einen sehr grossen Spielraum. Wann ist man von Arbeitsunfähigkeit bedroht? Wer entscheidet, wann dieser Fall eintritt? Meine Sorge in Zusammenhang mit dieser Bestimmung geht dahin, dass ich befürchte, Arbeitgebende könnten Angestellte schon dann bei der IV melden, wenn diese unbequem sind. Kommt hinzu, dass die Betroffenen nicht gefragt werden müssen, ob man sie bei der IV melden darf. Sie müssen lediglich darüber informiert werden.

Ich finde hier die Formulierung der Mehrheit zwar besser als die des Bundesrates, aber sie geht mir immer noch zu weit. Deshalb bitte ich Sie, hier meiner Minderheit zu folgen.

Meine zweite Minderheit ist bei Artikel 3b Absatz 4 zu finden. Der Bundesrat schlägt dort vor, auf die Kompetenz zu verzichten, eine Mindestdauer der Arbeitsunfähigkeit als Voraussetzung für die Meldung festlegen zu können. Ich bedaure, dass der Bundesrat keine Mindestdauer mehr vorsehen will. Selbstverständlich ist es wichtig, dass Betroffene möglichst früh von der Unterstützung durch die IV profitieren können. Heute ist eine Meldung nach 30 Tagen Arbeitsunfähigkeit möglich. Ich finde diese Frist angemessen und bin der Meinung, dass der Bundesrat auch in Zukunft entscheiden sollte, ob eine solche Frist eingehalten werden soll.

Ich bitte Sie also auch hier, meiner Minderheit zu folgen.

Meine dritte Minderheit betrifft die Frage, wann die wichtige Beratung und Begleitung gemäss Artikel 14quater Absatz 1 Buchstabe a beansprucht werden kann. Mit meiner Minderheit möchte ich bewirken, dass diese Leistungen von der IV schon gesprochen werden können, wenn Eingliederungsmassnahmen geprüft werden, und nicht erst dann, wenn solche gesprochen worden sind. Im Hearing, das wir in der Kommission zu dieser Vorlage durchgeführt haben, hat uns einer der Teilnehmenden, der an einer psychischen Erkrankung leidet, gesagt, dass für ihn eine solche Beratung sehr wichtig gewesen wäre, als er – trotz seiner Erkrankung – versuchen wollte, sich in der Arbeitswelt zu integrieren.

Die Vorlage soll ja vor allem im Bereich der psychischen Erkrankungen zusätzliche Unterstützung durch die IV ermöglichen. Der Antrag meiner Minderheit wäre ein Mosaikstein in diesem Angebot.

Ich bitte Sie, diesen Antrag zu unterstützen.

Heim Bea (S, SO): Ich spreche für die Minderheit Carobbio Guscetti in Artikel 12 Absatz 2. Das betrifft den Anspruch auf medizinische Massnahmen mit dem Ziel der beruflichen Eingliederung und der Ermöglichung einer beruflichen Erstausbildung.

Die Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt ist eine der obersten Prioritäten dieser Revision. Im Rahmen der 5. IV-Revision wurden die medizinischen Massnahmen zeitlich bis auf das vollendete 20. Altersjahr begrenzt. Die Vorlage bringt nun eine Erweiterung bis zum vollendeten 25. Altersjahr. Das ist medizinisch und auch sozial richtig. Die SP begrüsst diese Erweiterung. Aber wenig sinnvoll aus Sicht der SP und auch aus Sicht von Inclusion Handicap ist, dass nur Personen, die im Zeitpunkt der Vollendung ihres 20. Altersjahres an medizinischen Massnahmen bereits teilgenommen haben, dieses erweiterte Anrecht bekommen sollen.

AB 2019 N 98 / BO 2019 N 98

Wir anerkennen, was der Bundesrat mit diesem Vorschlag will, nämlich dass Jugendliche, die vor dem 20. Altersjahr mit Massnahmen – Rehabilitationsmassnahmen, Begleitmassnahmen – begonnen haben, diese aber noch nicht abgeschlossen haben, noch bis zum vollendeten 25. Lebensjahr davon profitieren können. Doch aus Sicht der SP ist diese Altersgrenze nicht richtig. Wir meinen: Alle, die für die berufliche Tätigkeit medizinische Massnahmen brauchen, sollen diese auch erhalten. Eine Grenzverschiebung von 20 auf 25 Jahre nur für jene, die im medizinischen Massnahmenprozess stehen, heisst, die Chance zu verpassen, einem breiteren Kreis Betroffener den Einstieg respektive den Verbleib in der beruflichen Tätigkeit zu ermöglichen.



Es gibt Menschen, die aufgrund von Handicaps eben erst verspätet in einen Beruf einsteigen können. Der Antrag der Minderheit Carobbio Guscetti verlangt nun, dass alle, die auf medizinische Massnahmen für die berufliche Tätigkeit angewiesen sind, diese erhalten, und zwar sicher bis zum vollendeten 25. Altersjahr – das heisst sicher noch länger, wenn sie es brauchen.

Im Sinne der Prioritäten dieser Revision – finanzielle Entlastung der IV durch konsequente Förderung der Eingliederung vor Rente – bitte ich den Rat, dem Antrag der Minderheit Carobbio Guscetti zuzustimmen.

Roduit Benjamin (C, VS): C'est à double titre que je vais m'exprimer. Premièrement, je fais partie de la minorité emmenée par mon collègue Lohr, qui ne peut pas défendre lui-même sa proposition devant le plénum vu qu'il est rapporteur de la commission. Mais deuxièmement, je vous parle surtout en tant qu'enseignant, qui sait que la formation est un investissement primordial pour chaque jeune personne en particulier et pour la société en général. J'ai fait moi-même à plusieurs reprises l'expérience qu'il est très difficile de prédire la performance d'un jeune à l'avance, et cela plus particulièrement s'agissant des jeunes ayant des difficultés. Je vous rappelle que l'un des objectifs majeurs de la présente réforme vise les jeunes assurés atteints dans leur santé psychique. Grâce à une formation appropriée et à des mesures de soutien, on peut parfois résoudre leurs problèmes et augmenter leurs performances, mais pour cela il faut du temps.

Alors de quoi s'agit-il dans cet article 16? Pour les jeunes, notamment ceux qui ont un handicap psychique, il existe des formations pratiques. Ces formations permettent de mener à bien une formation professionnelle initiale débouchant, dans le meilleur des cas, sur une formation complémentaire validée par une attestation fédérale de formation professionnelle. Dans tous les cas, cette formation initiale constitue une étape obligatoire pour l'accès au marché de l'emploi.

A l'alinéa 4, il est notamment question de la durée de ces formations, qui serait fixée par le Conseil fédéral. La durée ordinaire d'une formation professionnelle initiale est, selon la loi fédérale sur la formation professionnelle, de deux à quatre ans. Prétextant que les formations pratiques dites à bas seuil, par exemple la formation Insos, ne sont pas régulées par cette loi, l'Office fédéral des assurances sociales voulait supprimer la deuxième année de formation dans les cas où l'on estime que la personne ne serait pas en mesure de s'intégrer dans le premier marché du travail. En novembre 2016, le Tribunal fédéral a jugé cette pratique trop restrictive et sans base légale. On comprend dès lors la proposition du Conseil fédéral, suivie par la majorité de la commission, de s'octroyer la compétence de fixer la durée de ces formations pratiques sans avoir nécessairement à financer une deuxième année.

Mais pourquoi donc assurer une durée d'au moins deux ans de formation? L'un des objectifs de cette révision, qui est précisé à l'alinéa 2 du même article, est justement de donner plus de chances aux jeunes avec handicap de pouvoir se présenter sur le marché primaire du travail. Si nous biffons maintenant, pour certains jeunes, la possibilité de cette deuxième année – et cela n'enlève rien au fait qu'il y ait un suivi individuel professionnel approprié, du type "case management" –, ils auront de manière évidente moins de chances de se développer que les jeunes sans handicap. Il est quand même paradoxal que les jeunes handicapés aient moins de temps pour accomplir une formation professionnelle initiale solide.

Sans même devoir évoquer la Convention de l'ONU relative aux droits des personnes handicapées, que la Suisse a ratifiée, ni la Constitution fédérale quant aux besoins de formation des personnes en situation de handicap, il s'agit ici de préserver l'égalité des chances et la sécurité du droit. En accordant un peu plus de temps aux formations pratiques à bas seuil, les jeunes avec un handicap auront les mêmes possibilités d'accomplir une formation professionnelle initiale que les autres jeunes. Pour certains d'entre eux, l'acquisition de compétences hors des structures formelles d'apprentissage leur permettra de gagner en dignité et en confiance et de résoudre leurs difficultés initiales. Ils vous en seront reconnaissants.

En résumé, la proposition de minorité déposée par Monsieur Lohr complète cette délégation au Conseil fédéral par un renvoi à la loi fédérale sur la formation professionnelle, laquelle régleme la durée des formations professionnelles initiales. Ainsi, une formation pratique de deux ans deviendra la norme et non l'exception.

Je vous invite donc à voter en faveur de la proposition de la minorité Lohr.

Gysi Barbara (S, SG): Ich spreche zu drei Minderheiten zu den Artikeln 22 und 24. Sie betreffen den Bezug und die Höhe von Taggeldern.

Bei Artikel 22 Absatz 2 möchte ich gerne einen anderen Text, nämlich: "Während der erstmaligen beruflichen Ausbildung haben Versicherte unabhängig vom Bezug von Leistungen nach Artikel 16 Anspruch auf Taggelder, wenn sie aufgrund ihrer eingeschränkten Erwerbsfähigkeit einen Erwerbsausfall erleiden." Die Buchstaben a und b möchte ich gestrichen haben.

Warum diese Änderung gegenüber dem Text des Bundesrates und der Mehrheit der Kommission? Heute er-



halten Personen in der erstmaligen beruflichen Ausbildung ab dem 18. Altersjahr ein IV-Taggeld, wenn sie ihre Erwerbsfähigkeit ganz oder teilweise einbüßen. Heute ist also ein behinderungsbedingter Erwerbsausfall vorausgesetzt. Bundesrat und Kommissionsmehrheit wollen nun, dass IV-Taggelder bei der erstmaligen beruflichen Ausbildung in Zukunft nur noch dann ausgerichtet werden, wenn behinderungsbedingte Mehrkosten entstehen oder wenn direkt für die Ausbildung erforderliche medizinische Massnahmen oder Integrationsmassnahmen gewährt werden. IV-Taggelder sollen also neu unabhängig von einer behinderungsbedingten Erwerbseinbusse bezahlt werden.

Es überzeugt nicht, dass der Taggeldanspruch bei der erstmaligen beruflichen Ausbildung nicht an einen Erwerbsausfall anknüpft, sondern an behinderungsbedingte Mehrkosten. Bei allen anderen Taggeldern, z. B. Arbeitslosentaggeld oder Unfallversicherungstaggeld, ist ein konkreter Erwerbsausfall die übliche Anknüpfung. Insbesondere bei jungen Personen mit psychischen Beeinträchtigungen – notabene eine der Zielgruppen der Weiterentwicklung der IV – entstehen kaum behinderungsbedingte Mehrkosten, wie etwa zusätzliche Transportkosten oder Kosten für Lehrmittel. Hier entsteht oft ein Erwerbsausfall, weil der Lehrbetrieb aufgrund des erhöhten Betreuungsaufwandes nicht den üblichen Lehrlingslohn bezahlt oder die Lehre behinderungsbedingt verlängert werden muss. In diesen Situationen würde künftig kein IV-Taggeld mehr ausgerichtet. Das erachte ich als falsch.

Bei Artikel 22 Absatz 4 geht es darum, dass ich folgende Formulierung beantrage: "Versicherte nach Absatz 2, die eine allgemeinbildende Schule besuchen oder eine berufliche Grundbildung absolvieren, die ausschliesslich an einer Schule erfolgt, haben Anspruch auf ein Taggeld, wenn sich die Ausbildung behinderungsbedingt verlängert oder verzögert und sie ohne Behinderung bereits im Erwerbsleben stehen würden." Auch hier: Das ist meine Änderung, meine Formulierung.

Heute erhalten Personen, die wegen ihrer Behinderung keine Lehrstelle gefunden haben und ihre erstmalige berufliche Ausbildung deshalb an einer beruflichen Schule absolvieren müssen, bei Nachweis eines Erwerbsausfalls ein IV-Taggeld.

AB 2019 N 99 / BO 2019 N 99

Zukünftig sollen genau diese Leute kein Taggeld mehr bekommen. Das finde ich ebenfalls nicht richtig, das ist eine Verschlechterung gegenüber heute. Es ist eben oftmals so, dass gerade Menschen mit einer Beeinträchtigung den schulischen Weg wählen, weil sie schwer eine Lehrstelle finden. Dieser schulische Weg dauert dann eben länger, weil sie vielleicht mehr Zeit brauchen. Dann ist es nicht richtig, dass sie kein Taggeld bekommen, dann ist das eben eine Benachteiligung gegenüber anderen Lernenden oder anderen jungen Menschen in Ausbildung.

Bei meinem Minderheitsantrag zu Artikel 24ter Absatz 2 geht es um die Höhe des Taggeldes. Da möchte ich gerne folgende Formulierung: "Besteht kein Lehrvertrag, so entspricht das Taggeld 10 Prozent des Höchstbetrags des versicherten Taggeldes nach dem UVG. Dieser Betrag erhöht sich nach vollendetem 21. Altersjahr um 15 Prozent, nach vollendetem 22. Altersjahr um 30 Prozent, nach vollendetem 23. Altersjahr um 45 Prozent und nach vollendetem 24. Altersjahr um 60 Prozent."

Auch hier referenziere ich auf die bisherige Lösung. Heute erhalten Versicherte während der erstmaligen beruflichen Ausbildung nämlich ein kleines Taggeld. Diese Regelung will ich übernehmen und weiterführen, denn jetzt wird vorgeschlagen, dass der Bundesrat das dann festlegen kann. Es ist unklar, wie hoch diese Beträge dann sein werden, denn es gab dazu keine klaren Aussagen in den Berichten, die wir erhalten haben. Man verweist auf Statistiken, es ist aber wie gesagt unklar, wie hoch die Beträge dann sind. Es kann nicht sein, dass wir dieses Thema an den Bundesrat delegieren und eigentlich gar nicht wissen, was er dann wirklich festlegen wird. Ich habe lieber eine klare Formulierung, wie sie eben mit meinem Minderheitsantrag vorgeschlagen wird. Ich bitte Sie, alle meine Minderheitsanträge zu unterstützen.

Weibel Thomas (GL, ZH): Im Block 1 geht es um die berufliche Eingliederung und um die Taggelder. Es handelt sich um ein Gesamtkonzept der Mehrheit. Die Mehrheit setzt mit diesem Konzept auf Früherfassung und Eingliederung beziehungsweise darauf, Betroffene möglichst lange im Arbeitsmarkt zu halten. Dies liegt im Interesse aller. Das Konzept hilft den betroffenen Personen, ihr Leben zu stabilisieren. Ebenso wichtig aber ist, dass die Kosten für diese Massnahmen letztlich geringer sind als jahrzehntelange Rentenauszahlungen. Wer hier von Fehlanreizen spricht, verkennet die Situation. Wir Grünliberalen lehnen deshalb alle Minderheitsanträge der rechten Seite ab. Wir lehnen aber auch die Minderheitsanträge von links ab, weil sie entweder nicht mit dem Konzept kompatibel sind oder für uns zu weit gehen.

Ich gehe noch auf den Minderheitsantrag Lohr zur erstmaligen beruflichen Ausbildung ein, er betrifft Artikel 16 Absatz 4 IVG. Unbestritten ist, dass der Bundesrat die Voraussetzungen festlegen soll. Die Minderheit will



einen Zusatz, will eine Ergänzung, nämlich die Forderung, dass sich der Bundesrat am Berufsbildungsgesetz orientiert. Aus unserer Sicht muss es möglich sein, behinderte Jugendliche zu einer Erstausbildung zuzulassen, ohne dass sich die Ausbilder oder die zuständigen Institutionen von Anfang an verpflichten müssen, diese Auszubildenden nach der Ausbildung weiter zu beschäftigen und zu übernehmen. In diesem Themenbereich hat mein Fraktionskollege Flach die Motion 18.3684, "Berufsbildung soll Teilhabe ermöglichen, und das Potenzial von Menschen mit Beeinträchtigung muss anerkannt und beachtet werden", eingereicht. In seiner Stellungnahme akzeptiert der Bundesrat, dass hier gehandelt wird. Er führt auch aus, dass er von der von mir umschriebenen heutigen Praxis nicht abweichen will. Die Forderung, den Bundesrat hier an das Berufsbildungsgesetz anzubinden und ihn darauf zu verpflichten, entspricht der Praxis und ergibt keine zusätzlichen Probleme oder Aufwendungen.

Zusammenfassend: Wir lehnen alle Minderheitsanträge ab, mit Ausnahme des Minderheitsantrages Lohr zu Artikel 16 Absatz 4.

Feri Yvonne (S, AG): Bei diesem Block geht es, wie wir jetzt bereits mehrmals gehört haben, um die wichtige berufliche Eingliederung und um den Anspruch auf die Taggelder respektive ihre Höhe. Lassen Sie mich wiederholen, dass sich gerade frühzeitige Investitionen in diesem Bereich im langjährigen Verlauf des Berufslebens eines Menschen mit Beeinträchtigungen auf jeden Fall lohnen – finanziell für die Gesellschaft wie aber auch für den Menschen selber, welcher eine Struktur und eine Perspektive bekommt. Der sogenannte Return on Investment lässt sich hier zwar nicht in Zahlen beziffern, mit logischem Denken ist er jedoch klar sichtbar und nachvollziehbar.

Die Eingliederung junger Menschen und von Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen muss künftig besser gelingen als heute und daher stärker gefördert werden. Eingliederungsmassnahmen dürfen nicht zu rasch definitiv abgebrochen werden, und die Möglichkeiten der Beratung und Begleitung durch die IV müssen dringend ausgebaut werden. Das ermöglicht Fortschritte in Sachen Eingliederung, was wiederum, wie erwähnt, den positiven Effekt hat, dass insbesondere junge und psychisch beeinträchtigte Menschen ihren Lebensunterhalt vermehrt selbst finanzieren können.

Die beiden Minderheitsanträge Herzog in diesem Block verhindern hingegen die Verbesserung der beruflichen Eingliederung. Wir bitten Sie, diese abzulehnen, wie das die SP-Fraktion auch machen wird.

Wie der Bundesrat schlägt auch die Mehrheit mit Artikel 16 Absatz 4 eine neue Bestimmung vor. Damit soll der Bundesrat die Kompetenz erhalten, die Voraussetzungen für eine Tätigkeit in einer geschützten Werkstätte, beispielsweise eine IV-Anlehre, zu erarbeiten. Die Minderheit Lohr ist mit der vorgeschlagenen Delegationsnorm zwar grundsätzlich einverstanden, beantragt aber eine sinnvolle und vor allem notwendige Ergänzung. Demnach soll sich der Bundesrat in Bezug auf die Dauer an Artikel 17 des Berufsbildungsgesetzes und somit an der mindestens zwei Jahre dauernden beruflichen Grundbildung orientieren. Dadurch werden die Vorgaben der Uno-Behindertenrechtskonvention eingehalten. In einem Urteil vom 23. November 2016 hatte das Bundesgericht festgehalten, dass eine IV-Anlehre grundsätzlich zwei Jahre dauert. Daher ist der Minderheitsantrag Lohr notwendig, und wir bitten Sie, diesen zu unterstützen.

Im Bereich des IV-Taggeldanspruchs liegen mehrere Veränderungen vor. Wir sind nicht mit allen Neuerungen und sowieso nicht mit den Kürzungsvorschlägen einverstanden. Die Minderheiten Gysi geben hier Gegensteuer. So sollen gemäss dem vom Bundesrat vorgeschlagenen Artikel 22 Absatz 2 die Taggelder bei der erstmaligen beruflichen Ausbildung in Zukunft nur noch dann ausgerichtet werden, wenn behinderungsbedingte Mehrkosten entstehen, beispielsweise zusätzliche Transportkosten oder Kosten für spezifische Lehrmittel. Insbesondere bei jungen Personen mit psychischen Beeinträchtigungen entstehen oft aber behinderungsbedingte Erwerbsausfälle. Der Taggeldanspruch muss daher weiterhin wie bei allen anderen Taggeldern – z. B. Arbeitslosentaggeld oder Unfallversicherungstaggeld – an einen Erwerbsausfall anknüpfen.

Muss eine Person ihre Ausbildung an einer beruflichen Schule absolvieren, weil sie wegen ihrer Behinderung keine Lehrstelle gefunden hat, dauert diese Ausbildung behinderungsbedingt länger als üblich. Würde diese Person ohne Behinderung bereits im Erwerbsleben stehen, muss entgegen Artikel 22 Absatz 4 gemäss Entwurf des Bundesrates weiterhin ein Taggeld ausgerichtet werden.

Der Antrag der Minderheit Gysi zu Artikel 24ter Absatz 2 ist klar und korrigiert die vom Bundesrat vorgeschlagene Delegationsnorm, die viel zu vage, intransparent und diffus ist. Eine derart zentrale Frage wie die Höhe des Taggeldes während einer erstmaligen beruflichen Ausbildung bedarf zwingend einer klaren gesetzlichen Regelung.

Massnahmen, welche die Eingliederung der Betroffenen ins Berufsleben unterstützen, müssen unbedingt gefördert werden. Dazu gehört die Ausweitung der bei Erwachsenen bewährten Instrumente der Früherfassung und der sozialberuflichen Integrationsmassnahmen für Jugendliche. Dadurch können schlussendlich Folgeko-



sten eingespart werden.

Die SP-Fraktion bittet Sie, bei diesem Block den Anträgen der Minderheiten Schenker Silvia, Carobbio Guscetti, Lohr und

AB 2019 N 100 / BO 2019 N 100

Gysi zuzustimmen und die Anträge der Minderheit Herzog abzulehnen.

Hess Lorenz (BD, BE): Bereits die Artikel, die wir hier zu Beginn in diesem ersten Block behandeln, zeigen, dass der Antrag der Mehrheit bzw. der Mitte wohl am zielführendsten ist und vor allem auch im Sinne der Sache und im Sinne der Betroffenen unter dem Strich am meisten Gewähr bietet. Berufliche Eingliederung mit der entsprechenden Beratung und damit die Chance, dass vor allem junge Menschen sich wieder zurechtfinden, ist ein ganz zentraler Punkt. Wir sind auch dafür, dass Minderjährige in der Früherfassung zum Zuge kommen können, und können deshalb den diesbezüglichen Minderheitsantrag Herzog nicht ganz verstehen oder nicht ganz nachvollziehen.

Selbstverständlich ist es, wenn möglich, zu verhindern, dass junge Menschen sozusagen nicht mehr aus der Mühle herausfinden; das ist richtig. Auf der anderen Seite haben Sie, Frau Kollegin Herzog, ja selber am Anfang gesagt, dass genau diese Massnahmen, die hier vorgeschlagen sind, wirklich sehr wichtig sind und auch das Recht auf Unversehrtheit und körperliches Wohlbefinden ein unbestrittenes Recht ist. Die Frage, ob man die stetig ansteigende Zahl von Jugendlichen, die in der IV erfasst werden, senken kann, indem man die Eintrittsbedingungen verschärft, ist fraglich. Anders gesagt: Was dann im Endeffekt mit diesen Menschen passiert, wirkt sich sehr wahrscheinlich wieder zuungunsten der Kosten aus, denn diese Leute finden sich nicht mehr zurecht. Wenn man also die Zahl senken will, muss man, denke ich, bei den Symptomen anfangen, und die Hürden am Schluss sollten nicht zu hoch sein. Wir lehnen nebst den beiden Minderheiten Herzog auch die Minderheit Schenker Silvia hierzu ab.

Bei Artikel 12, in welchem es um den Anspruch auf medizinische Massnahmen zur Eingliederung geht, sind wir für die Version des Bundesrates und der Mehrheit mit der Begrenzung auf das 20. Altersjahr gemäss Absatz 2 und lehnen die Minderheit Carobbio Guscetti ab. Wir sind grundsätzlich gegen die Ausdehnung oder die Einschränkung von Eingliederungsmassnahmen, seien es Anträge von linker oder von rechter Seite.

Für uns ist klar, dass wir bei Artikel 16, bei welchem es um die erstmalige berufliche Ausbildung geht, an einem ganz wichtigen Punkt sind. Die BDP-Fraktion ist der Meinung, dass zwar sehr wohl die Formulierung gemäss Entwurf des Bundesrates Gewähr bieten könnte, dass der Bundesrat hier die Voraussetzungen im Sinne der Betroffenen erlassen würde. Wir sind aber der Meinung, dass wir hier sozusagen auf Nummer sicher gehen und der Minderheit Lohr zustimmen sollten: Wir sollten die Regelung gemäss dem Bundesgesetz über Berufsbildung nachvollziehen. Es geht hier notabene nicht um zusätzliche Kosten oder umgekehrt um Kosteneinsparungen, sondern darum, dass etwas, das unbestritten ein Recht ist – das Recht auf Bildung, Ausbildung, Berufsausbildung –, hier ein für alle Mal sicher festgehalten ist und nicht in einem etwas schwammigen Bereich geregelt ist.

Deshalb stimmen wir keinem Minderheitsantrag zu, ausser dem Minderheitsantrag Lohr zu Artikel 16.

Humbel Ruth (C, AG): Dieser Block "Berufliche Eingliederung, Taggeld" ist der Kern dieser Vorlage. Die Weiterentwicklung der IV wurde in Angriff genommen, weil man festgestellt hat, dass die IV-Renten zwar insgesamt zurückgehen, dass aber bei Menschen mit psychischen Erkrankungen eine deutliche Zunahme zu verzeichnen ist. Vor allem bei jungen Erwachsenen im Übergang zwischen Schule und Berufsleben greifen die bestehenden Instrumente zu wenig. Mit den neuen Artikeln 3abis und fortfolgende wird eine Gesetzeslücke geschlossen.

Die Minderheit Herzog will Artikel 3abis Absatz 1bis Buchstabe a und weitere Bestimmungen für die berufliche Eingliederung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen streichen. Frau Herzog will zwar Integration, aber sie darf nichts kosten. Das geht nicht, das ist widersprüchlich und eine kurzfristige Sichtweise. Wenn nämlich Früherfassung und in der Folge Integrationsmassnahmen verstärkt werden, ist das eine Investition in die Menschen und in ihre Zukunft. Das kostet vorerst, spart aber langfristig Kosten. Wenn Menschen integriert werden und ihren Lebensunterhalt im ersten Arbeitsmarkt selber verdienen, ist dies für die Betroffenen ein grosser Gewinn an Lebensqualität und Selbstwertgefühl, und es spart der Sozialversicherung langfristig Kosten. Das Teuerste ist nämlich eine lebenslange Rente.

Bei einer Meldung bei der IV sind die Betroffenen verpflichtet, umfassende Auskünfte zu erteilen. Das wiederum geht der Minderheit Schenker Silvia zu Artikel 6a Absatz 2 zu weit. Aber auch da gilt: Entweder wollen wir die Instrumente zur Früherkennung, Früherfassung und Integration von Menschen zur Verfügung stellen, oder wir wollen es nicht und stellen sie der IV nicht zur Verfügung. Wenn wir es aber wollen – und die CVP-Fraktion will es! –, dann braucht es auch den erforderlichen Datenaustausch.



In Artikel 16 geht es um die erstmalige berufliche Ausbildung. Dazu sind die Voraussetzungen grundsätzlich im Bundesgesetz über die Berufsbildung geregelt. Mit Artikel 16 Absatz 4 IVG erhält der Bundesrat die Kompetenz, die Voraussetzungen für Massnahmen hinsichtlich Art, Dauer und Umfang zur Vorbereitung auf eine Hilfsarbeit oder eine Tätigkeit in einer geschützten Werkstatt festzulegen. Diese Kompetenzdelegation ist die Folge eines Bundesgerichtsentscheides und bezieht sich nur auf Absatz 3 Buchstabe c, also auf die Vorbereitung auf Hilfsarbeiten oder auf die Tätigkeit in einer geschützten Werkstatt. Es ist fraglich, ob für diesen Bereich der Verweis auf Artikel 17 des Berufsbildungsgesetzes angezeigt ist. Eine flexible Handhabung muss möglich sein, wenn beispielsweise schnell klar wird, dass eine Ausbildung abgebrochen wird, weil ein Missverhältnis zwischen Eingliederungszweck und Kosten der Massnahmen besteht. Die CVP-Fraktion ist in dieser Frage geteilt.

Bei den Bestimmungen zum Anspruch und zur Höhe des Taggeldes unterstützt die CVP-Fraktion die Kommissionsmehrheit und lehnt die Minderheitsanträge Gysi ab. Die grosse Änderung im System der Taggelder liegt darin, dass Menschen, die eine Behinderung haben und eine Ausbildung absolvieren, möglichst mit Menschen, die keine Behinderung haben und eine Ausbildung absolvieren, gleichgestellt werden. Ein Taggeld kann es nicht wie bisher erst ab 18, sondern schon ab 16 Jahren geben. Das Taggeld bei einer erstmaligen beruflichen Ausbildung darf aber nicht höher sein als der Lehrlingslohn, den eine gesunde Person in einer vergleichbaren Branche bekommt.

Gemäss dem Antrag der Mehrheit zu Artikel 22 wird das Taggeld bei Eingliederungs- oder Integrationsmassnahmen ausgerichtet. Die Minderheit Gysi will diese Voraussetzung streichen: Sie will den Anspruch auf Taggeld auch bei behinderungsbedingter Verzögerung der Ausbildung ausrichten. Das wäre aber eine Ungleichbehandlung gegenüber nichtbehinderten Kindern, die ihre Ausbildung abbrechen oder verzögern, zumal die Unterhaltspflicht der Eltern bis zum 25. Altersjahr dauert.

Die CVP-Fraktion will keine zu grosszügigen Taggelder für Jugendliche ohne Lehrvertrag, wie das die Minderheit Gysi in Artikel 24ter Absatz 2 verlangt. Ich habe in der Eintretensdebatte auf den OECD-Bericht hingewiesen, der einen Ausbau von Früherfassungs- und Integrationsmassnahmen und eine Reduktion der Geldleistungen bei jungen Menschen empfiehlt. Genau beides machen wir hier mit der Fassung der Kommissionsmehrheit.

Die CVP-Fraktion wird daher jeweils den Antrag der Kommissionsmehrheit unterstützen, ausser bei Artikel 16 Absatz 4, bei dem ein Teil der Fraktion dem Antrag der Minderheit Lohr zustimmen wird.

Sauter Regine (RL, ZH): In diesem Block diskutieren wir über die Bestimmungen, die die berufliche Eingliederung regeln, somit gewissermassen über den Kern der ganzen Neuerungen dieser Revision. Ich erinnere Sie nochmals an die Zielsetzungen, die wir hier verfolgen: Die berufliche Eingliederung von jungen Menschen mit einer Beeinträchtigung, insbesondere von solchen mit psychischen Erkrankungen, soll verbessert werden. Ziel ist es, dass sie eine Ausbildung antreten respektive dass sie dann eine Erwerbstätigkeit

AB 2019 N 101 / BO 2019 N 101

aufnehmen können. Die FDP-Liberale Fraktion unterstützt dieses Ziel und unterstützt alle Massnahmen, die der Erreichung dieses Ziels dienen.

Je früher es im Leben eines Jugendlichen gelingt, ihn zu integrieren, umso besser ist es, und zwar sowohl für ihn persönlich als auch für die finanzielle Situation der IV. Junge Menschen sollen also erst dann eine Rente erhalten, wenn ihr Eingliederungspotenzial ausgeschöpft ist. Das Konzept der Mehrheit der Kommission überzeugt. Wir werden hier deshalb jedes Mal die Mehrheit unterstützen; dies mit dem Ziel einer möglichst frühen Erfassung und einer anschliessend zielgerichteten Beratung und Begleitung sowie Unterstützung bei der erstmaligen beruflichen Ausbildung.

In Artikel 3abis Absatz 1bis Buchstabe a wird der Grundsatz der Früherfassung verankert. Neu sollen Jugendliche bereits ab dem 13. und bis zum vollendeten 25. Altersjahr bei der IV gemeldet werden. Heute sind Jugendliche an der Schwelle zwischen Schule und Eintritt ins Berufsleben respektive Aufnahme einer beruflichen Ausbildung von der Früherfassung ausgeschlossen. Sie fallen dort gewissermassen durch die Maschen. Es ist hingegen richtig und wichtig, mit der Früherfassung eben schon vorher zu beginnen und so die Chancen auf eine Integration in den Arbeitsmarkt zu erhöhen. Dies soll im Übrigen nicht nur für bereits arbeitsunfähige Personen, sondern auch für Personen gelten, die von Arbeitsunfähigkeit bedroht sind.

Im Gegensatz zu Frau Schenker, die ausgeführt hat, dass sie befürchtet, dass hier Personen dann zu rasch aufgegeben werden respektive zu rasch abgeschoben werden, versprechen wir uns von dieser Bestimmung eine grössere Sensibilisierung und eine verstärkte Ausrichtung auf die Bedürfnisse dieser Jugendlichen und eine Verbesserung der Früherfassung.



Eine Diskussion gab es in der Kommission über die Frage der Höhe der Taggelder während der erstmaligen beruflichen Ausbildung. Diese sind in Artikel 24ter geregelt. Unsere Fraktion stimmt dem Konzept, wie es der Bundesrat vorschlägt, zu. Demgemäss sollen Taggelder nicht höher, aber auch nicht tiefer als ein Lehrlingslohn sein. Ziel ist eine Gleichwertigkeit mit einer Berufslehre, aber keine Besserstellung. Eine Besserstellung wäre bei Annahme des Minderheitsantrages Gysi der Fall, der zu Taggeldern führt, die höher sind als die Lehrlingslöhne, die in der entsprechenden Branche üblich sind. Auch können wir den Befürchtungen nicht zustimmen, wonach in der Version des Bundesrates zu grosszügige Taggelder gesprochen würden. Wie gesagt: Ziel ist eine Gleichstellung mit entsprechenden Jugendlichen, die eine Berufslehre absolvieren, und in diese Richtung geht das Konzept.

Zusammengefasst folgt die FDP-Liberale Fraktion in diesem Block immer der Mehrheit Ihrer Kommission und lehnt sämtliche Minderheitsanträge ab.

Graf Maya (G, BL): Wie es meine Vorrednerin gesagt hat, befinden wir uns hier beim Kernstück der Vorlage zur Weiterentwicklung der Invalidenversicherung. Weswegen wurde diese Weiterentwicklung der Invalidenversicherung gemacht? Weil wir eben eine Verbesserung der beruflichen Eingliederung vor allem von jungen Menschen und von Menschen mit psychischer Beeinträchtigung möchten. Wir möchten also eine Eingliederungsvorlage und – ich sage es noch einmal – keine Sparvorlage. Dies müssen wir auch bedenken, wenn wir hier die Instrumente diskutieren, die uns der Bundesrat vorgeschlagen hat und die jeweils auch die Mehrheit der Kommission unterstützt. Dies muss uns bewusst sein.

Die Eingliederung junger Menschen und von Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen muss besser gelingen, und sie muss daher stärker gefördert werden. Eingliederungsmassnahmen dürfen nicht zu rasch definitiv abgebrochen werden, und die Möglichkeiten der Beratung und Begleitung durch die IV müssen ausgebaut werden. Das ermöglicht Fortschritte in Sachen berufliche Eingliederung, was wiederum den positiven Effekt hat, dass insbesondere junge und psychisch beeinträchtigte Menschen ihren Lebensunterhalt vermehrt selber finanzieren können. Das soll das System sein, das wir heute behandeln und dem wir hoffentlich auch zustimmen. Das ist auch das, was das soziale System im Ganzen nachhaltig entlastet.

Aus all diesen grundsätzlichen Überlegungen sind die Minderheitsanträge Herzog zu diversen Bestimmungen gemäss Entwurf des Bundesrates, die diese Verbesserung der beruflichen Eingliederung eben geradezu verhindern oder behindern, abzulehnen. Die grüne Fraktion wird in diesem Block die Minderheiten Schenker Silvia, Carobbio Guscetti und Gysi unterstützen, die Verbesserungen der Vorschläge vorsehen.

Ganz besonders wird die grüne Fraktion Ihnen dabei den Antrag der Minderheit Lohr zur Zustimmung empfehlen. Darin geht es nämlich um eine ganz zentrale Frage. Es geht um die erstmalige berufliche Ausbildung, also den Ort, an dem bei allen jungen Menschen in unserem Land jeweils die berufliche Laufbahn beginnt und es sich auch entscheidet, ob jemand in seinem Leben zum eigenen Lebensunterhalt beitragen kann oder nicht.

Wie der Bundesrat schlägt auch die Mehrheit der Kommission eine neue Bestimmung, Artikel 16 Absatz 4, vor. Mit dieser Bestimmung soll der Bundesrat die Kompetenz erhalten, die Voraussetzungen für die Zusprache einer der erstmaligen beruflichen Ausbildung gleichgestellten Vorbereitung auf eine Hilfsarbeit oder auf eine Tätigkeit in einer geschützten Werkstätte hinsichtlich der Art, der Dauer und des Umfangs festzulegen.

Die Minderheit Lohr ist mit dieser vorgeschlagenen Delegationsnorm zwar grundsätzlich einverstanden, beantragt aber eine sehr wichtige, sinnvolle und vor allem notwendige Ergänzung. Demnach soll sich der Bundesrat in Bezug auf die Dauer an Artikel 17 des Berufsbildungsgesetzes und somit an einer mindestens zwei Jahre dauernden beruflichen Grundbildung orientieren. Bedenken Sie bei dieser Entscheidung bitte, dass gerade junge Menschen mit einer Beeinträchtigung länger Zeit brauchen, um etwas zu erlernen oder in ihren Tätigkeiten sicherer zu werden.

Ich möchte noch kurz zu den Minderheitsanträgen im Bereich des IV-Taggeldanspruchs sprechen und bekanntgeben, dass wir hier sämtliche Minderheitsanträge Gysi unterstützen, die nicht mit allen Neuerungen und Kürzungsvorschlägen übereinstimmen, weil die Grünen auch hier ein Maximum herausholen wollen. Bitte bedenken Sie: Es ist eine einmalige Chance, die wir jetzt haben, hier wirklich die Eingliederungsmassnahmen zu verbessern und zu verstärken und damit auch die Invalidenversicherung als Eingliederungsversicherung insgesamt zu stärken.

Berset Alain, conseiller fédéral: Nous touchons au coeur de la réforme. L'amélioration de la réadaptation professionnelle est vraiment le pilier de la présente révision. Le Conseil fédéral veut que la rente n'entre en ligne de compte que lorsqu'il n'y a plus du tout de possibilité de réinsertion. Les mesures proposées par le Conseil fédéral ont pour but d'améliorer la situation de départ pour une meilleure réadaptation professionnelle, et ce en particulier pour les jeunes adultes et les personnes atteintes dans leur santé psychique.



Il y a tout d'abord, dans ce cadre, l'extension de la détection précoce pour identifier rapidement les assurés en incapacité de travail, pouvoir les maintenir en emploi et éviter la chronicisation de l'atteinte à la santé.

Ensuite, la limite d'âge est relevée pour les mesures médicales. Il est très important pour nous que les jeunes âgés de 20 à 25 ans puissent avoir accès à des traitements plus intensifs et plus innovants que ceux pris en charge par l'assurance obligatoire des soins.

Le conseil et le suivi doivent aussi être renforcés, avec l'identification rapide des besoins des personnes atteintes dans leur santé, mais aussi le fait de garantir une bonne coordination, une intervention ainsi qu'un soutien adaptés et continus et de créer la confiance des employeurs. Cet élément est extrêmement important. Enfin, le système d'indemnité journalière est revu. Vous avez été nombreux dans le débat à mentionner cet élément qui nous paraît aussi être un point important de la réforme.

AB 2019 N 102 / BO 2019 N 102

Je crois que la majorité de la commission a, pour l'essentiel, suivi pleinement le projet du Conseil fédéral. Je vais donc m'abstenir de commenter chaque proposition de minorité. Nous avons pris note du fait qu'il y en a quelques-unes. Je vous invite, pour faire simple, à rejeter toutes les propositions de minorité, à suivre partout la majorité. Avec cela, vous serez très proches, voire exactement dans la ligne de ce que souhaitait le Conseil fédéral.

Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu



17.022

**IVG. Änderung
(Weiterentwicklung der IV)****LAI. Modification
(Développement continu de l'AI)***Fortsetzung – Suite*

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.03.19 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.03.19 (FORTSETZUNG - SUITE)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.03.19 (FORTSETZUNG - SUITE)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.03.19 (FORTSETZUNG - SUITE)

**Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (Weiterentwicklung der IV)
Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (Développement continu de l'AI)***Block 1 (Fortsetzung) – Bloc 1 (suite)*

Nantermod Philippe (RL, VS), pour la commission: Nous parlons ici des articles 3abis à 3c qui traitent de la détection précoce.

A l'article 3abis se pose la question du droit à la détection précoce et des personnes concernées: le but de la détection précoce ne change pas, mais seulement l'âge à partir duquel on pourrait être suivi dans le cadre de l'AI. Une minorité Herzog propose de s'en tenir à la situation actuelle; elle considère qu'être suivi par l'AI dès l'âge de 13 ans constituerait un pas – au contraire de ce que veut le Conseil fédéral – vers un élargissement des prestations et pourrait conduire à une stigmatisation des jeunes.

La détection précoce doit être étendue aux jeunes dès 13 ans: un cas pourrait être communiqué dès cet âge-là, ce qui correspond en général à l'avant-dernière année du degré secondaire I. L'objectif serait d'augmenter les chances de formation professionnelle; il s'agit là d'une lacune dans le système actuel de détection précoce. On constate en effet que de nombreux cas AI interviennent immédiatement après la fin de la scolarité obligatoire et s'expliquent par une mauvaise entrée dans le monde du travail, notamment en raison de troubles psychiques. Une fois la rupture professionnelle intervenue, il est très compliqué de rebondir et de revenir sur le marché de l'emploi.

La détection précoce chez les plus jeunes n'a pas pour objectif de stigmatiser quiconque, mais d'assurer une meilleure prise en charge des cas le plus tôt possible, soit avant d'être pour ainsi dire irrémédiablement dépendant des services sociaux.

Par 15 voix contre 7 et aucune abstention, la commission a soutenu la version de la majorité.

Par ailleurs, la détection précoce est étendue aussi aux personnes qui sont menacées d'incapacité de travail, comme cela avait déjà été proposé dans la révision 6b de l'AI: il ne s'agit plus seulement des personnes qui sont en incapacité de travail, mais aussi de celles qui pourraient se retrouver dans cette situation. Une minorité Schenker Silvia demande que les personnes qui ne sont que menacées d'incapacité de travail ne soient pas soumises à la détection précoce, comme c'est le cas actuellement. Le but est d'éviter que des informations personnelles ne soient trop facilement transmises à l'AI et que les employeurs ne se débarrassent trop facilement d'employés par cette mesure. A l'alinéa 1bis lettre b, la majorité de la commission a voulu préciser la disposition proposée par le Conseil fédéral: lorsqu'on parle d'un risque d'être en incapacité de travail, on veut que l'observation se fasse sur une période suffisamment longue. La majorité de la commission a accepté cette nouvelle formulation, par 13 voix contre 6 et 3 abstentions.

En ce qui concerne l'article 14quater, les assurés auront droit au conseil et au suivi dès lors qu'une mesure de réadaptation

AB 2019 N 103 / BO 2019 N 103

leur sera octroyée. La minorité I (Schenker Silvia) juge que ce droit doit être offert dès qu'il est examiné, et non





décidé. La minorité II (Herzog) propose de maintenir en l'état actuel le droit aux prestations de conseil et de suivi et de ne pas l'étendre. La majorité propose une fois de plus d'en rester à la version du Conseil fédéral: le conseil et le suivi sont liés à la mesure de réadaptation et ne sauraient précéder celle-ci. Ces mesures seraient étendues à tous les assurés ayant droit à des prestations, contrairement à ce qui se fait actuellement. Par 16 voix contre 7 et sans abstention, la commission a approuvé cette proposition, qui entraînerait des dépenses supplémentaires de 15 millions de francs à l'assurance-invalidité en 2030.

Pour ce qui concerne la formation professionnelle initiale, à l'article 15 le projet prévoit une modification de l'orientation professionnelle en distinguant le cas de la formation professionnelle initiale de celui du reclassement. Dans le projet de la commission, il a été décidé d'introduire, pour les jeunes qui vont aborder la formation professionnelle initiale, un droit à une mesure préparatoire en vue de l'entrée en formation, en plus de l'orientation. Cette mesure pourrait par exemple prendre la forme d'un stage ou d'un accompagnement de l'apprentissage et engendrerait des dépenses supplémentaires de 10 millions de francs en 2030.

L'article 16 concerne justement la formation professionnelle initiale. Un débat a lieu concernant la durée de la formation professionnelle: la loi donne au Conseil fédéral la compétence de fixer la durée de la formation, tandis que la minorité Lohr demande de renvoyer à la loi sur la formation professionnelle. Par 11 voix contre 7 et 1 abstention, la commission a suivi l'argumentation du Conseil fédéral à ce sujet, considérant qu'on ne pouvait pas s'inspirer entièrement des règles concernant la formation professionnelle dès lors que l'on est dans la loi sur l'assurance-invalidité.

Pour ce qui a trait au droit à une indemnité journalière, un débat a eu lieu concernant leur montant et l'accès à ces indemnités. En effet, selon le projet de modification, le jeune qui serait dans une situation de formation n'aurait plus le droit, comme c'est le cas actuellement, à une indemnité journalière complète, mais en principe au salaire d'un apprenti dans la même situation. Si le salaire ne peut pas être fixé dans le contrat d'apprentissage, le Conseil fédéral devrait déterminer le montant dû pour ce salaire. Cette mesure, qui entraînerait une économie de 70 millions de francs, permettrait aussi d'assurer une certaine égalité de traitement entre les personnes qui suivent une formation avec une incapacité de travail et les personnes valides. Elle permettrait de surcroît une entrée facilitée dans la vie professionnelle.

Concernant le point que je viens d'exposer, la minorité Gysi propose de verser une somme au prorata de l'indemnité journalière en fonction de l'âge. Cette proposition entraînerait des dépenses supplémentaires de 52 millions de francs en 2030.

Pour les raisons évoquées, la commission a rejeté, par 16 voix contre 6 et 1 abstention, la proposition défendue par la minorité Gysi.

Lohr Christian (C, TG), für die Kommission: In Block 1 beginnen wir gleich mit dem Herzstück der Vorlage, wenn es darum geht, die IV noch stärker zu einer Eingliederungsversicherung zu machen. Ziel ist es, wenn immer möglich, Betroffene auf ihrem Weg in den Arbeitsmarkt zu unterstützen.

Ich komme zu den einzelnen Minderheitsanträgen, zuerst zu den Anträgen der Minderheit Herzog zu Artikel 3abis Absatz 1bis Buchstabe a und Artikel 3c Absatz 2. In der Früherfassung klärt die IV die persönliche Situation der versicherten Person ab und prüft, ob Massnahmen zur Frühintervention nach Artikel 7d angezeigt sind. Die Mehrheit ist überzeugt davon, dass die ausgeweitete Früherfassung Sinn macht, und lehnt – das Stimmenverhältnis in der Kommission war 15 zu 7 Stimmen – den Antrag der Minderheit Herzog ab.

Ich komme zum Antrag der Minderheit Schenker Silvia zu Artikel 3abis Absatz 1bis Buchstabe b. Gemäss Kommissionsmehrheit betrifft die Früherfassung auch Personen, welche arbeitsunfähig sind oder von einer längeren Arbeitsunfähigkeit bedroht sind. Die Minderheit Schenker Silvia hingegen möchte sie auf Personen beschränken, welche bereits arbeitsunfähig sind.

Damit komme ich zum Antrag der Minderheit Schenker Silvia zur Früherfassung und Meldung gemäss Artikel 3b Absatz 4. Auch hier stehen sich die Mehrheit und die Minderheit Schenker Silvia gegenüber: Mit 15 zu 6 Stimmen hat die Kommission beschlossen, hier zu beantragen, dass man künftig die Früherfassung deutlich früher beginnt, bereits wenn eine längere Arbeitsunfähigkeit droht. Das ist ein wichtiger Aspekt.

Ich komme zum Antrag der Minderheit Carobbio Guscetti zum Anspruch auf medizinische Massnahmen zur Eingliederung gemäss Artikel 12 Absatz 2. Eine weitere Massnahme zur beruflichen Integration beantragt Ihnen die Kommission beim Thema der medizinischen Massnahmen. Heute endet die Leistungspflicht der IV für die medizinischen Massnahmen auf jeden Fall mit Vollendung des 20. Altersjahrs, danach übernehmen die Krankenkassen. In denjenigen Fällen, bei welchen aus Eingliederungssicht eine intensivere und innovativere medizinische Massnahme notwendig ist, wird das von den Krankenkassen aber nicht immer finanziert. Dies kann wiederum die berufliche Integration gefährden. Entsprechend möchte die Kommission hier weiter gehen und Personen, die am Ende ihres 20. Lebensjahrs von beruflichen Massnahmen der IV profitieren, auch weiter-



hin – längstens bis zum 25. Altersjahr – Zugang zu den medizinischen Massnahmen gewähren. Die Minderheit Carobbio Guscetti möchte diesen Zugang auch Personen gewähren, welche erst nach dem 20. Lebensjahr in beruflichen Massnahmen stehen.

Ich komme zu "Beratung und Begleitung" und zum Antrag der Minderheit I (Schenker Silvia). Wir diskutieren hier über einen Konzeptantrag. Die Kommission möchte mit 16 zu 7 Stimmen die Leistungen in den Bereichen Beratung und Begleitung ausbauen, um die IV stärker als Eingliederungsversicherung zu positionieren und unnötige Beratungen zu verhindern. Die Minderheit I (Schenker Silvia) möchte die Leistungen für Beratung und Begleitung weiter ausbauen. Dieser Antrag wurde in der Kommission mit 16 zu 7 Stimmen abgelehnt.

Ich komme zu Artikel 16 Absatz 4 IVG: Im Sinne der erstmaligen beruflichen Ausbildung übernimmt die Invalidenversicherung behinderungsbedingte Mehrkosten auch für Ausbildungen, die eine Vorbereitung auf eine Hilfsarbeit oder auf eine Tätigkeit in einer geschützten Werkstätte darstellen. Die Kommission hat hier den entsprechenden Antrag der Minderheit Lohr mit 11 zu 7 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Ich komme zu den Minderheitsanträgen Gysi zu Artikel 22 Absätze 2 und 4: Bei Absatz 2 hat die Kommission mit 10 zu 6 Stimmen beschlossen, den Anspruch auf Taggelder im Sinne der Gleichstellung bei Personen zu limitieren, die IV-Leistungen für die erstmalige berufliche Ausbildung beziehen. Beim folgenden Minderheitsantrag Gysi zu Artikel 24ter Absatz 2 geht es darum, die Gleichstellung mit gesunden Personen in einer allgemeinbildenden Schule oder bei einer beruflichen Grundausbildung, die ausschliesslich an einer Schule erfolgt, zu gewährleisten. Gleichstellung bedeutet hier für die Kommissionsmehrheit die Fassung des bundesrätlichen Entwurfes; sie lehnte den entsprechenden Antrag der Minderheit Gysi mit 16 zu 7 Stimmen ab.

Gliederungstitel vor Art. 3a; Art. 3a; Gliederungstitel vor Art. 3abis*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre précédant l'art. 3a; art. 3a; titre précédant l'art. 3abis*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté***Art. 3abis***Antrag der Mehrheit**Abs. 1; 1bis Einleitung, Bst. a; 2*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

AB 2019 N 104 / BO 2019 N 104

Abs. 1bis Bst. b

b. arbeitsunfähige oder von einer länger dauernden Arbeitsunfähigkeit bedrohte Personen (Art. 6 ATSG).

Antrag der Minderheit

(Herzog, Aeschi Thomas, Brand, Clottu, Frehner, Stahl)

Abs. 1bis Bst. a

Streichen

Antrag der Minderheit

(Schenker Silvia, Carobbio Guscetti, Feri Yvonne, Gysi, Heim, Ruiz Rebecca)

Abs. 1bis Bst. b

b. arbeitsunfähige Personen (Art. 6 ATSG).

Art. 3abis*Proposition de la majorité**Al. 1; 1bis introduction, let. a; 2*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 1bis let. b

b. les personnes en incapacité de travail (art. 6 LPGA) ou menacées de l'être pendant une durée relativement longue.



Proposition de la minorité

(Herzog, Aeschi Thomas, Brand, Clottu, Frehner, Stahl)

Al. 1bis let. a

Biffer

Proposition de la minorité

(Schenker Silvia, Carobbio Guscetti, Feri Yvonne, Gysi, Heim, Ruiz Rebecca)

Al. 1bis let. b

b. les personnes en incapacité de travail (art. 6 LPGA).

Abs. 1bis Bst. a – Al. 1bis let. a

La présidente (Carobbio Guscetti Marina, présidente): Il voto sulla proposta della minoranza Herzog vale anche per l'articolo 3c capoverso 2.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 17.022/18245)

Für den Antrag der Mehrheit ... 122 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 60 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Abs. 1bis Bst. b – Al. 1bis let. b

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 17.022/18246)

Für den Antrag der Mehrheit ... 132 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 52 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Übrige Bestimmungen angenommen

Les autres dispositions sont adoptées

Art. 3b

Antrag der Mehrheit

Abs. 2, Bst. f, g, m, 3, 4

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

Abs. 4

(Schenker Silvia, Carobbio Guscetti, Feri Yvonne, Gysi, Heim, Ruiz Rebecca)

Unverändert

Art. 3b

Proposition de la majorité

Al. 2, let. f, g, m, 3, 4

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Schenker Silvia, Carobbio Guscetti, Feri Yvonne, Gysi, Heim, Ruiz Rebecca)

Al. 4

Inchangé

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 17.022/18247)

Für den Antrag der Mehrheit ... 129 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 54 Stimmen

(1 Enthaltung)



Art. 3c Abs. 2

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Herzog, Aeschi Thomas, Brand, Clottu, Frehner, Stahl)

Unverändert

Art. 3c al. 2

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Herzog, Aeschi Thomas, Brand, Clottu, Frehner, Stahl)

Inchangé

La presidente (Carobbio Guscetti Marina, presidente): Abbiamo già votato sulla proposta della minoranza Herzog all'articolo 3abis capoverso 1bis lettera a.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 7d Abs. 1, 2 Bst. g

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 7d al. 1, 2 let. g

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 12

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Carobbio Guscetti, Feri Yvonne, Gysi, Häsler, Heim, Ruiz Rebecca, Schenker Silvia)

Abs. 2

Versicherte, die an Massnahmen ...

Art. 12

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Carobbio Guscetti, Feri Yvonne, Gysi, Häsler, Heim, Ruiz Rebecca, Schenker Silvia)

Al. 2

L'assuré qui accomplit une mesure d'ordre professionnel au sens des articles 15 à 18c a droit à des mesures ...

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 17.022/18248)

Für den Antrag der Mehrheit ... 129 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 55 Stimmen

(1 Enthaltung)



Art. 8

Antrag der Mehrheit

Abs. 1bis, 1ter, 3 Bst. abis, ater, b

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

AB 2019 N 105 / BO 2019 N 105

Antrag der Minderheit II

(Herzog, Aeschi Thomas, Brand, Clottu, Frehner, Stahl)

Abs. 3 Bst. abis

Unverändert

Abs. 3 Bst. ater

Streichen

Art. 8

Proposition de la majorité

Al. 1bis, 1ter, 3 let. abis, ater, b

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité II

(Herzog, Aeschi Thomas, Brand, Clottu, Frehner, Stahl)

Al. 3 let. abis

Inchangé

Al. 3 let. ater

Biffer

Art. 8a

Antrag der Mehrheit

Titel, Abs. 2, 4

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit II

(Herzog, Aeschi Thomas, Brand, Clottu, Frehner, Stahl)

Abs. 2, 4

Unverändert

Art. 8a

Proposition de la majorité

Titre, al. 2, 4

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité II

(Herzog, Aeschi Thomas, Brand, Clottu, Frehner, Stahl)

Al. 2, 4

Inchangé

Gliederungstitel vor Art. 14quater

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit II

(Herzog, Aeschi Thomas, Brand, Clottu, Frehner, Stahl)

Streichen



Titre précédant l'art. 14quater

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité II

(Herzog, Aeschi Thomas, Brand, Clottu, Frehner, Stahl)

Biffer

Art. 14quater

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit I

(Schenker Silvia, Carobbio Guscetti, Feri Yvonne, Gysi, Häsler, Heim, Ruiz Rebecca)

Abs. 1 Bst. a

a. der Anspruch der versicherten Person auf eine Eingliederungsmassnahme nach Artikel 8 Absatz 3 Buchstabe a oder b geprüft wird; oder

Antrag der Minderheit II

(Herzog, Aeschi Thomas, Brand, Clottu, Frehner, Stahl)

Streichen

Art. 14quater

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité I

(Schenker Silvia, Carobbio Guscetti, Feri Yvonne, Gysi, Häsler, Heim, Ruiz Rebecca)

Al. 1 let. a

a. lorsque le droit de l'assuré à bénéficier d'une mesure de réadaptation au sens de l'article 8 alinéa 3 lettre a ou b, est examiné, ou

Proposition de la minorité II

(Herzog, Aeschi Thomas, Brand, Clottu, Frehner, Stahl)

Biffer

Erste Abstimmung – Premier vote

(namentlich – nominatif; 17.022/18249)

Für den Antrag der Mehrheit ... 132 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I ... 53 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

(namentlich – nominatif; 17.022/18250)

Für den Antrag der Mehrheit ... 130 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II ... 54 Stimmen

(1 Enthaltung)

Gliederungstitel vor Art. 14a

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre précédant l'art. 14a

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté



Art. 15

Antrag der Kommission

Abs. 1

Versicherte, die infolge Invalidität Schwierigkeiten bei der Berufswahl haben, haben Anspruch auf Berufsberatung und eine vorbereitende Massnahme zum Eintritt in die Ausbildung.

Abs. 2

Versicherte, die infolge Invalidität Schwierigkeiten bei der Ausführung ihrer früheren Tätigkeit haben, haben Anspruch auf Berufsberatung.

Art. 15

Proposition de la commission

Al. 1

L'assuré auquel son invalidité rend difficile le choix d'une profession a droit à l'orientation professionnelle et à une mesure préparatoire à l'entrée en formation.

Al. 2

L'assuré auquel son invalidité rend difficile l'exercice de son activité antérieure a droit à l'orientation professionnelle.

Angenommen – Adopté

Art. 16

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Lohr, Feri Yvonne, Graf Maya, Gysi, Heim, Roduit, Ruiz Rebecca, Schenker Silvia)

Abs. 4

... festlegen. In Bezug auf die Dauer richtet er sich nach Artikel 17 des Bundesgesetzes über die Berufsbildung.

Art. 16

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

AB 2019 N 106 / BO 2019 N 106

Proposition de la minorité

(Lohr, Feri Yvonne, Graf Maya, Gysi, Heim, Roduit, Ruiz Rebecca, Schenker Silvia)

Al. 4

... d'étendue. Pour fixer la durée de la formation, il se fonde sur l'article 17 de la loi fédérale sur la formation professionnelle.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 17.022/18251)

Für den Antrag der Mehrheit ... 92 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 91 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Art. 18 Abs. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 18 al. 1

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté



Art. 18abis

Antrag der Kommission

Abs. 1

... (AVG) zugelassenen oder aufgrund seiner gemeinnützigen Tätigkeit von der Bewilligungspflicht befreiten Personalverleiher ...

Abs. 2–4

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 18abis

Proposition de la commission

Al. 1

... de services (LSE) ou dispensée d'autorisation si son activité est d'utilité publique, pour ...

Al. 2–4

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 22

Antrag der Mehrheit

Abs. 1

...

a. an wenigstens drei ...

...

Abs. 2–5

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Gysi, Feri Yvonne, Graf Maya, Heim, Ruiz Rebecca, Schenker Silvia)

Abs. 2 Einleitung

Während der erstmaligen beruflichen Ausbildung haben Versicherte unabhängig vom Bezug von Leistungen nach Artikel 16 Anspruch auf Taggelder, wenn sie aufgrund ihrer eingeschränkten Erwerbsfähigkeit einen Erwerbsausfall erleiden.

Abs. 2 Bst. a, b

Streichen

Antrag der Minderheit

(Gysi, Carobbio Guscetti, Feri Yvonne, Graf Maya, Heim, Ruiz Rebecca, Schenker Silvia)

Abs. 4

Versicherte nach Absatz 2, die eine allgemeinbildende Schule besuchen oder eine berufliche Grundbildung absolvieren, die ausschliesslich an einer Schule erfolgt, haben Anspruch auf ein Taggeld, wenn sich die Ausbildung behinderungsbedingt verlängert oder verzögert und sie ohne Behinderung bereits im Erwerbsleben stehen würden.

Art. 22

Proposition de la majorité

Al. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

(la modification ne concerne que le texte allemand)

Al. 2–5

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Gysi, Feri Yvonne, Graf Maya, Heim, Ruiz Rebecca, Schenker Silvia)

Al. 2 introduction

... initiale, indépendamment de la perception de prestations au sens de l'article 16, s'il subit une perte de gain en raison d'une capacité de gain limitée.



Al. 2 let. a, b
Biffer

Proposition de la minorité

(Gysi, Carobbio Guscetti, Feri Yvonne, Graf Maya, Heim, Ruiz Rebecca, Schenker Silvia)

Al. 4

L'assuré visé à l'alinéa 2 qui fréquente une école de formation générale ou suit une formation professionnelle en école uniquement a droit à une indemnité journalière si sa formation se prolonge ou est ajournée en raison de son handicap et si, sans handicap, il serait déjà entré dans la vie active.

Abs. 2 – Al. 2

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 17.022/18252)

Für den Antrag der Mehrheit ... 131 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 53 Stimmen

(1 Enthaltung)

Abs. 4 – Al. 4

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 17.022/18255)

Für den Antrag der Mehrheit ... 130 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 53 Stimmen

(2 Enthaltungen)

Übrige Bestimmungen angenommen

Les autres dispositions sont adoptées

Art. 22bis; 23 Abs. 2, 2bis; 24 Abs. 1, 2, 4

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 22bis; 23 al. 2, 2bis; 24 al. 1, 2, 4

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 24ter

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Gysi, Carobbio Guscetti, Feri Yvonne, Heim, Ruiz Rebecca, Schenker Silvia)

Abs. 2

... Taggeld 10 Prozent des Höchstbetrags des versicherten Taggeldes nach dem UVG. Dieser Betrag erhöht sich nach vollendetem 21. Altersjahr um 15 Prozent, nach vollendetem 22. Altersjahr um 30 Prozent, nach vollendetem 23. Altersjahr um 45 Prozent und nach vollendetem 24. Altersjahr um 60 Prozent.

Art. 24ter

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral



Proposition de la minorité

(Gysi, Carobbio Guscetti, Feri Yvonne, Heim, Ruiz Rebecca, Schenker Silvia)

Al. 2

... correspond à 10 pour cent du montant maximal de l'indemnité assurée en vertu de la loi sur l'assurance-accidents (LAA). Cette part augmente de 15 pour cent pour les assurés qui ont atteint l'âge de 21 ans, de 30 pour cent pour les assurés ayant atteint l'âge de 22 ans, de 45 pour cent pour les assurés ayant atteint l'âge de 23 ans et de 60 pour cent pour les assurés ayant atteint l'âge de 24 ans.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 17.022/18253)

Für den Antrag der Mehrheit ... 130 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 53 Stimmen

(2 Enthaltungen)

Art. 24quater; 57 Abs. 1 Bst. a-I; 68bis Titel, Abs. 1 Einleitung, Bst. b, Abs. 1bis-1quater, 3, 5

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 24quater; 57 al. 1 let. a-I; 68bis titre, al. 1 introduction, let. b, al. 1bis-1quater, 3, 5

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Block 2 – Bloc 2

Aktualisierung der Geburtsgebrechenliste, Angleichung der Leistungen an die Krankenversicherung, Reisekosten, Gutachten

Mise à jour de la liste des infirmités congénitales, ajustement des prestations à celles de l'assurance-maladie, frais de voyage, expertise

La presidente (Carobbio Guscetti Marina, presidente): La proposta della minoranza Carobbio Guscetti è presentata dalla signora Gysi.

Gysi Barbara (S, SG): Ich darf hier die von unserer Ratspräsidentin angeführte Minderheit vertreten. Der Antrag der Minderheit Carobbio Guscetti fordert, dass andere bewährte medizinische Massnahmen finanziert werden können. Diese Forderung und Formulierung ist eine Ergänzung zum Antrag der Kommissionsmehrheit zu Artikel 14 Absatz 2.

Wir erachten es als wichtig, dass auch andere bewährte medizinische Massnahmen finanziert werden können. Denn es gibt für Menschen mit einer Behinderung durchaus auch andere bewährte medizinische Massnahmen, zum Beispiel solche, die auch bei psychischen Krankheiten zum Tragen kommen, oder auch Massnahmen, die im Ausland angewendet werden, in der Schweiz aber noch nicht bekannt oder gross anerkannt sind. In der Kommission wurde diese Ergänzung zwar diskutiert, die Diskussion wurde aber nicht genügend vertieft. In der Fahne wird die Ergänzung nun in Konkurrenz zum Mehrheitsantrag aufgeführt. In der Diskussion hatte Kollegin Carobbio Guscetti aber klar ausgeführt, dass sie ihren Antrag durchaus ergänzend zum Antrag der Mehrheit der SGK-NR sieht.

Da heute der Antrag der Minderheit Carobbio Guscetti in Konkurrenz zum Mehrheitsantrag steht, wir von der SP-Fraktion diesen Mehrheitsantrag aber auch unterstützen, wir aber nicht zu beiden Anträgen Ja stimmen können, werden wir diesen Minderheitsantrag heute zurückziehen. Wir ziehen diesen Antrag unter dem Hinweis zurück, dass sich die entsprechende ständerätliche Kommission noch einmal vertieft mit dieser Thematik auseinandersetzen soll. Sie soll auch die Verwaltung bitten, dazu vertiefende Informationen, einen Zusatzbericht, zu erstellen, damit genügende Grundlagen vorhanden sind. Wir sollten die Türe nicht vor anderen bewährten medizinischen Massnahmen verschliessen, wenn diese den Menschen mit einer Beeinträchtigung Linderung verschaffen und ihnen helfen. Besten Dank, wenn das in der ständerätlichen Kommission vertieft wird!



Herzog Verena (V, TG): Mit meiner Minderheit zu Artikel 14ter Absatz 2 und Absatz 4 unterstützen wir die Fassung des Bundesrates. Die Bestimmung gemäss Absatz 2 soll dem Bundesrat die notwendigen Kompetenzen für die Regelung der Voraussetzungen für die Übernahme der Kosten von Untersuchungen, Behandlungen, Mitteln oder Gegenständen und so weiter übertragen, die im Rahmen der medizinischen Massnahmen im Sinne der Artikel 12 und 13 IVG dienlich sind. Diese Leistungen haben dem in Artikel 14 Absatz 2 genannten Kriterium der Wirtschaftlichkeit zu entsprechen. Das ist uns wichtig. Durch diese Bestimmung erhält der Bundesrat die Kompetenz, eine Liste mit denjenigen Leistungen zu erstellen, die nicht oder nur unter bestimmten Voraussetzungen von der IV übernommen werden. Mit Absatz 4 wird dem Bundesrat ermöglicht, die in den Absätzen 1 bis 3bis genannten Aufgaben an das EDI oder das BSV zu übertragen.

Die andere Minderheit betrifft die Neuregelung der Reisekosten. Dieses Thema gab ja in den Medien bereits viel zu reden. Für uns ist es selbstverständlich, dass ausserordentliche Kosten für Reisen, zum Beispiel mit einem Rollstuhl, die spezielle Mittel erfordern, nach wie vor abgegolten werden. Aber es kann nicht sein, dass auch die Kosten für Reisen, zum Beispiel zu einem Arzt oder in ein Spital, der IV angerechnet werden können, wenn man diesen Weg, diese Zeit auch nutzen kann, um Einkäufe oder sonst irgendwas zu erledigen. Wir wissen ja alle, es braucht nicht nur strukturelle Änderungen, sondern es braucht einfach auch ein paar Massnahmen, um die IV irgendwie wieder auf gesunde Beine stellen zu können.

Ich bitte Sie deshalb, meine Minderheit zur Neuregelung der Reisekosten zu unterstützen.

Schenker Silvia (S, BS): Die erste Minderheit, die ich begründe, betrifft Artikel 44 ATSG. Gestatten Sie mir zuerst eine Vorbemerkung: Wenn Sie jetzt meinen, dieser Artikel hätte nichts mit Ihnen zu tun, weil Sie kein Bezüger von IV-Leistungen und in keinem IV-Verfahren sind, dann täuschen Sie sich. Da diese Änderungen im ATSG – also im Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts – vorgenommen werden, betreffen diese Änderungen alle Sozialversicherungen. Ich habe in der Kommission beantragt, diesen Artikel aus der IV-Revision zu entfernen und in die Revision des ATSG zu integrieren, die wir ja ebenfalls in dieser Session, nächste Woche, beraten werden. Leider wurde mein Antrag nicht angenommen, weshalb wir jetzt im Rahmen der IV darüber sprechen.

Nun zu meinen Anträgen zu Artikel 44. Bei Absatz 2 unterscheidet sich mein Antrag in drei Punkten von dem der Mehrheit:

1. Ich möchte explizit erwähnt haben, dass es medizinische und nichtmedizinische Gutachten gibt. Nichtmedizinische Gutachten sind etwa unfallanalytische oder biomechanische Gutachten im Rahmen der Unfallversicherung oder betriebswirtschaftliche Gutachten in allen Zweigen des Sozialversicherungsrechtes. Diese Gutachten sind wichtig für die Zusprechung von Leistungen.

2. In meiner Formulierung ist eine Präzisierung aufgenommen, die wichtig ist: Sachverständige sollen unabhängig und versicherungsextern sein. Das heisst, sie dürfen nicht in einem Anstellungsverhältnis zur Versicherung stehen.

3. Ganz wichtig ist ein weiterer Punkt: In meiner Formulierung ist keine 10-Tage-Frist enthalten. Die Frist von 10 Tagen zur Ablehnung von Sachverständigen und Nennung von Gegenvorschlägen ist zu kurz.

In Absatz 3 geht es mir ebenfalls darum, die 10-Tage-Frist zu streichen. Meine Formulierung unterscheidet sich von der Mehrheitsformulierung nur in diesem Punkt.

Mit meiner Minderheit zu Absatz 4 übernehme ich einen Antrag, den Heinz Brand in der Kommission eingebracht hat. Da er während der Beratung nicht anwesend war und weil uns diese Formulierung sehr sinnvoll erschien, habe ich es

AB 2019 N 108 / BO 2019 N 108

übernommen, dazu einen Minderheitsantrag einzureichen. Unser Antrag respektive der Antrag Brand orientiert sich an der Rechtsprechung des Bundesgerichtes. Ich erlaube mir, die schriftliche Begründung von Herrn Brand zu zitieren: "Gemäss Rechtsprechung des Bundesgerichtes ist bei fehlender Eignung sowohl über die Anordnung der Begutachtung, über die Person des Sachverständigen oder über die Fragestellung eine Zwischenverfügung zu erlassen. Das schafft Rechtssicherheit und verhindert, dass später ein Gutachten aus Gründen, die schon vor der Begutachtung beurteilbar gewesen wären, nicht verwertbar ist. Durch diesen umfassenden Rechtsschutz vor der Durchführung der Begutachtung wird auch die Akzeptanz des Gutachtens erhöht."

Ich bitte Sie, meinen Minderheitsanträgen zuzustimmen.

Graf Maya (G, BL): Ich äussere mich zu meinen Minderheitsanträgen zu Artikel 44 ATSG. Hier befinden wir uns bei Absatz 6. Es geht um die medizinischen Gutachten. Für die Ausrichtung von sozialversicherungsrechtlichen Leistungen sind in vielen Fällen medizinische Gutachten ausschlaggebend. Es ist daher von grösster



Bedeutung, dass diese Gutachten durch unabhängige Fachpersonen erstellt werden. Auch sollte die Qualität der Gutachten regelmässig überprüft werden. Dass Verbesserungen im Bereich der medizinischen Gutachten dringend notwendig sind, zeigen viele Beispiele, die in den letzten Jahren an die Öffentlichkeit drangen.

Nun hat die Mehrheit der Kommission mit Artikel 44 Absätze 5bis, 6 und auch 8 wirklich erste wichtige Schritte zu einer Verbesserung bei den medizinischen Gutachten gemacht, insbesondere hier, in Absatz 6. Mit Artikel 44 Absatz 6 will die Kommissionsmehrheit sicherstellen, dass für alle Arten von Gutachten die gleichen Regelungen zum Zuge kommen können, egal, ob es sich um mono-, bi- oder polydisziplinäre Begutachtungen handelt. Mit meiner Minderheit I habe ich die gleiche Absicht. Weil nun die Mehrheit unserer Kommission genau diese Absicht in Absatz 6 auch aufgenommen hat, werde ich meinen Minderheitsantrag zu Absatz 6 zurückziehen.

Ich spreche nun also noch zu Absatz 7 dieses Artikels 44. Hier geht es unbestrittenermassen vor allem darum, die vom Bundesgericht definierten Anforderungen an ein faires Abklärungsverfahren im Gesetz zu verankern. Genau dies möchte ich mit meinem Minderheitsantrag zu Absatz 7 tun. Das Bundesgericht und auch die Weisungen des BSV geben nämlich vor, dass bei Begutachtungen mit nur ein oder zwei Disziplinen, die heute nicht nach dem Zufallsprinzip vergeben werden, zwingend ein Einigungsversuch darüber eingeleitet werden muss, welche Ärztin bzw. welcher Arzt die Begutachtung durchführen soll.

Deshalb beantrage ich, auch die bundesgerichtlichen Vorgaben zum Einigungsverfahren hier ins Gesetz aufzunehmen. Ich bitte Sie sehr, die heutige Praxis, die in meinem Minderheitsantrag enthalten ist, hier in Absatz 7 aufzunehmen und meinem Antrag zuzustimmen.

Weibel Thomas (GL, ZH): Mein Minderheitsantrag betrifft auch Artikel 44 Absatz 6. Mit diesem Antrag übernehme ich den Entwurf des Bundesrates. Der Bundesrat will in diesem Absatz in einer Kann-Formulierung in Buchstabe a "für Gutachten nach Absatz 1 Buchstabe c die Art der Vergabe des Auftrags an eine Gutachterstelle regeln". Das ist eben wichtig zu wissen: Dieser Absatz 1 Buchstabe c betrifft die polydisziplinären Gutachten. Weiter kann der Bundesrat gemäss Buchstabe b "für die Zulassung von medizinischen Sachverständigen für alle Gutachten nach Absatz 1" – also auch für die mono- und bidisziplinären Gutachten – "Kriterien erlassen". Gemäss Buchstabe c kann der Bundesrat "für die Zulassung und die Überprüfung von Gutachterstellen für Gutachten nach Absatz 1 Buchstabe c" – also wiederum für die polydisziplinären – "eine Stelle zur Qualitätssicherung schaffen oder beauftragen".

Ich weiss, Gutachten sind ein sehr sensibler Bereich. Schlagzeilen über fehlerhafte Gutachten waren eine Zeit lang an der Tagesordnung. Aktuell tauchen nur noch wenige neue Fälle auf. Viel öfters werden die alten Fälle redaktionell wieder aufgearbeitet. Ich habe ein gewisses Verständnis dafür, dass diese Thematik so gepflegt wird; denn es ist richtig, Gutachten sind in den Gerichtsunterlagen und kaum zu korrigieren.

Bei polydisziplinären Gutachten hat sich das Zuteilungsverfahren nach dem Zufallsprinzip bewährt. Wir müssen uns auch vor Augen führen: Polydisziplinär sind jedes Jahr rund fünftausend Gutachten. Im Vergleich zu meiner Minderheit regelt die Mehrheit auch die mono- und bidisziplinären Gutachten in derselben Art. Das würde jährlich nochmals rund zehntausend Gutachten betreffen. Zudem will die Mehrheit eine Kommission mit genau definierten Vertretungen von Sozialversicherung, Gutachterstellen, Ärzteschaft, Wissenschaft, Patienten- und Behindertenorganisationen schaffen. Diese Kommission soll die Zulassung als Gutachterstelle, das Verfahren zur Erstellung und die Ergebnisse der Gutachten überwachen.

Der Antrag der Mehrheit stellt eine Überregulierung dar. Denn es bestehen in erster Linie dort Probleme mit Gutachten, wo bereits in der Vergangenheit reagiert worden ist, wo zusätzliche Regelungen eingeführt worden sind – nämlich bei den polydisziplinären Gutachten. Hier wurde durch die Rechtsprechung das Zufallsprinzip auferlegt. Hinzu kommt, dass das BSV Vertragspartei ist, Auftraggeber aber die IV-Stellen sind. Oder anders gesagt: Vertragspartei und Auftraggeber sind nicht identisch. Das führt auch dazu, dass IV-Stellen bei Qualitätsproblemen kein wirkungsvolles Mittel zur Verfügung haben, um die Qualität nachhaltig zu verbessern.

Deshalb ist es auch richtig und notwendig, dass der Bundesrat und damit auch die Minderheit mit Buchstabe c für diese polydisziplinären Gutachten eine Stelle für Qualitätssicherung schaffen oder zumindest eine bestehende Stelle damit beauftragen will.

Führen Sie die bewährte Praxis weiter, verhindern Sie eine Überregulierung, und stimmen Sie dem Antrag meiner Minderheit II zu!

Ich nutze die Gelegenheit, Ihnen hier auch kurz die Position der grünliberalen Fraktion mitzuteilen. Diese ist nämlich ganz kurz und bündig: Die grünliberale Fraktion lehnt alle übrigen Minderheitsanträge in Block 2 ab.

Hess Lorenz (BD, BE): In Block 2 behandeln wir den Umfang der medizinischen Massnahmen und die Voraussetzungen für die entsprechende Leistungsübernahme. Ich kann es einfach machen und vorwegnehmen:



Die BDP-Fraktion ist weder für einen Aus- noch für einen Abbau in diesem Bereich. Wir lehnen damit die Minderheit Carobbio Guscetti und die beiden Minderheiten Herzog ab.

Lassen Sie mich noch ein Wort zu den Reisekosten verlieren: Den Antrag der Minderheit Herzog, hier einzuschränken, könnte man mit einem Versuch an einem untauglichen Objekt umschreiben. Es geht nicht nur um die Kosten. Aber wenn es um die Kosten geht, dann ist dieser Betrag von 5 Millionen Franken im Vergleich zu den Gesamtausgaben zwar nicht vernachlässigbar, aber unverhältnismässig zu dem, was diese Kürzung auslöst. Was löst sie aus? Sie stellt nicht nur betroffene Familien namentlich mit kleinen Einkommen vor grosse finanzielle Herausforderungen, sondern stellt sie auch unter eine grosse Belastung. Wenn man sich den Besuch von Kindern mit Geburtsgebrechen jedes Mal überlegen muss wegen der Kosten oder weil eine Tankfüllung zu teuer ist, dann sind wir an einem Punkt, an dem sich das Sparen nicht rechtfertigt – ganz zu schweigen von der Tatsache, dass auch nach der Entlassung aus dem Spital später bei solchen kleinen Patientinnen und Patienten Kontrollen durchgeführt werden müssen, die auch wieder mit Fahrten verbunden sind. Wir sind also ganz klar gegen Beschränkungen im Bereich der Reisekosten.

Was Artikel 44 anbelangt, so unterstützt die BDP-Fraktion die Minderheit II (Weibel). Die Regelung, wer Gutachten mit welchen Auflagen und unter welchen Kriterien machen kann, scheint uns in der Version des Bundesrates absolut genügend. Das hat sich im Weiteren auch bewährt. Es gibt keinen zwingenden Grund, hier weiterführende Administrationen und weiterführende Auflagen zu formulieren. Die Lösung ist einfach und klar.

AB 2019 N 109 / BO 2019 N 109

Wir bitten Sie, hier der Minderheit II (Weibel) zuzustimmen. Die Minderheiten Schenker Silvia und Graf Maya lehnen wir ab.

Roduit Benjamin (C, VS): Cette fois, c'est en qualité de porte-parole du groupe PDC que j'interviens.

En ce qui concerne le bloc 2, nous suivrons pour chaque vote les propositions de la majorité de la commission. A l'article 14 alinéa 2, "Etendue des mesures médicales et conditions de prise en charge", nous saluons le fait que la commission a ajouté, par rapport au projet du Conseil fédéral, le financement du traitement des maladies rares, même si l'efficacité de celui-ci ne peut pas être démontrée scientifiquement. La proposition de la minorité Carobbio Guscetti ouvre cependant la porte à beaucoup trop d'interprétations, et nous la rejeterons. L'article 14ter alinéa 2 porte sur la détermination des prestations. Pour notre groupe, il est hors de question, comme le proposent le Conseil fédéral et la minorité Herzog, d'introduire une liste négative des mesures médicales destinées aux enfants atteints d'infirmités congénitales. Le nouvel article s'appuie sur une méthode d'analyse générale des traitements et non sur un examen par cas d'espèce. On sait que, avec son projet, le Conseil fédéral veut en premier lieu réduire les prestations de physiothérapie et d'ergothérapie. Cela peut à long terme exclure de la liste des prestations qui répondent cependant aux critères d'efficacité, d'adéquation et d'économicité tels que rappelés à l'article 14 alinéa 2. L'exception discutée au sujet des maladies rares est un excellent exemple de la nécessité de procéder par cas d'espèce.

Enfin, si c'est la suppression de la physiothérapie qui est visée à travers cet article, il convient de rappeler que les coûts de prise en charge de ces prestations par l'assurance-invalidité n'ont quasiment pas augmenté en dix ans et qu'il est prouvé que les enfants suisses atteints d'infirmité congénitale nécessitent ainsi moins de soins, par exemple dans le domaine de la chirurgie orthopédique.

L'article 14 alinéas 5 et 6 traite du nouveau régime concernant les frais de voyage. Aujourd'hui, les frais de voyage effectifs résultant de la mise en oeuvre de mesures médicales destinées aux enfants handicapés sont remboursés aux familles concernées, par exemple le transport de l'Engadine à l'Hôpital pédiatrique de Zurich, des vallées latérales du Valais au CHUV de Lausanne.

Notre groupe rejettera la proposition de la minorité défendue par Madame Herzog, qui oublie que ces frais représenteraient une charge financière importante pour les familles qui se trouvent dans un contexte de vie difficile. Chacun a pu lire ce dimanche l'article éloquent de la "NZZ am Sonntag" intitulé "Fahrspesen bringen Familien ans Limit". A-t-on imaginé un seul instant que ces enfants doivent, en raison de leurs infirmités congénitales, suivre souvent pendant des années des thérapies intensives dans des cliniques spéciales situées loin de leur domicile?

Durant le séjour hospitalier de leurs enfants, les parents qui leur rendent visite doivent faire face, outre aux frais de transports, à un surcroît de dépenses liées à l'hébergement et aux repas ainsi qu'à la garde des autres enfants. S'ajoute à cela qu'aucune allocation pour impotent ni aucun supplément pour soins intenses ne sont versés durant un séjour à l'hôpital. D'où mon interpellation 18.4044, "A-t-on oublié les parents qui s'occupent d'enfants gravement malades ou handicapés?", acceptée récemment par le Conseil fédéral. Enfin, le potentiel très faible d'économies – 6 millions de francs selon les dernières estimations – devrait nous inciter à éviter cet



affront fait aux personnes handicapées.

J'aborde enfin l'article 44, qui concerne les expertises. Voici un sujet important pour notre groupe: celui des expertises indépendantes – le terme a été ajouté à notre demande à l'alinéa 2 –, établies sur la base de règles fiables et transparentes, d'où notre demande d'ajout d'un alinéa 8 concernant la tenue de statistiques.

Chacun a encore à l'esprit les scandales de la clinique genevoise Corela ou du cabinet d'expertise zurichois PMEDA. Les propositions de la majorité – mesurées – permettent de mieux agir lors de tels dysfonctionnements. De plus, j'ajouterai que si les procédures d'expertise sont de haute qualité, il y aura moins de litiges et donc de procédures lourdes et coûteuses. Or, il est nécessaire que le Conseil fédéral édicte les mêmes règles pour toutes les expertises – qu'elles soient mono-, bi- ou pluridisciplinaires – et qu'il puisse en garantir la qualité à l'aide d'une commission paritaire. La formulation potestative proposée par la minorité II (Weibel) est évidemment à rejeter si l'on veut réellement cibler ce contrôle sur les expertises psychiatriques, où les dysfonctionnements sont plus nombreux.

Enfin, pour le PDC, qui a soutenu le droit de la surveillance des assurés, il est cohérent de veiller à ce que les fraudes soient aussi fermement combattues à l'échelle des fournisseurs de prestations.

En conclusion, le groupe PDC vous invite à suivre la majorité de la commission dans toutes les propositions du bloc 2.

Sauter Regine (RL, ZH): In diesem Block befinden sich verschiedene Bestimmungen, welche den Leistungsumfang der IV betreffen. Mein Kollege Bruno Pezzatti hat im Eintretensvotum dargelegt, dass die IV noch längst nicht auf einem soliden finanziellen Fundament steht. Massnahmen, die einen Beitrag zur Sanierung dieser Sozialversicherung leisten, sind deshalb auch in der aktuellen Vorlage zwingend. Der Leistungsumfang ist entsprechend kritisch zu analysieren.

In Artikel 14 Absatz 2 geht es z. B. darum, die Leistungserbringung durch die IV mit jener im Krankenversicherungsgesetz abzugleichen. Unter anderem sollen nun auch in der IV die Kriterien Wirksamkeit, Zweckmässigkeit und Wirtschaftlichkeit – die sogenannten WZW-Kriterien – gelten. Sie sind die Voraussetzung dafür, dass eine Leistung vergütet wird: Sie muss wirksam, zweckmässig und wirtschaftlich sein. Da die IV bei Geburtsgebrechen für Versicherte bis zum vollendeten 20. Altersjahr die Rolle der Krankenversicherer übernimmt, ist es richtig, dass auch für beide Versicherungen dieselben Kriterien für die Leistungsübernahme erfüllt sein müssen. Dies erlaubt auch eine möglichst lückenlose Überführung von der IV in die Krankenversicherung, ohne dass Leistungsveränderungen vorgenommen werden müssen. Eine so offene Formulierung, wie sie die Minderheit hier vorschlägt, ist indessen nicht wünschbar und wird von unserer Fraktion abgelehnt.

Zu Artikel 14ter: Die Mehrheit der Kommission inklusive der FDP-Liberalen Fraktion will dem Bundesrat nicht die Kompetenz zum Erlass einer Negativliste von Massnahmen erteilen, die nicht von der IV übernommen werden. Gerade bei den seltenen Krankheiten, welche im Übrigen nun explizit im Gesetz erwähnt werden, machen solche Einschränkungen keinen Sinn, weil hier sehr heterogene Krankheitsbilder vorliegen können. Was für das eine Kind richtig ist, muss für das andere Kind nicht zwingend richtig sein. Es käme zu ausufernden Katalogen, wenn man dann allen Einzelfällen Rechnung tragen wollte. Die WZW-Kriterien müssen ohnehin gelten. Eine zusätzliche Einschränkung ist nicht nötig.

Ein grosser Streitpunkt in dieser Revision betrifft schliesslich die Neuregelung der Reisekosten: Hier ist unsere Fraktion geteilt.

Jene, die die Mehrheit unterstützen, folgen der Argumentation, dass es angesichts des bescheidenen Sparpotenzials – das Bundesamt für Sozialversicherungen spricht von jährlich 6 Millionen Franken – nicht angemessen sei, diese Änderung vorzunehmen. Es geht hier um Reisekosten, die im Zusammenhang mit medizinischen Massnahmen bei Kindern mit Geburtsgebrechen entstehen. Die Streichung der Vergütung dieser Kosten hätte für viele Familien mit Kindern mit einer Behinderung problematische Auswirkungen. Kinder mit Geburtsgebrechen müssen oft über Jahre in Kliniken, die sich unter Umständen weit weg vom Wohnort befinden, behandelt werden. Die Familienangehörigen – in der Regel die Eltern – nehmen einen hohen Aufwand, nicht nur in zeitlicher, sondern vielfach auch in finanzieller Hinsicht, auf sich, um bei ihrem Kind sein zu können. Die Streichung der Vergütung der Reisekosten würde eine zusätzliche Belastung dieser Familien bedeuten. Es sei deshalb darauf zu verzichten.

Jene Mitglieder, die der Minderheit folgen, teilen die Haltung, wonach angesichts der desolaten finanziellen Lage der IV

AB 2019 N 110 / BO 2019 N 110

respektive der nach wie vor bestehenden Überschuldung der IV jede Massnahme, die zu Einsparungen führt, nötig sei.



Bei den übrigen Bestimmungen folgt die FDP-Fraktion jeweils der Mehrheit. Wir bitten Sie, das Gleiche zu tun.

Clottu Raymond (V, NE): A l'article 14 alinéa 2, le groupe UDC soutiendra la majorité de la commission. Les mesures médicales de l'AI doivent satisfaire aux mêmes conditions de prise en charge que les prestations du domaine de l'assurance obligatoire des soins. Le but est d'éviter de couvrir des mesures médicales inefficaces et/ou onéreuses. Etant donné que l'AI joue le rôle d'une assurance-maladie jusqu'à l'âge de 20 ans révolus pour les assurés atteints d'une infirmité congénitale, il est logique que les deux assurances appliquent les mêmes critères pour la prise en charge des prestations. Les assurés peuvent ainsi continuer à bénéficier, sans changement, des mêmes prestations lorsqu'ils passent de l'AI à l'assurance obligatoire des soins. C'est la raison pour laquelle nous vous invitons à soutenir la majorité de notre commission.

A l'article 14ter consacré à la détermination des prestations, nous soutiendrons à l'alinéa 2 la proposition de la minorité Herzog, soit le projet du Conseil fédéral. Cette disposition délègue au Conseil fédéral les compétences nécessaires pour régler les conditions de prise en charge des examens, des traitements et des moyens ou appareils dans le cadre des mesures médicales poursuivant un but de réadaptation au sens des articles 12 et 13. Ces prestations devront répondre aux critères d'économicité définis à l'article 14. Cet alinéa donne également au Conseil fédéral la compétence d'établir une liste des prestations dont le coût n'est pas pris en charge par l'AI ou l'est seulement à certaines conditions.

Le Conseil fédéral pourra ainsi édicter une ordonnance similaire à l'OFAS, applicable dans le domaine de l'assurance-maladie, ce qui permettra d'harmoniser encore davantage les deux systèmes. Il pourra par ailleurs définir d'autres exceptions par voie d'ordonnance.

A l'article 14ter alinéa 4, nous soutiendrons également la minorité Herzog.

A l'article 14, le groupe UDC soutiendra la minorité Herzog demandant l'introduction d'un alinéa 5 visant l'instauration d'un nouveau régime concernant les frais de voyage. Pour la minorité, l'assuré doit avoir "droit au remboursement des frais de voyage supplémentaires, dus spécifiquement à son handicap, jusqu'à l'organe d'exécution et retour". La minorité souhaite également l'introduction d'un alinéa 6 demandant ceci: "Lorsque les frais visés à l'alinéa 5 sont occasionnés à l'étranger, le remboursement n'est octroyé qu'à titre exceptionnel. Le Conseil fédéral fixe les conditions."

Aux yeux du groupe UDC, ce juste équilibre ou cette optimisation est nécessaire pour garantir que l'AI puisse bénéficier aux plus défavorisés et qu'elle soit préservée pour les générations futures. Malheureusement, on constate encore et toujours que l'AI demeure structurellement dans le rouge. Les comptes 2018 de l'AI ont bouclé sur une perte d'exploitation de plusieurs centaines de millions de francs. Par ailleurs, lors de sa présentation des chiffres 2018 publiés le 14 février dernier, Compenswiss a estimé improbable le remboursement de la dette de l'AI ces prochaines années. Ceci démontre bien que l'AI ne peut être comme promis financée durablement si l'on ne prévoit pas des mesures structurelles supplémentaires, sans parler de son énorme dette de plus de 10 milliards de francs envers le fonds AVS. Dans ces circonstances, nous sommes convaincus que le Conseil fédéral doit désormais considérer comme inévitables des mesures d'allègement supplémentaires.

Compte tenu de la situation financière de l'AI, nous vous recommandons de soutenir la proposition de la minorité Herzog pour un ajustement nécessaire des frais de voyage payés aux bénéficiaires de l'AI.

Enfin, j'aborde l'article 44 alinéas 2 et suivants, qui concernent les expertises. A l'alinéa 2, nous soutiendrons la majorité de la commission, soit le fait que l'assureur doit pouvoir recourir aux services d'un ou plusieurs experts indépendants, donc neutres, pour élucider les faits dans le cadre d'une expertise, ce d'autant plus suite aux différentes affaires scandaleuses constatées en la matière.

Aux alinéas 3 et 4, nous soutiendrons la majorité, qui s'est prononcée en faveur du projet du Conseil fédéral.

A l'alinéa 6, nous soutiendrons la proposition de la minorité II (Weibel).

Graf Maya (G, BL): Ich äussere mich im Namen der grünen Fraktion zu Artikel 14ter. Dort geht es um die Einführung einer Negativliste betreffend die medizinischen Massnahmen für Kinder mit Geburtsgebrechen. Wir beantragen Ihnen dort, der Mehrheit zu folgen und die vom Bundesrat vorgesehene Bestimmung zu streichen. Es ist die Minderheit Herzog, die den Entwurf des Bundesrates unterstützen will. Ich möchte Ihnen kurz sagen, worum es hier geht und warum es wichtig ist, dass diese Bestimmung wieder gestrichen wird.

Unter dem Titel "Medizinische Massnahmen" übernimmt die IV die Kosten für die Behandlung von Kindern mit Geburtsgebrechen, das sind oft Kinder mit schweren und chronischen Erkrankungen. Gestützt auf den neuen Artikel 14ter Absatz 2 hat der Bundesrat nun vor, eine pauschale Negativliste zu schaffen, d. h., eine Liste mit Behandlungen zu erstellen, die dann gar nicht mehr oder nicht mehr im bisherigen Umfang finanziert würden. Liest man die Botschaft, stellt man fest, dass damit primär z. B. die Leistungen der Physio- oder Ergotherapie reduziert werden. Langfristig können damit aber beliebige Behandlungen gestrichen werden, und dies grund-



sätzlich auch trotz erwiesener Wirksamkeit. Das wollen wir nicht, und das sollten wir überhaupt nicht tun. Wie gesagt befinden wir uns hier beim Thema medizinische Massnahmen, bei welchen es um Geburtsgebrechen und um Kinder geht, die schwere Behinderungen haben.

Daher bitte ich Sie, hier der Mehrheit zu folgen und den Antrag der Minderheit Herzog und den Entwurf des Bundesrates abzulehnen.

Nun komme ich zu Artikel 14 Absätze 5 und 6. Hier beantrage ich Ihnen, keine Kürzung der Reisekosten in Bezug auf Kinder mit Geburtsgebrechen vorzunehmen. Wie Sie wissen, werden heute die effektiven Reisekosten, die durch die medizinischen Massnahmen für Kinder resultieren, den betroffenen Familien vergütet. Die Minderheit Herzog will nun nur noch behinderungsbedingte Mehrkosten in einem äusserst eingeschränkten Umfang vergüten, d. h., wenn behinderungsbedingt ein besonderes Transportmittel wie z. B. ein Behinderten-taxi notwendig ist.

Gemäss der Minderheit Herzog würde das also bedeuten, dass Reisekosten mit dem üblichen Verkehrsmittel oder dem Auto nicht mehr vergütet würden, obwohl diese Kosten allein mit der Behinderung des Kindes zusammenhängen. Das würde Familien, die sich mit ihren behinderten, teils schwerbehinderten Kindern in schwierigen Lebensumständen befinden, zusätzlich finanziell belasten. Die Mehrheit der Kommission lehnt daher zu Recht diese Kürzung ab. Diese Entschädigung ist für Familien mit Kindern mit Behinderungen sehr wichtig. Kinder mit Geburtsgebrechen müssen z. B. oftmals während Jahren intensive therapeutische Behandlungen in weit entfernten Spezialkliniken absolvieren.

Zudem hat der Minderheitsantrag nur ein sehr geringes Einsparungspotenzial, das man hier von der SVP-Fraktion her auf dem Buckel der Eltern und ihrer Kinder erreichen will. Es geht hier um gerade mal 6 Millionen Franken pro Jahr. Aber für viele, viele Familien hat diese Kürzung problematische Auswirkungen. Eine Kürzung der Reisekosten lässt sich also in keiner Weise mit dem Einsparungspotenzial rechtfertigen.

Aus all diesen Gründen bitten wir Sie, hier dem Antrag der Kommissionsmehrheit zu folgen und den Antrag der Minderheit Herzog abzulehnen.

Heim Bea (S, SO): Das Schicksal der Behinderung zu erleichtern ist ein grosses Anliegen der SP-Fraktion. In Block 2 geht es um solche Punkte, um die Übernahme von Leistungen durch die IV, um die Qualität der Gutachten.

So komme ich jetzt zu Artikel 14. Artikel 14 will nicht nur den Umfang und die Voraussetzungen für die medizinische Leistungsübernahme bestimmen, sondern in Absatz 2 geht es eben auch um die Harmonisierung von

AB 2019 N 111 / BO 2019 N 111

Invalidenversicherung und Krankenversicherung. Da stellt sich die Frage, ob sich das KVG-Prinzip von Wirksamkeit, Zweckmässigkeit und Wirtschaftlichkeit generell auf den IV-Bereich übertragen lässt, wie es der Bundesrat vorschlägt. Denken Sie z. B. an seltene Krankheiten, die ja nur ganz wenige betreffen. Schon da ist es klar: Das geht einfach nicht. Die Betroffenen können nichts dafür, dass die Wissenschaft nicht in der Lage ist, die Wirtschaftlichkeit und die Wissenschaftlichkeit sämtlicher Behandlungen nachzuweisen. Unsere Aufgabe ist es aber, hier dafür zu sorgen, dass niemand durch die Maschen fällt.

Seltene Krankheiten gehören auf die Liste der Geburtsgebrechen. Aber weil sie eben selten sind, müssen wir pragmatisch bleiben. Ersparen wir also den Betroffenen den zermürenden Kampf, ihre Ansprüche über Anwälte durchsetzen zu müssen. Eigentlich hätte ich Ihnen gerne empfohlen, der Minderheit Carobbio Guscetti zu folgen, die verlangt, dass die medizinischen Massnahmen dort, wo es möglich ist, die WZW-Kriterien erfüllen, aber dass die Versicherung weiterhin auch andere bewährte medizinische Massnahmen finanziert. Nun ist dieser Antrag zurückgezogen worden. Trotzdem wollte ich dazu sprechen, denn wir haben gesagt, es solle nun in der Verantwortung des Ständerates liegen, hier eine Lösung zu formulieren, die auch seltenen Gebrechen und seltenen Krankheiten gerecht wird.

Die Absätze 5 und 6 von Artikel 14 betreffen die Reisekosten. Die verwaltungsinterne Überprüfung hat gezeigt, dass die Kosten für die IV weit geringer sind als in der Botschaft angegeben. Somit wären auch die Einsparungen weit geringer. Es ist nicht möglich, wenn man jetzt die Reisekosten kürzen würde, die IV zu konsolidieren oder auf in finanzieller Hinsicht ganz gesunde Beine zu stellen.

Aber für Familien mit einem schwerbehinderten Kind oder mit einem schwerkranken Kind, das immer wieder zur Behandlung in spezielle Zentren reisen muss, wäre es eine unheimlich grosse Belastung, jetzt auch noch die Reisekosten oder die Kosten, die entstehen, um beim Kind zu bleiben, übernehmen zu müssen. Man muss auch bedenken, dass die Pflege für die Eltern oft heisst, dass sie rund um die Uhr beansprucht sind und ihre berufliche Tätigkeit zum Teil aufgeben müssen. Wenn wir jetzt noch die Reisekosten kürzen und sagen, dass nur ausserordentliche Reisekosten übernommen werden, gibt es einerseits Abgrenzungsschwierigkeiten.



Andererseits sollten wir diese finanzielle Last den Eltern nicht zumuten.

Deshalb lehnt die SP-Fraktion die Anträge der Minderheit Herzog ab.

In Artikel 44 ATSG geht es um die Unabhängigkeit und die fachliche Qualität der Gutachter und der Gutachten sowie um die Stärkung der Position der Betroffenen und ihrer Organisationen – zwei zentrale Themen. Hier ist in den Absätzen 2 und 3 explizit festzuhalten, dass medizinische und nichtmedizinische Gutachten bei versicherungsexternen unabhängigen Sachverständigen einzuholen sind. Folgen Sie hier der Minderheit Schenker Silvia – folgen Sie überhaupt bei allen Anträgen der Minderheit Schenker Silvia!

Ich fasse zusammen – ich bedauere, dass die Zeit für mich schon abgelaufen ist -: Die SP-Fraktion bittet Sie, bei Artikel 14 Absätze 5 und 6 den Minderheitsantrag Herzog klar abzulehnen und bei Artikel 44 Absätze 2, 3 und 4 ATSG den Minderheitsanträgen Schenker Silvia zu folgen. Bei Artikel 44 Absatz 6 ATSG wird die SP-Fraktion der Mehrheit folgen und bei Artikel 44 Absatz 7 ATSG der Minderheit Graf Maya.

Berset Alain, conseiller fédéral: Dans ce bloc 2, je commencerai par vous transmettre la position du Conseil fédéral quant à l'idée d'inscrire les critères d'efficacité, d'adéquation et d'économicité dans la loi fédérale sur l'assurance-invalidité. Les coûts des mesures médicales ont fortement augmenté depuis 2001, comme je l'ai mentionné lors du débat d'entrée en matière. Un rapport du Contrôle fédéral des finances soulignait déjà en 2012 la nécessité, pour l'assurance-invalidité, de mieux piloter ces prestations. Les mesures prévues dans le projet du Conseil fédéral doivent donc permettre à l'assurance-invalidité d'accompagner de manière plus efficace les enfants et leurs familles, de mieux piloter les mesures médicales, et ces adaptations devraient dans l'ensemble rester sans incidence sur les coûts.

Arrêtons-nous sur les propositions de la majorité et de la minorité de la commission. La proposition de la minorité a été retirée et n'est donc plus en discussion. La commission propose ainsi un complément pour que les critères d'efficacité, d'adéquation et d'économicité ne constituent pas un obstacle pour les maladies rares, et pour que la preuve d'efficacité puisse également se baser sur un faible nombre de cas.

Nous avons de la compréhension pour cette proposition et je dois vous dire que la réglementation actuelle va déjà dans le sens des préoccupations de votre commission. Cela dit, il nous paraît que vouloir l'inscrire dans la loi, comme le souhaite la commission, revient à faire un pas de trop. Il est difficile, par ailleurs, d'estimer les conséquences financières d'une telle mesure. J'ai pris connaissance du fait qu'il n'y a plus de proposition de minorité à ce sujet et que la position de la commission n'est donc plus contestée. Elle ne correspond pas à la position du Conseil fédéral, mais je renonce à demander un vote à ce sujet. Je crois toutefois que c'est une question qui devra encore être approfondie dans le cadre des débats du deuxième conseil.

Le deuxième élément concerne la compétence du Conseil fédéral d'édicter une ordonnance sur les prestations dans le domaine de l'AI. Notre proposition se fonde ici aussi sur une recommandation du Contrôle fédéral des finances, qui critique le fait que l'AI prenne en charge certaines prestations médicales sans en préciser la durée et l'intensité, ce qui pourrait créer des incitations financières indésirables. Ces dernières années, les assureurs-maladie ont réussi à économiser en moyenne 5 pour cent de leurs dépenses globales en supprimant les prestations inefficaces ou superflues et en contrôlant les factures de manière plus stricte. En procédant aux mêmes améliorations dans l'AI, il devrait être possible de réaliser des économies comparables, de l'ordre de 5 pour cent des dépenses globales, ce qui correspondrait à environ 40 millions de francs dans le domaine qui nous concerne.

Dans sa proposition, le Conseil fédéral vise à rapprocher le système de l'AI de celui de l'assurance-maladie. Nous proposons donc d'édicter une ordonnance sur les mesures médicales dans l'AI de façon comparable à l'ordonnance sur les prestations de l'assurance des soins. Cette compétence permettrait au Conseil fédéral de déterminer, par le biais d'une liste négative, les conditions auxquelles certains soins seraient pris en charge par l'AI et notamment de fixer – et cela permet de répondre à la critique du Contrôle fédéral des finances – le début et l'intensité des diverses prestations.

Dans ce domaine, la majorité de la commission vous propose de supprimer cette nouvelle compétence du Conseil fédéral; la minorité Herzog vous propose quant à elle de vous rallier au projet du Conseil fédéral. Je vous proposerai aussi d'en rester, dans ce domaine, à la position du Conseil fédéral et de nous permettre, en nous déléguant cette compétence, de procéder comme je viens de vous l'indiquer.

Le troisième point concerne les frais de voyage. C'est une question qui n'est ni nouvelle ni inconnue dans ce débat. C'est un point qui faisait partie de la discussion lors de la révision 6b de l'assurance-invalidité, laquelle révision a été, in fine, rejetée par le Parlement. Le projet du Conseil fédéral de développement continu de l'assurance-invalidité ne prévoit aucune mesure dans ce domaine. Il s'agit d'une mesure que la commission a souhaité rediscuter. Il s'agissait à l'époque d'une mesure d'économies dans un projet qui était véritablement tourné vers des économies à réaliser dans l'assurance-invalidité. Mais comme j'ai pu vous le préciser dans le



débat d'entrée en matière, nous n'avons aucun signe aujourd'hui qui semblerait montrer que ce qui avait été annoncé et que ce qui a été mis en place en matière d'économies ne porte pas ses fruits. Je vous ai indiqué également qu'il n'y a aucun signe aujourd'hui qui montrerait qu'on n'arrive pas à rembourser complètement la dette de l'assurance-invalidité envers l'AVS à l'horizon 2031. J'ai pu vous dire aussi pourquoi ce sera en 2031 et pas en 2030.

Donc nous pensons qu'il n'y a pas besoin de prendre des mesures d'économies supplémentaires et que nous sommes plutôt dans une logique d'optimisation du système, et pas

AB 2019 N 112 / BO 2019 N 112

automatiquement de coupe. Cela a déjà été fait dans le passé. Cela a été fait de manière suffisante de l'avis du Conseil fédéral, et c'est la raison pour laquelle j'aimerais vous inviter, sur cette question des frais de voyage, à suivre la majorité de la commission, qui après en avoir discuté a décidé de ne pas y toucher.

Les expertises médicales sont le troisième grand thème de ce bloc d'articles. La pratique de l'assurance-invalidité en matière d'attribution des expertises médicales – cela a d'ailleurs été mentionné par plusieurs orateurs – a fait l'objet de nombreux recours. Il existe dans ce domaine toute une jurisprudence. C'est un élément, il faut le dire, essentiel dans la procédure d'attribution des expertises médicales. Là, nous vous proposons simplement, pour encadrer cette jurisprudence ou cette pratique, de reprendre la jurisprudence au niveau de la loi. Les expertises médicales devraient être réalisées non seulement par l'assurance-invalidité, mais aussi par toutes les autres assurances sociales, par exemple par les assureurs-accidents, pour in fine clarifier le droit aux prestations.

La majorité de la commission n'a apporté dans ce cadre qu'une modification au projet du Conseil fédéral. Elle vise à l'introduction de l'obligation de tenir un procès-verbal des entretiens entre l'assuré et l'expert. Il y a également toute une série de minorités de la commission à ce sujet. Pour éviter de refaire toute la discussion, je vous propose de rejeter en bloc leurs propositions.

Je m'exprime sur la proposition de la majorité d'introduire l'obligation de tenir un procès-verbal des entretiens entre l'assuré et l'expert. Ce point ne faisait pas partie du projet du Conseil fédéral. Nous nous permettrons, au deuxième conseil, d'analyser en détail ce que cela signifierait et comment cela pourrait être réalisé dans de bonnes conditions. Nous verrons ce que pourraient être les incidences notamment sur la procédure et sur les coûts.

Nantermod Philippe (RL, VS), pour la commission: Ce bloc 2 commence avec l'étendue des mesures médicales et des conditions de prise en charge prévues à l'article 14 alinéa 2. Je ne veux pas répéter ce qu'a dit Monsieur le conseiller fédéral Berset, néanmoins, je suis là pour vous rapporter ce qui a été dit en commission. L'article 14 est central dans la présente révision, concernant les mesures médicales dispensées aux assurés. Dans le domaine des maladies congénitales, l'AI joue le rôle d'assurance-maladie; cet article détermine les mesures acceptées ou non. L'alinéa premier traite des prestataires de soins remboursés.

L'alinéa 2 détermine quant à lui les critères déterminants pour accepter ou refuser la prise en charge d'une mesure médicale. Le débat en commission a porté sur les méthodes prises en charge dans le cadre de maladies rares. Pour être recevable, une mesure médicale doit être efficace, appropriée et économique – ce sont les critères "EAE". Ces critères doivent être analysés selon des bases scientifiques. La majorité de la commission estime, s'agissant des maladies rares pour lesquelles l'application des critères est problématique – notamment au regard du faible échantillonnage de tests possibles –, qu'il faut tenir compte de la faible fréquence de l'apparition de la maladie.

La minorité Carobbio Guscetti, qui proposait d'autres critères pour ces cas, a été retirée; elle aurait entraîné une augmentation des coûts de l'ordre de 50 millions de francs, selon le Conseil fédéral. Au final, la modification apportée par le Conseil fédéral entraînera un surcoût estimé à 40 millions de francs; c'est évidemment une estimation, et des précisions pourront être apportées par la pratique.

Par 15 voix contre 7 et sans abstention, la commission a rejeté la proposition défendue par la minorité Carobbio Guscetti et modifié la proposition du Conseil fédéral.

L'article 14ter alinéas 2 et 4 détermine les critères de délégation au Conseil fédéral, qui selon le projet pouvait déterminer le début du droit aux prestations prises en charge par l'AI et leur durée. Le Conseil fédéral entendait aussi pouvoir piloter la prescription de médicaments dont le coût n'est pas pris en charge par l'assurance, ou seulement à certaines conditions.

Après discussion, la commission a estimé qu'il n'appartenait pas au Conseil fédéral de trancher cette question. En effet, le début et la fin des prestations médicales relèvent d'aspects médicaux et scientifiques qui n'ont pas de caractère politique. La majorité de la commission tient fortement à maintenir l'application des règles



d'efficacité, d'adéquation et d'économicité.

La proposition défendue par la minorité Herzog, qui entendait revenir au projet du Conseil fédéral, a été rejetée, par 11 voix contre 10 et une abstention.

Je précise, à toutes fins utiles, que le retour à la position du Conseil fédéral coûterait, en 2030, la coquette somme de 25 millions de francs, que nous épargnerions avec la proposition de la majorité.

Le nouveau régime relatif aux frais de voyage est un élément qui est repris entièrement de la révision 6b de l'AI, il ne s'agit pas de quelque chose qui figurait dans le projet d'origine du Conseil fédéral. C'est un nouveau projet d'économies. L'article 51 de la loi sur l'assurance-invalidité règle la question des frais de voyage pris en charge par l'AI. Les voyages nécessaires à l'exécution des mesures de réadaptation sont remboursés à l'assuré, y compris, lorsqu'ils ont lieu exceptionnellement à l'étranger. La révision 6b prévoyait de faire des économies en la matière.

Le coût des transports représente pour les personnes concernées une charge importante. Lors de la révision 6b de l'AI, la logique relevait quasiment exclusivement des besoins de mesures d'économies, mais la situation a considérablement changé. Par ailleurs, grâce aux évolutions de l'assurance-invalidité qui sont intervenues depuis la cinquième révision, l'économie qui était visée à l'époque était de 20 millions de francs, alors qu'aujourd'hui elle ne serait plus que de 6 millions de francs. En pratique, beaucoup de personnes ne demandent en outre pas le remboursement de ces frais de voyage.

La minorité Herzog estime au contraire que les mesures prévues dans la révision 6b gardent leur sens, puisque l'AI n'est toujours pas dans une situation de désendettement, ce qui ne devrait intervenir, selon le Conseil fédéral, qu'en 2031. C'est pour cela que la minorité Herzog propose, aux articles 14, 14a, 17 et 21, de limiter l'étendue du remboursement, notamment de limiter le remboursement des mesures à l'étranger uniquement aux mesures médicales. Pour les mesures de réinsertion, de reclassement et pour les moyens auxiliaires, il n'y aurait plus de possibilité de remboursement si ces mesures ont été prises à l'étranger. L'économie qui aurait été réalisée ici n'était que de 6 millions de francs, il faut le préciser.

Par 12 voix contre 11 et 1 abstention, la commission a décidé de maintenir le droit en vigueur et de refuser cette modification relative aux frais de voyage.

En ce qui concerne les expertises, étant donné le temps à disposition, c'est mon collègue, le conseiller national Lohr, qui vous présentera le fruit de nos délibérations.

Lohr Christian (C, TG), für die Kommission: Ich habe mich mit Kollega Nantermod darauf verständigt, dass ich Ihnen jetzt nicht noch einmal zu allen Anträgen einen Kommentar abgeben werde. Ich habe aber einen anderen Auftrag der Kommission zu erfüllen: Wir haben nämlich in der SGK-NR eine vertieftere Diskussion zu Artikel 14ter Absatz 1 Buchstabe c und zu Absatz 3bis geführt. Ich erlaube mir, Ihnen diese Diskussion kurz zusammenzufassen.

Sowohl der Bundesrat als auch die Kommission möchten eine Unterversorgung wegen einer Neuregelung verhindern. Sie waren sich daher einig, dass der neue Artikel 14ter Absatz 1 Buchstabe c es der IV ermöglichen soll, den Kostenanstieg von teuren Medikamenten besser in den Griff zu bekommen. Sie waren sich – das ist wichtig – auch einig, dass die neue Regelung im Vergleich zum Status quo keine Verschlechterung für die betroffenen Kinder bringen soll. Dies hat der Bundesrat auch in der Beantwortung der Anfrage Wüthrich 18.1096 nochmals festgehalten: Die Massnahmen werden die Versorgung der versicherten Personen im Vergleich zur heutigen Situation nicht einschränken. Die Versorgung mit Arzneimitteln soll somit nicht hinter den aktuellen

AB 2019 N 113 / BO 2019 N 113

Status quo zurückfallen. Auch die bisherige unbürokratische Übernahme der Kosten von wirksamen Arzneimitteln soll weiterhin sichergestellt werden.

In Übereinstimmung mit dem Bundesrat möchte Ihre Kommission einen neuen Absatz 3bis einfügen. Damit wird dem Bundesrat die Kompetenz übertragen, auf Verordnungsebene die Abgabe weiterer Arzneimittel im Einzelfall zu regeln. Dadurch berücksichtigen wir die besonderen Umstände von seltenen Krankheiten und die Bedürfnisse von Kindern, die häufig zur wirksamen Behandlung Off-Label-Arzneimittel benötigen.

Der Bundesrat hat somit im Rahmen seiner Verordnungskompetenz sicherzustellen, dass die Versorgung mit günstigen und wirksamen Arzneimitteln von Kindern mit Geburtsgebrechen weiterhin und im bisherigen Umfang garantiert werden kann und eine Unterversorgung durch die neue Positivliste vermieden wird. Konkret bedeutet dies auch, dass die Regeln für die Abgabe von Arzneimitteln im Einzelfall bei Kindern mit Geburtsgebrechen weniger streng gehandhabt werden als im Rahmen der Regelung des KVG.



Art. 13

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 14

Antrag der Mehrheit

Abs. 1

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2

... nachgewiesen sein. Im Fall von seltenen Krankheiten wird dabei die Häufigkeit des Auftretens einer Krankheit berücksichtigt.

Abs. 3, 4

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Carobbio Guscetti, Feri Yvonne, Gysi, Häsler, Heim, Ruiz Rebecca, Schenker Silvia)

Abs. 2

... nachgewiesen sein. Die Versicherung kann weiter bewährte medizinische Massnahmen finanzieren.

Antrag der Minderheit

(Herzog, Aeschi Thomas, Brand, Clottu, Frehner, Giezendanner, Moret, Nantermod, Pezzatti, Stahl)

Abs. 5

Versicherte haben Anspruch auf die Rückerstattung der behinderungsbedingten Mehrkosten, die ihnen in Zusammenhang mit der Reise zur Durchführungsstelle und der Rückreise entstanden sind.

Abs. 6

Die Rückerstattung der im Ausland entstandenen Kosten nach Absatz 5 wird nur ausnahmsweise gewährt. Der Bundesrat legt die Bedingungen für die Rückerstattung fest.

Art. 14

Proposition de la majorité

Al. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

... selon des méthodes scientifiques. Dans le cas des maladies rares, la fréquence de l'apparition d'une maladie est alors prise en considération.

Al. 3, 4

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Carobbio Guscetti, Feri Yvonne, Gysi, Häsler, Heim, Ruiz Rebecca, Schenker Silvia)

Al. 2

... selon des méthodes scientifiques. L'assurance peut continuer à financer des mesures médicales éprouvées.

Proposition de la minorité

(Herzog, Aeschi Thomas, Brand, Clottu, Frehner, Giezendanner, Moret, Nantermod, Pezzatti, Stahl)

Al. 5

L'assuré a droit au remboursement des frais de voyage supplémentaires, dus spécifiquement à son handicap, jusqu'à l'organe d'exécution et retour.

Al. 6

Lorsque les frais visés à l'alinéa 5 sont occasionnés à l'étranger, le remboursement n'est octroyé qu'à titre exceptionnel. Le Conseil fédéral fixe les conditions.



La presidente (Carobbio Guscetti Marina, presidente): La proposta della minoranza Carobbio Guscetti è ritirata. Il voto sulla proposta della minoranza Herzog vale anche per l'articolo 14a capoverso 6, 17 capoverso 3, 21 capoverso 2bis e l'articolo 51.

Abs. 5, 6 – Al. 5, 6

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 17.022/18257)

Für den Antrag der Minderheit ... 53 Stimmen

Dagegen ... 122 Stimmen

(2 Enthaltungen)

Übrige Bestimmungen angenommen

Les autres dispositions sont adoptées

Art. 14a

Antrag der Minderheit

Abs. 1, 1bis, 3–5

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Herzog, Aeschi Thomas, Brand, Clottu, Frehner, Giezendanner, Moret, Nantermod, Pezzatti, Stahl)

Abs. 6

Nimmt ein Versicherter an einer Integrationsmassnahme teil, so übernimmt die Versicherung die Unterkunfts- und Verpflegungskosten sowie die Kosten für die Reise zur Durchführungsstelle und für die Rückreise.

Art. 14a

Proposition de la majorité

Al. 1, 1bis, 3–5

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Herzog, Aeschi Thomas, Brand, Clottu, Frehner, Giezendanner, Moret, Nantermod, Pezzatti, Stahl)

Al. 6

L'assurance prend à sa charge les frais de nourriture et de logement, ainsi que les frais de voyage jusqu'à l'organe d'exécution et retour de l'assuré qui participe à des mesures de réinsertion.

Art. 17 Abs. 3

Antrag der Minderheit

(Herzog, Aeschi Thomas, Brand, Clottu, Frehner, Giezendanner, Moret, Nantermod, Pezzatti, Stahl)

Nimmt ein Versicherter an einer Umschulung teil, so übernimmt die Versicherung die Unterkunfts- und Verpflegungskosten sowie die Kosten für die Reise zur Durchführungsstelle und für die Rückreise.

AB 2019 N 114 / BO 2019 N 114

Art. 17 al. 3

Proposition de la minorité

(Herzog, Aeschi Thomas, Brand, Clottu, Frehner, Giezendanner, Moret, Nantermod, Pezzatti, Stahl)

L'assurance prend à sa charge les frais de nourriture et de logement, ainsi que les frais de voyage jusqu'à l'organe d'exécution et retour de l'assuré qui participe à un reclassement.

Art. 21 Abs. 2bis

Antrag der Minderheit

(Herzog, Aeschi Thomas, Brand, Clottu, Frehner, Giezendanner, Moret, Nantermod, Pezzatti, Stahl)

Die Versicherung übernimmt die Kosten, die dem Versicherten in Zusammenhang mit der Reise zur Abgabestelle für Hilfsmittel und der Rückreise entstehen.



Art. 21 al. 2bis

Proposition de la minorité

(Herzog, Aeschi Thomas, Brand, Clottu, Frehner, Giezendanner, Moret, Nantermod, Pezzatti, Stahl)

L'assurance prend à sa charge les frais de voyage de l'assuré jusqu'au centre de remise des moyens auxiliaires et retour.

Art. 51

Antrag der Minderheit

(Herzog, Aeschi Thomas, Brand, Clottu, Frehner, Giezendanner, Moret, Nantermod, Pezzatti, Stahl)

Aufheben

Art. 51

Proposition de la minorité

(Herzog, Aeschi Thomas, Brand, Clottu, Frehner, Giezendanner, Moret, Nantermod, Pezzatti, Stahl)

Abroger

La presidente (Carobbio Guscetti Marina, presidente): Abbiamo già votato sulla proposta della minoranza Herzog all'articolo 14 capoverso 6.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 14ter

Antrag der Mehrheit

Abs. 1

...

c. ... einschliesslich ihrer Höchstpreise, sofern ...

...

Abs. 2

Streichen

Abs. 3

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 3bis

Er kann die Vergütung von Arzneimitteln regeln, die:

a. angewendet werden:

1. ausserhalb der durch das Schweizerische Heilmittelinstitut zugelassenen Fachinformation, oder

2. ausserhalb des Indikationsbereichs, der in der Spezialitätenliste oder in der gestützt auf Absatz 1 Buchstabe c erstellten Liste festgehalten ist;

b. in der Schweiz zugelassen sind, jedoch nicht in der Spezialitätenliste oder in der gestützt auf Absatz 1 Buchstabe c erstellten Liste aufgenommen sind; oder

c. in der Schweiz nicht zugelassen sind.

Abs. 4

... nach den Absätzen 1, 3 und 3bis dem ...

Antrag der Minderheit

(Herzog, Aeschi Thomas, Brand, Clottu, de Courten, Frehner, Giezendanner)

Abs. 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 4

... nach den Absätzen 1–3bis dem ...



Art. 14ter

Proposition de la majorité

Al. 1

...

c. ... y compris leur prix maximal ...

...

Al. 2

Biffer

Al. 3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 3bis

Il peut régler le remboursement des médicaments:

a. qui sont utilisés:

1. pour d'autres indications que celles autorisées par Swissmedic dans l'information professionnelle, ou

2. en dehors du domaine d'indication fixé dans la liste des spécialités ou dans la liste établie en vertu de l'alinéa 1 lettre c;

b. qui sont autorisés en Suisse, mais ne figurent pas sur la liste des spécialités ou sur la liste établie en vertu de l'alinéa 1 lettre c; ou

c. qui ne sont pas autorisés en Suisse.

Al. 4

... visées aux alinéas 1, 3 et 3bis.

Proposition de la minorité

(Herzog, Aeschi Thomas, Brand, Clottu, de Courten, Frehner, Giezendanner)

Al. 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 4

... visées aux alinéas 1–3bis.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 17.022/18258)

Für den Antrag der Mehrheit ... 119 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 58 Stimmen

(1 Enthaltung)

Art. 27; 27bis-27quiquies; 53 Abs. 2 Bst. abis; 57 Abs. 1 Bst. m

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 27; 27bis-27quiquies; 53 al. 2 let. abis; 57 al. 1 let. m

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Änderung anderer Erlasse

Modification d'autres actes

Ziff. 1 Art. 43 Abs. 1bis

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates



Ch. 1 art. 43 al. 1bis

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Ziff. 1 Art. 44

Antrag der Mehrheit

Abs. 1

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2

... oder mehreren unabhängigen Sachverständigen einholen ...

Abs. 3–5

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

AB 2019 N 115 / BO 2019 N 115

Abs. 5bis

Sofern der Versicherte nichts anderes bestimmt, werden Interviews zwischen dem Versicherten und dem Sachverständigen protokolliert und in die Akten des Versicherungsträgers aufgenommen.

Abs. 6

Der Bundesrat:

- a. regelt für Gutachten nach Absatz 1 die Art der Vergabe des Auftrages an eine Gutachterstelle;
- b. erlässt Kriterien für die Zulassung von medizinischen Sachverständigen für alle Gutachten nach Absatz 1;
- c. schafft eine Kommission mit Vertreterinnen und Vertretern der verschiedenen Sozialversicherungen, der Gutachterstellen, der Ärzteschaft, der Wissenschaft sowie der Patienten- und Behindertenorganisationen, welche die Zulassung als Gutachterstelle, das Verfahren zur Gutachtenerstellung und die Ergebnisse der medizinischen Gutachten überwacht. Die Kommission spricht öffentliche Empfehlungen aus.

Abs. 8

Die Versicherungsträger führen eine Liste aller Sachverständigen und Gutachterstellen, strukturiert nach Fachbereich und Anzahl jährlich begutachteter Fälle. Der Bundesrat regelt die Einzelheiten.

Antrag der Minderheit

(Schenker Silvia, Carobbio Guscetti, Feri Yvonne, Graf Maya, Gysi, Heim, Ruiz Rebecca)

Abs. 2

Muss der Versicherungsträger zur Abklärung des Sachverhaltes medizinische oder nicht medizinische Gutachten bei einem oder mehreren versicherungsexternen, unabhängigen Sachverständigen einholen, so gibt er der Partei deren Namen bekannt. Diese kann den Gutachter aus triftigen Gründen ablehnen und kann Gegenvorschläge machen.

Abs. 3

... und weist sie auf die Möglichkeit hin, Zusatzfragen in schriftlicher Form einzureichen. Der Versicherungsträger entscheidet über die Fragen an den oder die Sachverständigen.

Antrag der Minderheit

(Schenker Silvia, Carobbio Guscetti, de Courten, Feri Yvonne, Graf Maya, Gysi, Heim, Ruiz Rebecca)

Abs. 4

Hält der Versicherungsträger trotz Ablehnungsantrag an der Anordnung der Begutachtung, an den vorgesehenen Sachverständigen oder an den Fragen fest, so teilt er dies der Partei durch Zwischenverfügung mit.

Antrag der Minderheit I

(Graf Maya, Carobbio Guscetti, Feri Yvonne, Gysi, Heim, Ruiz Rebecca, Schenker Silvia)

Abs. 6

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates, aber:

- a. für Gutachten nach Absatz 1 die Art der Vergabe ...
- c. ... für Gutachten nach Absatz 1 eine Stelle zur ...



Antrag der Minderheit II

(Weibel, Aeschi Thomas, de Courten, Hess Lorenz, Humbel, Stahl)

Abs. 6

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Graf Maya, Carobbio Guscetti, Feri Yvonne, Gysi, Heim, Ruiz Rebecca, Schenker Silvia)

Abs. 7

Vor der Vergabe von Gutachten, die nicht nach dem Zufallsprinzip erfolgt, wird bei unterschiedlichen Vorschlägen ein Einigungsverfahren durchgeführt. Kommt keine Einigung zwischen dem Versicherungsträger und der versicherten Person zustande, gilt Absatz 4.

Ch. 1 art. 44

Proposition de la majorité

Al. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

... ou de plusieurs experts indépendants pour élucider les faits dans le cadre ...

Al. 3–5

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 5bis

Sauf avis contraire de l'assuré, les entretiens entre l'assuré et l'expert font l'objet d'un procès-verbal conservé dans le dossier de l'assureur.

Al. 6

Le Conseil fédéral:

- a. règle la nature de l'attribution du mandat à un centre d'expertises, pour les expertises visées à l'alinéa 1;
- b. édicte des critères pour l'admission des experts médicaux, pour les expertises visées à l'alinéa 1;
- c. crée une commission réunissant des représentants des différentes assurances sociales, des centres d'expertise, des médecins, de spécialistes universitaires, ainsi que des organisations d'aide aux patients et aux personnes en situation de handicap qui veille au contrôle de l'accréditation, du processus, et du résultat des expertises médicales. Elle émet des recommandations publiques.

Al. 8

Les assureurs tiennent à jour une liste de tous les experts et centres d'expertises, classés selon les disciplines et le nombre annuel de cas expertisés. Le Conseil fédéral règle les détails.

Proposition de la minorité

(Schenker Silvia, Carobbio Guscetti, Feri Yvonne, Graf Maya, Gysi, Heim, Ruiz Rebecca)

Al. 2

Si l'assureur doit recourir aux services d'un ou de plusieurs experts externes indépendants pour élucider les faits dans le cadre d'expertises médicales ou non médicales, il communique leur nom aux parties. Celles-ci peuvent récuser l'expert pour des raisons pertinentes et présenter des contre-propositions.

Al. 3

... des questions additionnelles. L'assureur décide des questions qui seront posées à l'expert ou aux experts.

Proposition de la minorité

(Schenker Silvia, Carobbio Guscetti, de Courten, Feri Yvonne, Graf Maya, Gysi, Heim, Ruiz Rebecca)

Al. 4

Si, malgré la demande de récusation, l'assureur maintient sa décision d'ordonner une expertise, son choix du ou des experts pressentis ou ses questions, il en avise les parties par une décision incidente.

Proposition de la minorité I

(Graf Maya, Carobbio Guscetti, Feri Yvonne, Gysi, Heim, Ruiz Rebecca, Schenker Silvia)

Al. 6

Adhérer au projet du Conseil fédéral, mais:

- a. ... pour les expertises visées à l'alinéa 1,
- c. ... pour les expertises visées à l'alinéa 1, ou créer un tel service à cette fin.



Proposition de la minorité II

(Weibel, Aeschi Thomas, de Courten, Hess Lorenz, Humbel, Stahl)

Al. 6

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Graf Maya, Carobbio Guscetti, Feri Yvonne, Gysi, Heim, Ruiz Rebecca, Schenker Silvia)

Al. 7

Lorsqu'un mandat d'expertise n'est pas attribué de manière aléatoire, une procédure de conciliation est ouverte préalablement à l'attribution en cas de propositions multiples. Si aucune conciliation n'est possible entre l'assureur et l'assuré, l'alinéa 4 s'applique.

AB 2019 N 116 / BO 2019 N 116

Abs. 2 – Al. 2

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 17.022/18259)

Für den Antrag der Mehrheit ... 129 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 50 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Abs. 3 – Al. 3

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 17.022/18260)

Für den Antrag der Mehrheit ... 130 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 49 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Abs. 4 – Al. 4

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 17.022/18244)

Für den Antrag der Mehrheit ... 128 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 51 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Abs. 6 – Al. 6

La presidente (Carobbio Guscetti Marina, presidente): La proposta della minoranza I (Graf Maya) è ritirata.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 17.022/18261)

Für den Antrag der Mehrheit ... 109 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II ... 69 Stimmen

(2 Enthaltungen)

Abs. 7 – Al. 7

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 17.022/18254)

Für den Antrag der Minderheit ... 50 Stimmen

Dagegen ... 130 Stimmen

(0 Enthaltungen)



*Übrige Bestimmungen angenommen
Les autres dispositions sont adoptées*

Ziff. 4 Art. 52 Abs. 2; Ziff. 6 Art. 93

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ch. 4 art. 52 al. 2; ch. 6 art. 93

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Block 3 – Bloc 3

Rentensystem, Kinderrenten

Système de rentes, rentes pour enfant

Ruiz Rebecca Ana (S, VD): Avec ces deux propositions de minorité, le groupe socialiste souhaite appuyer la proposition de la minorité III (Lohr), qui demande d'en rester au droit en vigueur dans le domaine du système de rentes qui connaît aujourd'hui quatre échelons, et cela pour différentes raisons.

Tout d'abord, nous ne partageons pas l'analyse du Conseil fédéral, qui part du principe que le système de rentes linéaire – ou prétendument linéaire – tel qu'il est proposé accroîtrait les incitations à l'exercice d'une activité lucrative. On sait en effet que les premières victimes des réductions de rentes seraient les personnes ayant un taux d'invalidité situé entre 60 et 70 pour cent. Ce sont justement ces personnes qui ont le plus de peine à trouver une place de travail correspondant à leur capacité physique. Ce groupe d'assurés serait donc fortement pénalisé. Si l'on avait réellement voulu pallier le problème des incitations à travailler, il aurait fallu soumettre un modèle plus réaliste et linéaire, qui aurait permis la perception d'une rente à partir d'un taux d'invalidité situé en dessous de 40 pour cent. Mais cette proposition n'a malheureusement pas été retenue lors des débats de la commission, pour des questions de coûts. On sait aussi que ce ne sont pas les incitations financières à effectuer un travail qui manquent, mais bien l'économie qui n'offre pas suffisamment de places de travail aux personnes en situation de handicap.

Ensuite, ce nouveau système engendrera un surcoût administratif que le Conseil fédéral anticipe lui-même, en raison du nombre de demandes de réexamen des rentes qu'il générera.

Enfin, l'évolution du nombre de rentes a été beaucoup plus favorable que prévu et, par conséquent, les perspectives financières se sont considérablement améliorées depuis le début des travaux sur la sixième révision de l'AI. Nous estimons donc que rien ne justifie une quelconque mesure visant à procéder à des coupes dans le budget de cette assurance.

Les deux propositions de minorité que nous avons soumises veulent atténuer le nouveau système de rentes linéaire, si la proposition de la minorité III (Lohr) devait être rejetée. Nous proposons, avec ma proposition de minorité II, que ce modèle ne s'applique qu'aux nouvelles rentes ou, faute de majorité pour cette proposition, que le modèle ne s'applique qu'aux personnes qui n'avaient pas encore 50 ans au moment de l'entrée en vigueur des nouvelles dispositions, conformément à ma proposition de minorité I.

Je vous remercie de soutenir ces propositions.

Roduit Benjamin (C, VS): En ce qui concerne le système de rentes soi-disant linéaire, je défendrai la proposition de la minorité III (Lohr). En effet, comme je l'ai déjà dit plus tôt, je fais également partie de la minorité III, et Monsieur Lohr ne peut défendre lui-même sa proposition étant donné qu'il est rapporteur pour cet objet.

La volonté de la majorité d'éliminer les effets de seuil est en soi une bonne chose, car cela aurait un effet positif pour la réadaptation. Or, la proposition de la majorité a deux faiblesses fondamentales.

Premièrement, le système proposé par la majorité maintient des seuils substantiels. Il y a tout d'abord le seuil d'entrée, qui pose problème vu qu'il est prévu de n'accorder le droit à une rente AI, comme auparavant, qu'à partir d'un taux d'invalidité de 40 pour cent – pour rappel, l'assurance-accidents verse des prestations de rente linéaires à partir d'une incapacité de gain de 10 pour cent. Ensuite, de l'autre côté de l'échelle, les personnes avec un taux d'invalidité de 69 pour cent toucheront, selon le projet, une rente de 69 pour cent, alors que les personnes avec 1 pour cent de plus d'invalidité – soit avec un taux d'invalidité de 70 pour cent – toucheront une rente entière, soit 31 pour cent de plus.



Le seuil entre 69 pour cent et 70 pour cent est même plus grand que dans le système actuel. Il n'est donc pas correct d'appeler ce système linéaire. Il y a sûrement des alternatives qui élimineraient effectivement mieux les effets de seuil.

Deuxièmement, la proposition de la majorité créera des gagnants et des perdants. Les gagnants seront les personnes avec un taux d'invalidité bas, alors que le changement de système s'opère au seul détriment des personnes ayant un taux d'invalidité élevé et de faibles chances de réadaptation. En effet, les personnes bénéficiant de trois quarts de rente subiront une diminution substantielle de leur rente, alors qu'une partie des personnes au bénéfice d'une demi-rente ou d'un quart de rente recevront une rente plus élevée.

A compter de 60 pour cent d'invalidité, il en résulte même des réductions de prestations allant jusqu'à 20 pour cent du montant versé selon le droit actuel. Les économies réalisées aux dépens des personnes dont le taux d'invalidité se situe entre 60 et 69 pour cent sont ensuite censées financer, pour des raisons évidentes de neutralité des coûts, les prestations de rente plus substantielles ainsi que le surcoût qui en résulte pour les personnes ayant un taux d'invalidité inférieur à 60 pour cent.

AB 2019 N 117 / BO 2019 N 117

A notre avis, réduire les rentes des personnes lourdement handicapées en faveur des personnes avec des taux d'invalidité faibles ou moyens n'a pas de sens. Et même si l'assainissement financier de l'assurance-invalidité n'est pas le motif premier de cette réforme dite de développement continu, l'appui des milieux de l'économie à un système de rentes linéaire est conditionné à l'augmentation à 80 pour cent du degré d'invalidité pour bénéficier d'une rente entière.

Or, même si cela a été envisagé par le Conseil fédéral dans son message sur la révision 6b, sur la base d'une étude visant à comparer les incitations financières à travailler dans les deux systèmes de rentes – linéaire et par seuils –, cette option n'est actuellement pas envisageable.

En conclusion, comme la proposition de la majorité n'est pas en mesure de réduire complètement les effets de seuil et que la mise en place d'un système de rentes linéaire n'est pas une priorité absolue, compte tenu de la grande complexité de ce modèle et de la charge administrative qu'il suppose, nous préférons en rester au système actuel, selon le droit en vigueur.

Pour toutes ces raisons, je vous invite à soutenir la proposition de la minorité III (Lohr).

Feri Yvonne (S, AG): Hier geht es um die Terminologie der "Kinderrente". Die Mehrheit der Kommission hat beschlossen, im ganzen Erlass den Ausdruck "Kinderrente" durch den Ausdruck "Zulage für Eltern" zu ersetzen. Dieser Beschluss zieht auch Anpassungen im AHVG, ELG und BVG nach sich, allenfalls noch weitere Harmonisierungen.

Eine Minderheit wehrt sich dagegen. Ich lege Ihnen kurz dar, warum.

Der Begriff "Kinderrente" ist seit mehr als 40 Jahren im IVG und auch in anderen Gesetzen verankert und war in der Praxis nie problematisch. Der administrative Aufwand für die aus unserer Sicht unnötige Anpassung darf nicht ausser Acht gelassen werden. Diese muss kohärent und einheitlich im gesamten schweizerischen Gesetzssystem erfolgen. Dazu sind umfassende Gesetzgebungsarbeiten erforderlich. Nicht nur Gesetzes- und Verordnungsbestimmungen, sondern auch alle geltenden Weisungen und Richtlinien müssen angepasst werden.

Die Minderheit sieht aber auch inhaltlich keinen Anpassungsbedarf. Es wird klar umschrieben, was "Kinderrente" bedeutet, nämlich, dass die Rente für die Unterstützung der Kinder ist. Der Begriff ist geläufig, er weckt keine falschen Erwartungen. "Zulage für Eltern" ist nichtssagend und zeigt nicht auf den ersten Moment, worum es bei der Entschädigung geht. Die Formulierung sagt nicht aus, dass das Geld für die Kinder respektive das Kindeswohl eingesetzt werden soll.

Wir sehen wirklich keinen Grund, diesen Begriff nun anzupassen. Wir bitten Sie, ebenfalls die Minderheit zu unterstützen und etwas zu vermeiden, was einen grossen administrativen Aufwand verursachen würde.

Graf Maya (G, BL): Ich spreche zu Artikel 38 Absätze 1 und 1bis IVG und Artikel 35ter Absätze 1 und 2 AHVG. Es geht darum, dass die Mehrheit der Kommission die Kinderrenten kürzen will. Anlässlich dieser IV-Revision, die auf eine Weiterentwicklung, auf eine Eingliederung ausgerichtet ist, wollen Sie, will die Mehrheit der Kommission – der Bundesrat will es nicht – bei den Kinderrenten kürzen. Das ist unverständlich, und ich bitte Sie, meinen Streichungsantrag unbedingt zu unterstützen.

Wenn wir von Kürzungen der Kinderrenten sprechen, dann sprechen wir von über 70 000 Kindern von IV-Rentenbeziehenden und 26 000 Kindern von AHV-Rentenbeziehenden. Die Mehrheit will diese Kinder dann – ich hoffe nicht, dass Sie das wollen! – den entsprechenden erschwerten Lebensbedingungen aussetzen. Sie



nimmt in Kauf, dass die Kinder dieser Eltern, die weniger bekommen, in ihrer Entwicklung behindert werden und ihre Rechte nicht chancengleich wahrnehmen können. Die Kinder würden nämlich spüren, dass ein bedeutender Teil des Familienbudgets nicht mehr zur Verfügung stehen würde, ein wichtiger Teil, der ausgleicht, was Eltern aufgrund ihrer Behinderung an Erwerbseinkommen verlorengelassen.

Die Mehrheit unserer Kommission schlägt vor, dass die Kinderrenten von IV- und AHV-Rentenbeziehenden zu kürzen seien, und zwar von 40 auf 30 Prozent der Hauptrente. Das entspricht einer Kürzung der Kinderrente um 25 Prozent und somit um ein Viertel. Das kann Familien, die mit fehlendem Erwerbseinkommen konfrontiert sind, weil ein oder gar beide Elternteile aufgrund einer Behinderung gar nicht oder nur teilweise erwerbsfähig sind, in eine schwierige finanzielle Situation bringen, bis hin zur Notwendigkeit, Ergänzungsleistungen zu beantragen, um den Lebensunterhalt der Familie aufrechtzuerhalten. Bei einer Kürzung der Kinderrenten müssten weit mehr Familien von IV- und AHV-Rentenbeziehenden Ergänzungsleistungen beanspruchen. Heute beträgt die Quote der Ergänzungsleistungen im Verhältnis zur IV bereits 46,7 Prozent. Sie würde also weiter ansteigen.

Eine solche Kostenverlagerung zu den Ergänzungsleistungen kann nicht im Sinne der Strategie zur Eindämmung des Kostenwachstums auch bei den Ergänzungsleistungen sein. Mit meinem Minderheitsantrag möchte ich ebenfalls eine Kostenverlagerung zu den Ergänzungsleistungen vermeiden.

Als Argument für die Kürzung der Kinderrenten wird immer wieder ins Feld geführt, dass IV-Rentenbeziehende nicht besser gestellt sein sollen als vor dem Eintritt ihrer Invalidität. Dazu ist klar festzuhalten, dass es mit der Überversicherungsregel bereits ein gesetzliches Korrektiv gibt, damit IV-Rentenbeziehende nicht besser gestellt sind als vor ihrer Invalidität. Kinderrenten der IV werden nämlich gekürzt, soweit sie zusammen mit der IV-Rente des Elternteils 90 Prozent des für die Rentenberechnung massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommens übersteigen. Lesen Sie bitte die Stellungnahme des Bundesrates zur Interpellation Lohr 18.4201 vom 20. Februar dieses Jahres. Dort bestätigt Ihnen der Bundesrat höchstpersönlich diese Tatsache.

Kurz: Es ist unverständlich, wenn wir jetzt bei dieser IV-Revision quasi in einer Hauruck-Übung die Kinderrenten kürzen. Es ist insofern auch unverständlich und unverantwortlich, als wir, wenn das stufenlose Rentensystem noch dazukommt, eine unzumutbare Kumulation haben, vor allem bei Rentenbeziehenden mit einem IV-Grad zwischen 60 und 69 Prozent. Diese müssen nämlich schon durch das stufenlose Rentensystem Kürzungen ihrer Rente erfahren und würden dann mit einer Kürzung der Kinderrenten auch noch einmal in eine finanzielle Belastung geraten.

Bitte verzichten Sie hier auf diese unnötige, unverantwortliche und, ich muss sagen, auch beschämende Kürzung der Kinderrenten für erwachsene Menschen mit Behinderungen in der IV.

Hess Lorenz (BD, BE): Beim stufenlosen System werden Kürzungen ab einem IV-Grad von 60 Prozent vorgenommen. Diese Mittel werden zugunsten einer niedrig gradierten Invalidität eingesetzt. Es gibt hier sehr wohl gute Gründe, dafür zu sein, aber auch dagegen. Dementsprechend verläuft hier die Diskussion. Wir haben die Diskussion auch in der Fraktion geführt.

Was gegen diese Massnahme des stufenlosen Systems spricht, ist unter anderem auch die Tatsache, dass mit der Eintrittsschwelle bei 40 Prozent für den Anspruch auf eine Rente eigentlich trotzdem eine Stufe besteht und damit eine gewisse Willkür herbeigeführt wird. Den Mehrwert der Massnahme für die IV betreffend gibt es wiederum Gründe, diese Massnahme hier trotzdem zu ergreifen. Diesbezüglich hat die BDP-Fraktion keine einheitliche Position, vor allem auch aus einem Grund: Wir behandeln hier im gleichen Block auch die Kürzung der Kinderrente. Was es nach unserer Ansicht zu vermeiden gilt, ist die Kumulation dieser beiden Massnahmen, weil sie wahrscheinlich tatsächlich die Falschen treffen würde oder Familien übermässig belasten könnte. Diese müssen dann am Schluss mindestens EL beziehen oder kommen auch sonst an die Grenzen ihrer Möglichkeiten.

Deshalb ist ein Teil der BDP-Fraktion für den Antrag der Minderheit III (Lohr) und nicht für das vorgesehene stufenlose System. Ein anderer Teil der BDP-Fraktion ist für die Kürzung der Kinderrenten.

AB 2019 N 118 / BO 2019 N 118

Wir müssen uns schon vor Augen halten, dass auf dieser Gratwanderung zwischen reiner Weiterentwicklung und eben auch Sanierung da und dort tatsächlich auch Sanierungsmassnahmen im Sinne der IV und der Bezüger nötig sind. Deshalb kann man im Bereich der Kürzung der Kinderrenten auch dafür sein. Wichtig, wie gesagt, ist, hier nicht zu kumulieren und stattdessen dafür zu sorgen, dass sich das "ausgleicht". Deshalb ist zu den beiden entsprechenden Minderheitsanträgen die Haltung der BDP-Fraktion so, wie ich sie dargelegt habe.

Zum Antrag der Mehrheit, den Begriff "Kinderrente" in "Zulage für Eltern" umzubenennen: Da haben wir ganz



klar bestimmt, dass wir hier die Mehrheit unterstützen. Es ist nicht so, dass man bei einem Wechsel zur Bezeichnung "Zulage für Eltern" nicht mehr ableiten könnte, dass es hier um Kinder geht. Es ist, glaube ich, wenn man das neutral anschaut oder sprachlich beurteilt, sinnvoller und ehrlicher, wenn man die Bezeichnung "Kinderrente" durch "Zulage für Eltern" ersetzt. Ich glaube, das würde man bestätigt bekommen, wenn man Leute ausserhalb dieses Raumes fragen würde, was sie denken, wenn sie "Kinderrente" hören. Es ist mir klar, dass, gerade wenn wir jetzt davon sprechen, hier zu kürzen, es bei der Bezeichnung "Kinderrente" noch einmal härter tönt, wenn man hier kürzt, als wenn man das "Zulage für Eltern" nennt. Aber diese Bezeichnung ist ehrlicher und sprachlich korrekter. Deshalb sind wir hier bei der Mehrheit und sind für die Änderung der Bezeichnung.

Humbel Ruth (C, AG): In diesem Block beraten wir zwei Elemente, welche in der IV-Revision 6b gescheitert sind: das stufenlose Rentensystem sowie eine Anpassung der Kinderrenten. Beide Elemente wurden von der Kommission in die Vorlage aufgenommen.

Die CVP-Fraktion ist sich einig darin, dass der Anspruch auf eine 100-Prozent-Rente weiterhin ab einem Invaliditätsgrad von 70 Prozent bestehen bleiben muss. Die Restarbeitskapazität von 30 Prozent ist so gering, dass die Chancen auf dem Arbeitsmarkt minim sind. Geteilt ist unsere Fraktion in der Frage des Wechsels zu einem stufenlosen System. Die Mehrheit der Fraktion folgt der Minderheit III (Lohr). Die Argumente der Kommissionsminderheit hat mein Kollege Roduit vorgetragen. Kritisiert wird vor allem, dass ein stufenloses System die Renten bei einem Invaliditätsgrad zwischen 60 und 70 Prozent reduzieren und im Gegenzug die Renten bei einem tieferen Invaliditätsgrad erhöhen würde.

Ich spreche nun für die Minderheit der Fraktion, welche für die Einführung eines stufenlosen Rentensystems ist. Ich möchte da auch betonen, dass die Änderung zu einem stufenlosen System keine Kostensparmassnahme ist. Die Einsparungen bei der IV-Reform 6b waren die Folge einer Anhebung des Anspruchs auf eine volle Rente ab einem Invaliditätsgrad von 80 Prozent. Auf diese Erhöhung des IV-Grades von 70 auf 80 Prozent für eine Vollrente wird in dieser Reform verzichtet.

Das heutige System mit Viertel-, halben, Dreiviertel- und ganzen Renten wurde aber bereits in der IV-Revision 6b als nicht gerade eingliederungsorientiert bezeichnet. Die Sprünge und die negativen Schwelleneffekte sind gross. So erhält beispielsweise eine Person mit einem Invaliditätsgrad von 49 Prozent eine Viertelrente, bei einem IV-Grad von 50 bis 59 Prozent erhält man hingegen eine halbe Rente und mit 60 Prozent eine Dreiviertelrente. Wenn diese Schwelleneffekte eliminiert werden, kann auch das Eingliederungsziel besser erreicht werden. Insofern passt ein stufenloses System gut in diese Reform, deren Zweck es ist, Integration und Eingliederung zu stärken.

Mehrheitlich unterstützt die CVP-Fraktion das zweite Element der Revision 6b, die Anpassung der Kinderrenten, sowie die Umbenennung der Kinderrente auf das, was es ist, nämlich "Zulagen für Eltern". Die Zulage für Eltern beträgt sowohl bei der IV wie bei der AHV 40 Prozent einer ordentlichen Rente. Das sind aktuell bei einer vollen Rente 948 Franken pro Kind, allfällige Familienzulagen des erwerbstätigen Elternteils kommen hinzu. Das kann zu einer Bevorteilung gegenüber erwerbstätigen Eltern führen. Bereits bei der IV-Revision 6b wurde aufgezeigt, dass es Familien mit mehreren Kindern gibt, die mit einer IV-Rente und den Zulagen ein höheres verfügbares Einkommen haben als mit Erwerbstätigkeit. Das ist ein falscher Anreiz, weil die Familienzulagen noch hinzukommen und für die Prüfung der Überversicherung nicht angerechnet werden.

Nach Angaben der Verwaltung stünden Einsparungen von insgesamt 130 Millionen Franken bei AHV und IV 47 Millionen Franken höheren Ausgaben bei den Ergänzungsleistungen gegenüber. Die Leistungen der Ergänzungsleistungen sind indes gezielt und helfen denjenigen Familien, welche das Geld wirklich brauchen. In Anbetracht der schwierigen finanziellen Situation von AHV und IV ist diese Massnahme zumutbar.

Ich möchte auch daran erinnern, dass wir bereits bei der Diskussion über das Familienzulagengesetz, das seit 2009 in Kraft ist, über eine Anrechnung der Familienzulagen an die Kinderrenten diskutiert haben. Im Hinblick auf die damals anstehende IV-Reform 6b wurde darauf verzichtet, und bei der IV-Reform 6b wurde wiederum verzichtet. Angesichts der defizitären Finanzlage der AHV, aber auch der IV ist diese Entlastungsmassnahme zumutbar, zumal Familien, die auf das Geld angewiesen sind, den Ausgleich über Ergänzungsleistungen bekommen.

Zusammenfassend: Die Mehrheit der CVP-Fraktion wird bei diesem Block dem Minderheitsantrag III (Lohr) folgen und beim Thema Kinderrente der Mehrheit.

Graf Maya (G, BL): Geschätzte Frau Kollegin Humbel: Habe ich Sie richtig verstanden? Sie nehmen also mit der Kürzung der Kinderrente in Kauf, dass 70 000 Kinder über ihre Eltern in der Invalidenversicherung und 26 000 Kinder über ihre Eltern in der AHV weniger Geld zur Verfügung haben? Und zwar mit dem Argument,



dass eine Überversicherung stattfinden könnte, von der aber der Bundesrat sagt, sie sei schon klar geregelt? Und Sie sagen jetzt, dass diese Fälle ja dann in die Ergänzungsleistungen abgeschoben werden könnten. Wie können Sie auf der einen Seite die IV sanieren und auf der anderen Seite die Ergänzungsleistungen belasten und dazu auch noch Familien in unmögliche finanzielle Situationen bringen wollen?

Humbel Ruth (C, AG): Sie haben jetzt verschiedene Fragen zusammen gestellt. Wir haben die Ergänzungsleistungsreform mehr oder weniger verabschiedet, bzw. sie kommt morgen in die Einigungskonferenz. Wir haben Verbesserungen für Ergänzungsleistungsbezüger bezüglich der anrechenbaren Wohnkosten vorgenommen. Das entlastet Familien klar. Wir haben die Berechnung für die Ausgaben für Kinder. Es gibt fixe Sätze dafür, wie viel die Familien brauchen. Wir haben da schon gesehen, dass es teilweise eine Besserstellung gibt: von Familien mit IV-Renten gegenüber Familien, die ihren Unterhalt selber verdienen. Ich denke, gerade mit diesem Teil der Ergänzungsleistungen haben wir auf Familien Rücksicht genommen.

Zur anderen Frage, die Sie stellen, habe ich das Beispiel aufgezeigt. Es ist völlig übertrieben, wenn Sie sagen, dass 70 000 Kinder schlechter behandelt und unterfinanziert würden. Ich habe darauf hingewiesen, dass, wer eine volle IV-Rente von 2370 Franken hat, aktuell pro Kind 948 Franken Kinderrente bekommt. Hinzu kommen allenfalls noch Renten aus der zweiten Säule. Wenn die Überversicherung im Rentensystem korrigiert wird, dann kommen aber noch Familienzulagen von einem erwerbstätigen Elternteil hinzu, selbst wenn er nur 10 Prozent erwerbstätig ist; Familienzulagen kommen hinzu.

Deshalb war es ja auch bei der Einführung der gesamtschweizerischen Familienzulage die Intention des Rates, zumindest die Familienzulagen an die Kinderrenten von AHV und IV anzurechnen und die Kinderrenten entsprechend – also um den Teil der Familienzulagen – zu reduzieren. Mit dem entsprechenden Antrag, wie wir von der Kommissionsmehrheit ihn jetzt vorlegen, sind wir mehr oder weniger bei diesem Entscheid.

Es ist zudem keine Schande, Ergänzungsleistungen zu beziehen. Die Personen haben einen Anspruch darauf, und ich habe darauf verwiesen, dass wir gerade für Familien mit

AB 2019 N 119 / BO 2019 N 119

Kindern bei der Ergänzungsleistungsreform einen guten Ansatz gefunden haben.

Sauter Regine (RL, ZH): Die FDP-Liberale Fraktion befürwortet das vom Bundesrat hier vorgeschlagene stufenlose Rentensystem. Es sollen damit Schwelleneffekte beseitigt und ein finanzieller Anreiz für Rentnerinnen und Rentner geschaffen werden, vermehrt erwerbstätig zu sein.

Heute steigt das Gesamteinkommen von IV-Rentnerinnen und -Rentnern bei zunehmendem Erwerbseinkommen nicht linear an, sondern definiert sich an den Schwellenwerten der vorgesehenen Invaliditätsgrade. So führt eine Ausdehnung der Erwerbstätigkeit respektive das höhere Erwerbseinkommen durch die damit verbundene Reduktion der Rente nicht zu einer finanziellen Besserstellung oder nicht zwingend zu einer finanziellen Besserstellung. Somit haben Versicherte keinen finanziellen Anreiz, ihre Arbeitsfähigkeit möglichst vollständig auszuschöpfen.

Mit einem stufenlosen Rentensystem kann dieser Mangel behoben werden. Im Zentrum steht auch hier der Eingliederungsgedanke. Das Gesamteinkommen aus Rente und Erwerbseinkommen nimmt damit bei steigendem Erwerbseinkommen auch effektiv zu. Gleichzeitig kann sich durch die zusätzliche Partizipation am Arbeitsmarkt auch die allgemeine Situation eines IV-Bezügers respektive die langfristige Perspektive in Bezug auf die Eingliederung in den Arbeitsmarkt verbessern.

Schliesslich noch zum Thema der Kinderrenten, das ebenfalls in diesem Block behandelt wird: Effektiv ist dieser Begriff, wie er bis jetzt verwendet wird, irreführend, geht es doch nicht um Renten für Kinder, sondern um Zulagen für IV-Bezüger mit Kindern. Es macht deshalb Sinn, die Gelegenheit der vorliegenden Revision zu nutzen und den Begriff durch die bessere Bezeichnung "Zulage für Eltern" zu ersetzen.

Anpassungen sollen zudem in Bezug auf die Höhe dieser Zulagen erfolgen. Für kinderreiche Familien führen die heutigen Zulagen von 40 Prozent einer Rente zu Einkommen, die wenig Anreiz für eine Integration in den Arbeitsmarkt bieten. Wir unterstützen die vorgeschlagene Kürzung auf 30 Prozent gemäss Antrag der Mehrheit zu Artikel 38.

Zusammenfassend kann ich Ihnen mitteilen, dass die FDP-Liberale Fraktion in Block 3 immer die Mehrheit unterstützt und alle Minderheitsanträge ablehnt.

Mazzone Lisa (G, GE): Pour les Verts, il est clair que les objectifs de prévenir une mise à l'invalidité et d'encourager la réadaptation des personnes handicapées sont à soutenir. Nous approuvons ces buts et nous soutenons totalement les mesures pour les atteindre. Ainsi, on renforce le droit des personnes concernées au travail et à l'autodétermination. Mais, malheureusement, ce qui ressort des travaux de la commission, c'est



un tout autre but: un programme d'économies. Cet objectif-là, les Verts le rejettent résolument. En particulier, nous considérons qu'il est indigne d'économiser sur les rentes pour enfants. Vouloir toucher ainsi les parents en situation de handicap est inacceptable. Ces coupes augmentent clairement le risque pour les familles, donc pour les enfants, de s'enfoncer dans la précarité. La conséquence, c'est que ces coupes seront reportées sur les prestations complémentaires.

La proposition de la majorité, qui va dans le sens contraire du projet du Conseil fédéral, n'est absolument pas anodine. Il faut rappeler que 70 000 enfants sont concernés par les rentes pour enfants de l'AI et 26 000 par celles de l'AVS. C'est enfermer les familles touchées dans le cercle vicieux de la pauvreté. En effet, aujourd'hui, on le sait, 13 pour cent des rentières et des rentiers AI avec enfants dépendent des prestations complémentaires, contre 46,7 pour cent du total des bénéficiaires. Il est clair que, en diminuant les rentes pour enfants d'un quart, on reportera ces charges vers les prestations complémentaires.

Ajoutons encore que les perspectives financières de l'AI montrent que, compte tenu de ce projet, et ceci sans la réduction des rentes pour enfants – qui n'était pas prévue par le Conseil fédéral –, la dette auprès du fonds AVS sera remboursée en 2031. Ces économies sont donc encore plus malvenues qu'elles sont injustifiées.

Enfin, concernant l'argument de la surassurance, je me réfère à la prise de position du Conseil fédéral en date du 20 février dernier, en réponse à l'interpellation Lohr 18.4201, "Combien de rentes pour enfant sont réduites en vertu de la règle de surassurance fixée à l'article 38bis LAI?": "En principe, en comptant les rentes pour enfant, un bénéficiaire de rente ne perçoit jamais plus de 90 pour cent de son revenu annuel déterminant sur l'ensemble de la durée de cotisation." Ainsi, la règle actuelle offre déjà une garantie pour éviter cet effet de surassurance. Nous espérons donc vivement que vous accepterez la proposition de la minorité Graf Maya pour maintenir la rente pour enfant à son niveau actuel, soit à 40 pour cent – c'est à l'article 38.

Le groupe des Verts soutiendra aussi la proposition de la minorité Feri Yvonne pour ne pas modifier l'appellation de cette rente en la dénommant "allocation parentale".

Concernant la question importante du système de rentes linéaire, nous nous opposons aussi, avec la plus grande vigueur, au système qui est proposé à la fois par le Conseil fédéral et par la majorité. Il aurait en effet pour conséquence des réductions de prestations qui serait disproportionnée pour les personnes dont le taux d'invalidité se situe entre 60 et 69 pour cent, alors que ces personnes ont un taux d'invalidité qui est élevé, ce qui signifie aussi une plus grande difficulté à trouver une place dans le monde du travail. Pour ces personnes, la réduction irait jusqu'à 20 pour cent, ce serait donc une coupe majeure, qui ne serait pas anodine, et elle le serait d'autant moins que les places dans le milieu du travail sont dures à trouver. Enfin, cela entraînerait évidemment aussi une surcharge administrative.

Par ailleurs, ce n'est qu'à partir d'un taux d'invalidité de 40 pour cent que la personne concernée aurait droit à une rente AI. Si on voulait vraiment supprimer les effets de seuil, il faudrait que l'accès commence beaucoup plus bas, comme le montre l'exemple de l'assurance-accidents, qui prévoit une entrée dans le système à partir d'une incapacité de gain de 10 pour cent.

Le groupe des Verts soutiendra donc les propositions des minorités III (Lohr) et I II (Ruiz Rebecca) aux articles 28 et suivants.

Schenker Silvia (S, BS): Namens der SP-Fraktion möchte ich bei diesem Block 3 Position zu den einzelnen Anträgen beziehen. Wie ich schon im Eintretensvotum gesagt habe, ist die SP-Fraktion dem stufenlosen Rentensystem gegenüber sehr kritisch eingestellt. Wir hatten diese Position schon damals, als wir bei der IV-Revision 6b über dieses System diskutiert haben.

Die Absicht des Bundesrates ist es, mit dem stufenlosen Rentensystem sogenannte Schwelleneffekte zu beseitigen und damit positive Anreize zu setzen, sodass Menschen mit Behinderung ihre sogenannte Restarbeitsfähigkeit möglichst nutzen und einer teilweisen Erwerbstätigkeit nachgehen. Dagegen wäre in einem idealen Arbeitsmarkt grundsätzlich nichts einzuwenden. Nur ist die Realität in der Erfahrung der Betroffenen eine ganz andere: Arbeitsstellen für Menschen mit Leistungseinschränkungen sind sowieso schon viel zu dünn gesät. Je höher der Invaliditätsgrad, desto schwieriger ist es, eine Arbeitsstelle zu finden, die es den Betroffenen ermöglicht, die Einkommenslücke zu decken.

Mich ärgert es ehrlich gesagt auch immer, wenn von Anreizen gesprochen wird. Diese Wortwahl suggeriert, dass sich die Menschen ohne diese Anreize nicht darum bemühen, eine Stelle zu finden. Ich kenne weit mehr Menschen mit IV-Renten, die sehr gerne arbeiteten, wenn sie denn eine passende Stelle finden würden, als solche, die das nicht wollen. Das will ich hier in aller Deutlichkeit sagen. Viele der Betroffenen wären unendlich dankbar, wenn ihnen die Arbeitswelt eine Chance geben würde, wenigstens einen Teil ihres Einkommens durch Erwerbsarbeit zu erzielen. Aber eben: Es mangelt an geeigneten Arbeitsplätzen. Oder wenn solche vorhanden sind, dann ist die Konkurrenz gross.



Den Preis für die Beseitigung von Schwelleneffekten würden aber vor allem die Menschen bezahlen, die einen IV-Grad

AB 2019 N 120 / BO 2019 N 120

von 60 bis 69 Prozent haben. Für diese Gruppe würde das neue System Rentenkürzungen von bis zu 20 Prozent bedeuten. Das ist deshalb so, weil der Bundesrat die Vorgabe gemacht hat, die Umstellung müsse kostenneutral sein.

Ich bitte Sie namens der SP-Fraktion, das neue stufenlose Rentensystem abzulehnen und beim geltenden Recht zu bleiben. Dafür müssen Sie dem Antrag der Minderheit III (Lohr) zustimmen. Falls Sie das nicht tun, bitte ich Sie, der Minderheit II (Ruiz Rebecca) zu folgen, welche das stufenlose Rentensystem nur für Neurenten fordert, oder dann zumindest die Minderheit I (Ruiz Rebecca) zu unterstützen, welche wenigstens die über 50-Jährigen davon ausnehmen will, dass ihre Rente auf das neue System umgestellt wird.

Weiter bitte ich Sie im Namen der SP-Fraktion sehr eindringlich, von der Kürzung der Kinderrenten Abstand zu nehmen. Mit der Kürzung von 40 auf 30 Prozent der Hauptrenten treffen Sie besonders verletzte Gruppen, nämlich die Kinder von Personen, die eine IV- oder AHV-Rente haben. Die Einkommensverluste müssen in vielen Fällen von den Ergänzungsleistungen aufgefangen werden. Es gäbe Einsparungen bei der IV oder der AHV, die also eine reine Kostenverschiebung wären. Wichtig zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang die Überversicherungsregel, die dafür sorgt, dass IV-Rentenbezügerinnen oder -bezüger zusammen mit der Kinderrente nie mehr als 90 Prozent des massgeblichen jährlichen Einkommens erhalten dürfen. Kommt hinzu, dass die Kombination des stufenlosen Rentensystems mit der Kürzung der Kinderrenten besonders gravierend wäre. Inclusion Handicap hat uns dies anhand eines Beispiels aufgezeigt. Dieses Schreiben haben Sie alle erhalten. In besonders krassen Fällen kann es zu einer Einkommenseinbusse von 540 Franken pro Monat kommen.

Als Letztes möchte ich Sie bitten, auf die Änderung der Begrifflichkeit zu verzichten, wie sie Herr Weibel in der Kommission beantragt hat und wie sie dort leider eine Mehrheit gefunden hat. Anstelle von Kinderrenten soll der Begriff "Zulage für Eltern" verwendet werden. Frau Feri hat dazu bereits ausführlich Stellung bezogen. Daher fasse ich mich kurz. Ich vermute sehr stark, dass hinter der vermeintlich rein semantischen Änderung politische Absichten stecken. Eine Zulage für Eltern lässt sich leichter kürzen als eine Kinderrente. Dazu wollen wir nicht Hand bieten.

Ich bitte Sie also, dem Antrag der Minderheit Feri Yvonne zuzustimmen und bei den heutigen Begriffen zu bleiben.

Weibel Thomas (GL, ZH): In Block 3 geht es um die Rentensysteme und um die Kinderrenten. Alle drei Bereiche, die zur Diskussion stehen, haben wir bereits im Jahr 2012 im Rahmen der Vorlage der IV-Revision 6b auf dem Tisch gehabt und diskutiert. Sie erinnern sich, die Überbleibsel der Revision 6b sind letztlich sistiert worden. Die Mehrheit der Kommission hat die Gelegenheit genutzt, die Weiterentwicklung der IV zum Anlass zu nehmen, diese sistierten Punkte wiederaufzunehmen.

Ich komme zum ersten Punkt, dem stufenlosen Rentensystem, und zu den Minderheiten I (Ruiz Rebecca), II (Ruiz Rebecca) und III (Lohr). Ein stufenloses System reduziert die Schwelleneffekte, das ist ganz klar. Damit werden auch Fehlanreize eliminiert. Aber ich gebe Ihnen Recht: Die grösste Stufe, nämlich die Einstiegsanforderung von 40 Prozent Invalidität, bleibt unverändert. Dennoch wird der Grundsatz "Eingliederung vor Rente" durch das stufenlose System unterstützt. Wir Grünliberalen unterstützen deshalb diesen Wechsel zum stufenlosen System.

Ich komme zum zweiten Punkt, dem Ersatz des Ausdruckes "Kinderrente" durch "Zulage für Eltern" im gesamten Erlass. Das betrifft nicht nur das IVG, sondern auch das AHVG, das ELG und das BVG. Ich habe bereits im Eintretensvotum darauf hingewiesen, und es wurde auch von anderen Rednern entsprechend aufgenommen, dass "Kinderrente" irreführend ist. "Kinderrente" als Begriff suggeriert, es handle sich um Zahlungen für Kinder mit einer Behinderung. Da können Sie Strassenumfragen machen, das wird Ihnen sicher so bestätigt werden. Richtig ist aber, dass es sich um Zahlungen handelt, die erfolgen, wenn ein Elternteil IV-Bezüger oder IV-Bezügerin ist.

Wir sollten keine falschen Einschätzungen oder Erwartungen wecken. Deshalb wollen wir den Ausdruck ändern. In der Kommission wurden verschiedene Ausdrücke und Begriffe geprüft. Wir mussten aber zur Kenntnis nehmen, dass vieles, was uns spontan in den Sinn gekommen ist, bereits in anderen Erlassen verwendet wird und somit besetzt ist. Wenn in einem anderen Erlass ein anderer Betrag oder andere Zusprachekriterien verwendet werden als in der IV, gibt das erst recht eine Unsicherheit. Deshalb soll für die IV der neue Begriff "Zulage für Eltern" gewählt werden – das, was es auch ist.



Zum letzten Punkt, der Senkung der Kinderrente: Eine Kinderrente betrug im Jahr 2017 durchschnittlich 540 Franken pro Monat. Die Kinderrenten stammen aus einer Zeit, als es noch keine nationalen Regelungen für Familienzulagen gab. Seit der Einführung sind weitere Leistungen für Rentnerinnen und Rentner mit Kindern hinzugekommen, beispielsweise von der zweiten Säule. Zudem besteht seit 2009 schweizweit ein einheitlicher Anspruch auf Familienzulagen. Eine Zulage für Eltern im Ausmass von 40 Prozent der Rente ist demnach heute zu hoch. Wenn die Kinderrente entsprechend dem Antrag der Mehrheit der Kommission von 40 auf 30 Prozent gesenkt wird, wird dies gemäss Berechnungen des Bundesamtes für Sozialversicherungen die Ausgaben der IV um jährlich rund 112 Millionen Franken entlasten.

Ich habe beim Eintreten bereits angemerkt, dass die grünliberale Fraktion in diesem Punkt nicht geschlossen ist. Ein Teil wird dem Antrag der Minderheit Graf Maya zustimmen, ein Teil wird die Mehrheit unterstützen.

Wüthrich Adrian (S, BE): Herr Weibel, darf ich Ihnen eine Frage stellen? Sie haben jetzt ausgeführt, wie viel Geld man bei der IV sparen könne. Das ganze Projekt beinhaltet ja auch einen Sparvorschlag. Jetzt schlagen Sie vor, anstelle des Begriffs "Kinderrente" den neuen Begriff "Zulage für Eltern" einzuführen. Der Begriff "Kinderrente" ist etabliert und bei den Leuten der betreffenden Branche – wie ich es nennen würde – bekannt. Ich habe den Bundesrat in meiner Anfrage vom 14. Dezember 2018 gefragt, welche Kostenfolgen wir gewärtigen müssten, wenn wir diesen Begriff jetzt ändern würden. Wir gewinnen ja nichts mit dieser Änderung. Der Bundesrat schreibt dazu, dass diese Änderung, die nichts bringt, unweigerlich erhebliche Kostenfolgen habe. Am Schluss sagt er noch, es sei ein beträchtlicher Verwaltungsaufwand, der sich durch die Änderung dieses in der Praxis gut verankerten Begriffs ergeben würde. Finden Sie das nicht auch einen Widerspruch, wenn Sie auf der einen Seite Geld sparen und auf der anderen Seite einen eingebürgerten, gut verständlichen Begriff ändern wollen?

Weibel Thomas (GL, ZH): Besten Dank für diese Frage. Wenn Sie meinem Eintretensvotum zugehört hätten, wüssten Sie, dass ich dort klar ausgeführt habe, dass es sich nicht primär um eine Sparvorlage, sondern um eine Optimierung und Weiterentwicklung handle. Zur Optimierung gehört eben auch, dass man Begriffe bereinigt.

Ich gebe Ihnen Recht: In der Branche ist der Begriff "Kinderrente" verankert und bekannt. Wenn ich mich aber in der Bevölkerung umhöre, dann stelle ich fest, dass dies zu Missverständnissen führt. Deshalb habe ich ausgeführt, dass der Begriff irreführend und zu korrigieren sei.

Schenker Silvia (S, BS): Herr Weibel, ich habe auch eine Frage zu dieser Begrifflichkeit: Haben Sie sich überlegt, wie viele Pensionskassenreglemente geändert werden müssen, wenn Sie den Begriff "Kinderrente" durch den Begriff "Zulage für Eltern" ersetzen?

Weibel Thomas (GL, ZH): Ich danke für die Frage. Ich habe mir kein Zahlengerüst gemacht, aber ich bin mir bewusst, dass nicht nur im IV-Umfeld, sondern eben auch bei AHV, EL und Pensionskassen Anpassungen notwendig sind und

AB 2019 N 121 / BO 2019 N 121

dass das jeweils nicht nur das Gesetz betrifft, sondern auch Verordnungen, bis hin zu den Reglementen in den einzelnen Kassen. Das ist klar.

Graf Maya (G, BL): Herr Weibel, ich möchte Ihnen auch noch eine Frage stellen: Ich gehe ja recht in der Annahme, dass Sie vorhin das stufenlose Rentensystem unterstützt haben. Sie haben gesagt, eine Kürzung der Kinderrente um 25 Prozent, um ein Viertel sei zumutbar. Wenn es jetzt zu einer Kumulation von stufenlosem Rentensystem und einer Kürzung der Kinderrente kommt bei einem Elternteil, der einen Invaliditätsgrad zwischen 60 und 69 Prozent aufweist, sind das nicht 25, sondern 40 Prozent Kürzung. Wie gehen Sie damit um, dass Sie hier ohne Not – die IV ist saniert – diese Familien in solche Situationen bringen?

Weibel Thomas (GL, ZH): Vorab: Die IV ist noch nicht saniert, es dauert noch bis nach 2030, bis die Entschuldung abgeschlossen ist.

Ich sehe schon, dass die Kumulation von linearem System und Kürzung der Kinderrenten zu unschönen Ergebnissen führen kann. Aus meiner Sicht würde ich sagen, es sei schwierig, mengenmässig auszuführen, wie viele konkret betroffen sind; ich würde sagen, nicht allzu viele. Aber ich vertraue hier auch auf den Ständerat, dass er die Kumulation allenfalls prüft und falls notwendig entweder mit Übergangsbestimmungen oder Abfederungsmassnahmen noch ergänzen wird.



Feri Yvonne (S, AG): Kollege Weibel, Sie haben gesagt, dass in der Bevölkerung respektive ausserhalb der Fachkreise mit dem Begriff "Kinderrente" falsche Erwartungen verbunden würden. Wie stellen Sie dann sicher, dass das Geld unter dem allfälligen neuen Namen "Zulage für Eltern" wirklich Bedürfnissen der Kinder zugekommt? Denn dafür soll es ja gemäss Gesetz vorhanden sein; das Kindeswohl soll im Zentrum stehen. Wie stellen Sie sicher, dass die Bevölkerung das dann auch weiss?

Weibel Thomas (GL, ZH): Danke für die Frage. Man muss, denke ich, zwischen dem, was die Bevölkerung weiss, und dem unterscheiden, was die Eltern machen, welche als Bezügerinnen und Bezüger dieser Zulage letztlich begünstigt werden. Ich vertraue darauf, dass die Eltern das Geld tatsächlich für die gesamte Familie und das Wohlergehen des Kindes einsetzen. Ansonsten wäre auch beim jetzigen Regime die Frage zu stellen, wofür das Geld eingesetzt wird.

Herzog Verena (V, TG): Die SVP-Fraktion wird bei Block 3 immer der Mehrheit folgen. So sind wir der Überzeugung, dass sich Arbeit lohnen soll und dass die Möglichkeiten zu arbeiten auch möglichst ausgeschöpft werden sollen. So macht es Sinn, die Schwelleneffekte im heutigen Rentensystem auszuschliessen. Bereits in der Vernehmlassung zur 6. IV-Revision wurde ein stufenloses Rentensystem breit abgestützt. Mit der jetzigen Vorlage haben wir die Chance, diese Möglichkeit zu nutzen. Den Ersatz des Ausdrucks "Kinderrente" durch "Zulage für Eltern" unterstützt unsere Fraktion ebenso. Der Begriff "Kinderrente" ist einfach wirklich irreführend. Zu den Anpassungen der Höhe der Kinderrente: Kollegin Graf, das ist nicht beschämend. Wir müssen einfach auch – aber das wollen Sie nicht, Sie weigern sich – nach Möglichkeiten suchen, die verträglich sind, um die Sanierung der IV irgendwie in den Griff zu bekommen, damit auch folgende Generationen von einer IV profitieren können. Auch wenn Sie immer wieder behaupten, es wäre nicht so – die IV hat immer noch 10 Milliarden Franken Schulden bei der AHV, das streichen Sie wohl einfach weg, den Schuldenberg wollen Sie der nächsten Generation übergeben.

Im Zusammenhang mit dieser Kinderrente kann es, wie ich das auch schon im Eintretensvotum erläutert habe, einfach nicht sein, dass eine Familie, deren Elternteile tagtäglich zur Arbeit gehen – ich weiss, die IV-Rentner möchten auch zur Arbeit gehen –, schlechter dasteht als eine Familie mit IV-Renten. Es ist nicht richtig, es gibt Fehlanreize, wenn diese Kinderrenten einfach im Vergleich mit den Familienzulagen, mit den Kinderzulagen zu hoch sind.

Hier möchte ich einfach auch wieder einmal daran erinnern, dass es sich bei der IV nicht um eine All-inclusive-Versicherung handelt. Die Botschaft sagt nämlich: "Die Hauptaufgabe der Invalidenversicherung besteht in der Beseitigung oder der bestmöglichen Verminderung der nachteiligen Auswirkungen eines Gesundheitsschadens auf die Erwerbstätigkeit der Versicherten."

Ich bitte Sie im Namen der SVP-Fraktion, ebenfalls jeweils die Mehrheit zu unterstützen.

Graf Maya (G, BL): Danke für Ihre Ausführungen, Frau Herzog! Ich würde Ihnen gerne eine Frage stellen, weil Sie wiederholt gesagt haben, es gehe Ihnen um die Überversicherung. Darf ich Sie fragen, ob Sie die Antwort des Bundesrates auf die Interpellation Lohr 18.4201, die er am 20. Februar – also noch nicht vor langer Zeit – gegeben hat, gelesen haben? Dort gibt der Bundesrat auch Zahlen bekannt, mit denen er belegen kann, dass die Überversicherung kein grosses Problem ist, im Gegenteil: Er sagt, der Zweck der Überversicherungsregel sei erfüllt. Wenn Sie die Überversicherung anführen, sprechen Sie von einem ganz kleinen Prozentsatz und bestrafen natürlich die 70 000 Kinder in der IV und die 26 000 Kinder in der AHV, die es dann über ihre Eltern zu spüren bekommen.

Herzog Verena (V, TG): Sie verstehen einfach nicht, dass es nicht diese 70 000 Kinder sind, die darunter leiden. Das ist nicht so. Natürlich habe ich diese Interpellationsantwort gelesen.

Gysi Barbara (S, SG): Sie argumentieren ja, dass diese Kürzung der Kinderrente angesichts der finanziellen Situation der IV zu befürworten sei. Ich frage Sie: Was können diese 70 000 Kinder dafür, dass es aus der Vergangenheit noch eine Schuld abzutragen gibt? Was können diese Kinder dafür, die, weil ein oder beide Elternteile eine Behinderung haben, in einer schwierigen Situation sind? Ich finde das nicht sehr schön.

Herzog Verena (V, TG): Schauen Sie, die IV ist eine Versicherung, die einfach nicht "all inclusive" ist. Das habe ich schon gesagt. Mir ist es aber wichtig – und das blenden Sie einfach aus –, dass wir in der nächsten Generation wieder eine gesunde IV haben, von der diejenigen, die es nötig haben, auch wirklich profitieren können.



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Frühjahrssession 2019 • Vierte Sitzung • 06.03.19 • 15h00 • 17.022
Conseil national • Session de printemps 2019 • Quatrième séance • 06.03.19 • 15h00 • 17.022



Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu

Schluss der Sitzung um 18.45 Uhr
La séance est levée à 18 h 45

AB 2019 N 122 / BO 2019 N 122

